

<36619109960014

<36619109960014

Bayer. Staatsbibliothek



Crim. 251^m
(2)

Cum. 251 m-2

Crim

E n t w u r f

zu einem

Strafgesetzbuche

f ü r

das Königreich Sachsen.

Auf

Seiner Allerhöchsten Befehl

gefertigt

von

D. Carl August Tittmann

Königlich Sächsischem Hof- und Justiz-Rathe und geheimen
Referendare in Dresden.

Zweiter Band

Gesetzbuch über schwere Polizeivergehen.

M e i s s e n

bei Friedrich Wilhelm Goedsche.

1 8 1 3.

E n t w u r f

Stralsburger

das Königreich Sachsen.

Bonis nocet, quisquis pepercerit malis.

101. V. S. P. 101. V. S. P.

D. Carl August Tittmann

Königlich Sächsischen Hof- und Justiz-Rath und Gehobener
Referendar in Dresden.

Zweiter Band

Gesetzbuch über schwere Polizeivergehen.

Meißen

bei Friedrich Wilhelm Goedsche

1815.

Inhalt

des zweiten Bandes.

Erstes Kapitel. Von den schweren Polizeivergehen und ihrer Bestrafung überhaupt. § 1. — 23.

Zweites Kapitel. Von den Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit. § 24. — 153.

Drittes Kapitel. Von den Vergehen gegen die Sicherheit des Staats- und Privat-Eigenthums. § 154. — 188.

Viertes Kapitel. Von den Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung. § 189. — 240.

Fünftes Kapitel. Von den Vergehen, durch welche dem Staate dienstfähige Bürger entzogen werden. § 241. — 264.

Sechstes Kapitel. Von den Vergehen gegen die Gesetze zur Erhaltung des physischen Wohlstandes der Bürger. § 265. — 372.

Siebentes Kapitel. Von den Vergehen gegen die Moral und
Religion. § 373. — 384.

Achtes Kapitel. Von den Vergehen gegen die Sittlichkeit.
§ 385. — 445.

Neuntes Kapitel. Von dem gerichtlichen Verfahren bei
schweren Polizeivergehen. § 446.
— 486.

I n h a l t

des zweiten Theils

Bemerkungen und Beweggründe zu vorstehenden
Gesetzen.

Register.

Erstes Kapitel. Von den schweren Polizeivergehen und ih-
rer Bestrafung überhaupt. § 1 — 33.

Zweites Kapitel. Von den Vergehen gegen die Sicherheit
des Lebens und der Gesundheit. § 34 — 155.

Drittes Kapitel. Von den Vergehen gegen die Sicherheit
des Staats- und Privat-Eigenthums. § 156 — 188.

Viertes Kapitel. Von den Vergehen gegen die öffentliche
Ruhe und Ordnung. § 189 — 210.

Fünftes Kapitel. Von den Vergehen, durch welche dem
Staate die geistliche Bürger entzogen
werden. § 211 — 264.

Sechstes Kapitel. Von den Vergehen gegen die Gesetz-
erhaltung des physischen Wohlstan-
des der Bürger. § 265 — 372.

Inhalt

der Bemerkungen und Beweggründe.

- § I. Begriff der schweren Polizeivergehen.
- II. Ueber den Umfang des gegenwärtigen Entwurfes.
- III. Nähere Bestimmung des Inhaltes und Systemes des Entwurfes.
- IV. Von den allgemeinen Grundsätzen über die Bestrafung schwerer Polizeivergehungen überhaupt.
- V. Von der Confiscation der widerrechtlich geführten Sachen und Verlust der gemisbrauchten Sachen neben der Strafe.
- VI. Von den körperlichen Züchtigungen als Strafe für Polizeivergehen.
- VII. Von der Verjährung der Strafe.
- VIII. Von der Bestrafung der Unmündigen wegen Polizeivergehen.
- IX. Von den einzelnen schweren Polizeivergehen überhaupt.
- X. Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit überhaupt.
- XI. Strafbare Nachlässigkeit bei außerehelichen Schwangerschaften von Seiten des Schwängerers.
- XII. Verheimlichung einer außerehelichen Schwangerschaft.
- XIII. Vergehen gegen die Sicherheit des Staats- und Privateigenthums.
- XIV. Von dem Tumulte.
- XV. Unerlaubte Gesellschaften.
- XVI. Verbreitung gefährlicher Schriften in Kriegszeiten.
- XVII. Begünstigung unbefugter Praktiker oder anderer Personen, welchen ein sonst erlaubtes Gewerbe untersagt ist.

- § XVIII. Uebertretungen der Censurgesetze.
- XIX. Verleitung zur Auswanderung.
 - XX. Auswanderung um sich dem Militairdienste zu entziehen.
 - XXI. Vom Wucher überhaupt.
 - XXII. Vom Wucher in Zinsen.
 - XXIII. Vom Wucher im Capitale.
 - XXIV. Vom Wucher in Bedingungen.
 - XXV. Von wucherlichen Handlungen aufser dem wucherlichen Creditgeben.
 - XXVI. Welche Vorschriften über den Wucher hier nicht erwähnt worden sind?
 - XXVII. Handlungen, welche Mangel oder Theurung in Ansehung gewisser Sachen bewirken.
 - XXVIII. Von der Zurückbehaltung des Getreides und anderer Lebensmittel.
 - XXIX. Unerlaubtes Spiel.
 - XXX. Unerlaubte Wetten.
 - XXXI. Unerlaubtes Lotterie- und Lottospiel.
 - XXXII. Von dem Ausspielen einzelner Sachen.
 - XXXIII. Vergehen gegen die Moral und Religion.
 - XXXIV. Vergehen gegen die Sittlichkeit überhaupt, insbesondere von der Unzucht u. s. w.
 - XXXV. Von der Gerichtsbarkeit bei Untersuchungen schwerer Polizeivergehen.
 - XXXVI. Von dem Verfahren bei der Untersuchung eines schweren Polizeivergehens.
 - XXXVII. Von der Entscheidung.
 - XXXVIII. Von der Vollstreckung der Strafen.
 - XXXIX. Von den Kosten.

G e s e t z e

über

s c h w e r e P o l i z e i v e r g e h e n .

§ 2. Jedoch gilt dies nur so lange, als nicht durch die polizeuliche Handlung eine wirkliche Rechtsverletzung hervorgerufen worden ist, als in welchem Falle die Strafe des verschuldeten Verbrechens eintritt.

§ 3. Ihre Strafbarkeit ist in allen dringenden Rücksichten, wegen welcher hier keine besondere Bestimmungen gegeben sind, nach den allgemeinen Grundsätzen von Verbrechen im 1. — 347. §. des Strafgesetzbuchs zu beurtheilen.

§ 4. Die hier gegebenen Polizei-Strafgesetze auch ohne Unterschied auch gegen Ausländer anzuwenden.

Geese



se were Police

Erstes Kapitel.

Von den schweren Polizei-Vergehen und ihrer Bestrafung überhaupt.

§ 1. **A**lle in nachstehenden Gesetzen verbotene Handlungen, sind als *schwere Polizeivergehen* zu betrachten.

Was als schweres Polizeivergehen anzusehen sey?

§ 2. Jedoch gilt dies nur so lange, als nicht durch die polizeiwidrige Handlung eine wirkliche Rechtsverletzung hervorgebracht worden ist, als in welchem Falle die Strafe des verschuldeten Verbrechens eintritt.

§ 3. Ihre Strafbarkeit ist in allen denjenigen Rücksichten, wegen welcher hier keine besondern Bestimmungen gegeben sind, nach den allgemeinen Grundsätzen von Verbrechen im 1 — 547. §. des *Gesetzbuches über Verbrechen* zu beurtheilen.

Wonach die Strafbarkeit derselben auszumessen sey?

§ 4. Die hier gegebenen Polizei - Strafgesetze leiden ohne Unterschied auch gegen Ausländer Anwendung.

Auch Ausländer sind nach diesen Gesetzen zu beurtheilen.

Von Ver-
gehen,
welche
außer
Landes
geschehen
sind.

§ 5. Polizeivergehen, welche jemand außer Landes verübt hat, können zwar auf Veranlassung eines dorthier gekommenen Antrags, wegen der etwa geforderten Genugthuung zur Untersuchung gezogen, aber nicht bestraft werden.

§ 6. Nichts desto weniger aber leiden in solchen Fällen Polizei-Sicherheitsmaafsregeln Anwendung.

Von der
Verjäh-
rung.

§ 7. Dasselbe gilt auch, wenn die Strafe für das verübte Vergehen verjährt seyn sollte.

§ 8. Die Zeit der Verjährung ist bei Vergehen, auf welche blofs Geldbusse bis zu 5 Rthl. oder Gefängniss bis zu acht Tagen gesetzt ist, *drei Monate*, bei andern, welche mit Geldbusse bis zu 10 Rthl. oder Gefängniss bis zu sechs Wochen bedroht sind, *sechs Monate*.

§ 9. Bei allen härteren Strafen tritt die Verjährung erst mit Ablauf eines Jahres ein.

Arten der
Strafen bei
schweren
Polizei-
vergehen.

§ 10. Als Strafen für schwere Polizeivergehen sind Geldbussen, Gefängniss und körperliche Züchtigungen mit der Geißel oder mit Ruthen im Gerichtshause bis zu zwanzig Schlägen zulässig.

§ 11. Außer der Strafe, die für jedes Polizeivergehen angedroht ist, findet nicht nur die *Confiscation* der unerlaubter Weise gefertigten, geführten oder sonst zu unerlaubten Zwecken angeschafften Waaren, Geräthe und andern dergleichen Sachen, sondern auch nach Befinden, der Verlust der Rechte

und Befugnisse, welche bei oder zur Uebertretung des Gesetzes gemißbraucht worden sind, Statt.

§ 12. Eben so kann gegen Ausländer noch außer der bestimmten Strafe die *Landesverweisung* angeordnet werden.

§ 13. Auf die Verweisung eines Inländers aus dem bisherigen Orte seines Aufenthaltes, kann nur in den Fällen im Urtheile erkannt werden, wo das Gesetz dieselbe ausdrücklich angeordnet hat.

§ 14. Sie findet aber auch überhaupt nur unter der im 16. § des Gesetzes über die Anwendung der Sicherungsmittel gegen gefährliche Personen angegebenen Voraussetzung Statt.

§ 15. Zur Schärfung der ordentlichen Strafe, ist nicht nur die Verlängerung oder Vermehrung derselben über das gesetzte Maas, sondern auch ihre Erhöhung durch Beifügung anderer im 10. § angegebener Strafübel, so wie ins besondere der Gefängnisstrafe durch Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot zulässig.

Von der
Schärfung
der
Strafen.

§ 16. Auch steht es dem Urtheilssprecher frei, bei der dritten Verübung eines an dem Thäter schon einmal geahndeten Polizeivergehens, an Statt der etwa bestimmten Geldbusse, Gefängnisstrafe zu verhängen.

§ 17. Schon bei der ersten Wiederholung eines schweren Polizeivergehens kann die ordentliche Strafe bis auf ein Viertel erhöht werden.

§ 18. Bei allen mit Gefahr oder Nachtheil für Andere verbundenen schweren Polizeivergehen, kann der Richter jede Wiederholung derselben unter Androhung *verdoppelter* Strafe verbieten.

Von der
Bestrafung
der Un-
mündigen.

§ 19. Polizeivergehen, welche Unmündige unter zwölf Jahren verübt haben, sind in der Regel das erstemal bloß der häuslichen Züchtigung zu überlassen, in Fällen der Wiederholung aber, durch Ruthenschläge an Gerichtsstelle, oder in der Schule zu ahnden.

§ 20. Unmündige, welche über zwölf Jahr alt sind, haben jederzeit gerichtliche Ahndungen zu erwarten, jedoch können dieselben, wenn der Uebertreter das *sechszehnte* Jahr noch nicht zurückgelegt hat, keine andern, als höchstens Ruthenschläge an Gerichtsstelle oder in der Schule seyn.

§ 21. Im Fall bei einem ohne besondere Bosheit verübten Polizeivergehen Milderungsgründe vorhanden sind, so kann es der Richter hier bei einem bloßen Verweise, oder bei der Bedrohung mit der Vollziehung der verwirkten Ruthenschläge durch scheinbare Veranstaltung derselben bewenden lassen.

§ 22. Einem Unmündigen, welcher das *sechszehnte* Jahr bereits zurückgelegt und keine besondere Bosheit oder Festigkeit und Beharrlichkeit in seinem gesetzwidrigen Willen gezeigt hat, ist die ordentliche Strafe nach Befinden um zwei *Dritttheile* herabzusetzen.

§ 23. Diese Vorschriften (§ 19. -- 22.) leiden jedoch in Fällen, wo das Gesetz die Strafe schon ausdrücklich mit Rücksicht auf das unmündige Alter bestimmt hat, keine Anwendung.

Zweites Kapitel.

Von den Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit.

§ 24. Niemand soll ohne ausdrückliche Erlaubniss innerlich oder äußerlich zu gebrauchende Arzneimittel verkaufen. Unbefugter Handel mit Arzneimitteln.

§ 25. Wer diesem Verbote entgegen handelt, der hat Gefängnisstrafe von vier Wochen verwirkt.

§ 26. Auch ist jeder Uebertreter dieses Gesetzes bei Verdoppelung dieser Strafe verbunden, seine Vorräthe nebst den dazu gehörenden Materialien und Geräthschaften der Obrigkeit einzuliefern.

§ 27. Wer die Arzneiwissenschaft, ohne Befugniss zu haben, gewerbmässig ausübt und Kranken innerlich anzuwendende Arzneimittel giebt oder verschreibt, der hat nach dem Umfange dieser Geschäfte Gefängnisstrafe von vier bis acht Wochen zu erwarten und den Betrag der etwa erhaltenen Bezahlung dreifach zur Armen-Casse zu entrichten. *)

Unbefugte Ausübung der Arznei- und Wund- arzneiwissenschaft und der Geburtshülfe.

*) M. vergl. das Generale v. 29. Jul. 1750. § II. im Cod. Aug. 1. Ports. Th. I. S. 764.

8 II. Kapitel.

§ 28. Apotheker, welche auf die von unbefugten Personen geschriebenen Recepte Arzneimittel ausgeben, sind mit einer Geldbusse von zehn bis dreissig Thalern zu belegen. *)

*) M. vergl. das angef. Generale § III. und das Mandat v. 13. Septbr. 1768. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 957.

§ 29. Wer die Wundarzneykunst widerrechtlich als Gewerbe treibt, der hat Gefängnisstrafe von vierzehn Tagen bis vier Wochen zu leiden und den Betrag der etwa erhaltenen Belohnung dreifach zur Armen-Casse zu bezahlen.

§ 30. Diejenigen, welche die Geburtshülfe unbefugter Weise als Gewerbe zu treiben sich unterstehen, haben Gefängnisstrafe von sechs Wochen bis zu drei Monaten zu leiden.

§ 31. Desgleichen Hebammen, welche in Fällen, wo sich bei einer Geburt schwere oder ungewöhnliche Umstände ereignen, keinen approbirten Arzt oder Geburtshelfer herbeirufen lassen, oder damit wenigstens über die Gebühr zögern.

§ 32. Ist durch die Uebertretung der im 24. und 27. -- 30. §. enthaltenen Vorschriften einem Menschen ein Schade an seiner Gesundheit zugezogen worden, so ist nach Anleitung des 279. § des Gesetzbuches über Verbrechen, auf die Strafe der höchsten Verschuldung zu erkennen.

Widerrechtlicher Handel § 33. Wer unbefugter Weise mit Gift, Schießpulver oder andern dergleichen Sachen, deren Auf-

Bewahrung und rechter Gebrauch besondere Vorsicht erfordert, Handel treibt, der ist zum wenigsten mit sechs Wochen Gefängniß zu strafen.

mit Gift,
Pulver
u. s. w.
-werk-
-stätte

§ 34. Diese Strafe ist ins besondere gegen diejenigen zu verhängen, welche Ratten- und Mäuspulver, Fliegenstein und andere giftartige Waaren als Mittel gegen das Ungeziefer zu Kaufe tragen.

Verfälschung
-ung
-ung
-ung
-ung
-ung

§ 35. Auch Apotheker und Krämer haben dergleichen Sachen (§ 33. u. 34.) nur an unverdächtige und solche Personen auszugeben, von welchen sich weder ein Mißbrauch, noch eine ungeschickte Anwendung derselben besorgen läßt.

Verfälschung
-ung
-ung
-ung
-ung
-ung

§ 36. Die Uebertretung dieser Vorschrift, ist, die bei einem daraus entstandenen Schaden unge-rechnet, mit zwanzig bis fünfzig Thalern Geldbusse zu ahnden.

§ 37. Gleiche Ahndung haben Apotheker zu erwarten, welche Gifte und corrosive Apparate nicht aufser der Apotheke aufbewahren und verschließen, oder keine eignen Tische, Waagen, Gewichte, Mörs-
ser, Löffel, Spatel, Siebe und andere dergleichen Werkzeuge dazu halten.

Unerlaubte
Aufbewah-
-ung
-ung
-ung
-ung
-ung

§ 38. Desgleichen Kaufleute, welche mehr als acht Pfund Schießpulver in ihrer Behausung haben, oder die erlaubte Quantität davon, nicht in sicheren Behältnissen unter dem Dache verwahren. *)

desgl. des
Schieß-
-pulvers
in Kauf-
-manusge-
-wölben.

*) Generalverordnung v. 7. Febr. 1719. im Cod. Aug. Th. I.
S. 1888.

Unbefugte
Haltung
einer che-
mischen
Werk-
stätte.

§ 39. Wer keine Apotheke besitzt, oder nicht Arzt, oder Lehrer der Chemie ist und ohne ausdrückliche Erlaubniß der Obrigkeit eine chemische Werkstätte hält, der ist in Geldstrafe von zehn bis zwanzig *Thalern* zu nehmen.

Verferti-
gung un-
nützlicher
Gifte.

§ 40. Wer Gifte zubereitet, welche keinen physischen Nutzen in der Heilkunde gewähren, der hat drei Monate Gefängniß zu leiden.

Vertrei-
bung
schädlicher
Nahrungs-
mittel und
Sachen.

§ 41. Wer Esswaaren oder Getränke, die ihrer Beschaffenheit nach der Gesundheit nachtheilig sind, verkauft, oder Andern zu ihrem Gebrauche mittheilt, der ist mit verhältnißmäßiger Geld- oder Gefängnißstrafe zu belegen.

§ 41^b. Ins besondere haben diejenigen dergleichen Strafen zu erwarten, welche krepirte oder abgestandene, sonst zum Genuß für Menschen bestimmte Thiere zum Kauf ausbieten.

§ 42. Derjenige, welcher aus Gewinnsucht Nahrungsmittel auf eine der Gesundheit nachtheilige Weise verfälscht, der hat nach der Gröfse der daraus für die Gesundheit möglichen Gefahr, Gefängnißstrafe bei *Wasser und Brot* zu leiden.

§ 43. Professionisten, welche die zur Zubereitung oder Aufbewahrung der Speisen und Getränke bestimmten kupfernen oder andere dergleichen Geschirre nicht auf die für die Gesundheit unnachtheilige Art verfertigen, oder gar mit schädlichen Compositionen versehen, haben zehn bis zwanzig *Thaler* Strafe verwirkt.

§ 44. Wäsche, Betten, Kleider und andere Sachen, welche Personen, die an der Schwindsucht oder andern ansteckenden Krankheiten gestorben sind, zu ihrem gewöhnlichen Gebrauche am Leibe getragen haben, müssen bei verhältnismässiger Geld- oder Gefängnisstrafe verbrannt werden.

§ 45. Wer dergleichen Sachen überdies verkauft, der hat nicht nur den dreifachen Betrag des gelösten Kaufpreises zur Armen-Casse des Ortes zu bezahlen, sondern auch erhöhte Gefängnisstrafe, und wenn der neue Inhaber dieser Sachen nicht ausgemittelt werden kann, Gefängnisstrafe von mindestens sechs Wochen zu leiden.

§ 46. Auf gleiche Art (§ 44. u. 45.) sind Uebertretungen der Vorschriften zu ahnden, welche in dem 19. § des *Mandates* v. 2. April 1796. *) wegen Verscharrung der Betten, Kleidungsstücke und andern Sachen, deren sich ein von einem tollen Hunde gebissener Mensch, während der Krankheit bedient gehabt hat, so wie derjenigen Kleidungsstücke, welche ein toller Hund bei dem Anfälle einer Person berührt haben könnte, gegeben sind.

*) im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1075. u. f.

§ 47. Zur genaueren Beobachtung der im 44. -- 46. § gegebenen Vorschriften sind Aerzte, Wundärzte und Leichenwäscherinnen bei Gefängnisstrafe von drei bis zu vierzehn Tagen verbunden, der Obrigkeit

von allen hierher gehörenden Fällen unverzüglich Nachricht zu geben.

§ 48. Kleiderhändler, Auctionatoren und wer sonst die im 44. u. 45. § bemerkten Sachen zum Kauf ausbieten, haben ebenfalls Gefängnißstrafe *bis zu vierzehn Tagen* zu erwarten.

§ 49. Haben sie dieselben schon verkauft, so sind sie nach Vorschrift des 45. § zu verurtheilen.

§ 50. Selbst diejenigen, welche dergleichen Sachen wissentlich zum eignen Gebrauche an sich kaufen, sind in Geldstrafe von *fünf bis zwanzig Thalern* zu nehmen.

Unbefugtes
Tragen des
Gewehres.

§ 51. Niemand soll bei *vierwöchentlicher Gefängnißstrafe* oder *verhältnißmäßiger Geldbusse* auf Straßen oder Wegen Stockdegen, Stilette, Windbüchsen und ähnliches heimliches Gewehr tragen. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 14. Jul. 1659. § 5. im Cod. Aug. Th. I. S. 1558.

§ 52. Auch anderes Gewehr darf niemand bei sich führen, der nicht entweder vermöge seines Standes dazu berechtigt ist, oder sich in der Ausübung der Jagdgerechtigkeit befindet. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 15. April 1706. v. 3. Jul. 1712. und 29. Aug. 1719. desgl. den Anschlag v. 1. Aug. 1743. im Cod. Aug. Th. I. S. 1743. 1804. u. 1904. und desselb. I. Forts. Th. I. S. 669. u. f.

§ 53. Diejenigen, welche sich gegen dieses Verbot mit einem mit Kugeln, Posten oder andern

großen Stücken geladenen Schießgewehre betreffen lassen, haben *sechs Wochen*, und wenn das Gewehr auf geringere Art geladen gewesen ist, *drei Wochen Gefängniß* oder *verhältnißmäßige Geldbusse* verwirkt. *)

*) Mandat v. 17. Septbr. 1810. § 1.

§ 54. Wer zwar ungeladenes Schießgewehr, aber doch *Pulver und Blei* zur Ladung desselben bei sich führt, der hat nach Verhältniß der im vorigen § angegebenen Umstände Gefängniß von *vierzehn Tagen* bis zu *vier Wochen*, oder eine diesem gleich zu achtende Geldstrafe zu leiden. *)

*) M. vergl. dagegen das angef. Mandat v. 17. Septbr. 1810. § 2., welches das Abschrauben des Schlosses vom Gewehre verlangt.

§ 55. Wer ohne Befugniss *Degen oder Säbel* trägt, der ist in eine Geldbusse von *zwei Thalern* zu nehmen.

§ 56. Diejenigen, welche *Gewehr verborgen* bei sich führen, haben die im 51. und 53. u. ff. §§. bestimmte Strafen *doppelt* zu leiden.

§ 57. Reisenden zu *Wagen* oder zu *Pferde* ist bei Vermeidung *vierzehntägiger Gefängnißstrafe* oder einer dieser gleichen Geldbusse kein anderes Gewehr als *Degen, Säbel und Pistolen* zu führen erlaubt. *)

*) In dem Mandate v. 15. April 1706. und v. 29. Aug. 1719. im Cod. Aug. Th. I. S. 1744. u. 1965. ist den Reisenden keine besondere Art von Gewehr vorgeschrieben. M. vergl. auch das Patent v. 9. Septbr. 1738. im Cod. Aug. I. Forts. S. 1491. u. f.

§ 58. Haben sie größeres Schießgewehr mit sich geführt, so sind sie von der im 53. und 54. § bestimmten Strafe nur dann befreit, wenn sie das Schloß von demselben abgeschraubt und weder Pulver noch Blei zu dessen Ladung bei sich gehabt haben. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 17. Septbr. 1810. § 2.

§ 59. Nur unter diesen Bedingungen (§ 58.) und bei gleicher Ahndung ist einem reisenden Fußgänger Schießgewehr überhaupt mit sich zu führen erlaubt.

§ 60. Wer bei Reisen zu Fuß Degen oder Säbel tragen will, der muß bei Vermeidung der im 55. § bestimmten Strafe, eine ausdrückliche, auf dem Passe besonders zu bemerkende Erlaubniß von seiner Obrigkeit dazu erhalten haben.

§ 61. Vagabonden, welche gegen die Vorschriften des 51. -- 60. § gehandelt haben, sind mit der daselbst gesetzten Strafe *dreifach* zu belegen und überdies noch als der öffentlichen Sicherheit gefährliche Personen zu behandeln.

§ 62. Wegen des Verfahrens der Polizeidiener und anderer dazu beauftragten Personen gegen diejenigen, welche sich der Pfändung des unbefugt getragenen Gewehres widersetzen, bewendet es bei den im 4. und 5. § des *Mandates* vom 17. Septbr. 1810. gegebenen Vorschriften.

§ 63. Wer heimliches Mordgewehr fertigt oder verkauft, der hat *sechs Wochen Gefängniß bei Wasser und Brod* zu erwarten.

Verfertigung und Ausbesserung heimlicher Mordgewehre.

§ 64. Professionsisten, welchen dergleichen Gewehre zur Ausbesserung gebracht werden, sind bei Gefängnißstrafe von *drei Tagen* bis zu *vier Wochen* verbunden, dieselben anzuhalten und bei der Obrigkeit davon Anzeige zu thun.

§ 65. Auch darf niemand bei gleicher Strafe ein erlaubtes Gewehr an solche Personen verkaufen, oder für sie ausbessern, von welchen zu besorgen ist, daß sie einen Mißbrauch davon machen können.

§ 66. Die im 63. -- 65. § gegebenen Verordnungen sind ins besondere auf die bei Duellen brauchbaren Waffen anzuwenden.

§ 67. Niemand soll außer dem Nothfalle in Ungebührlichen Häusern, oder auf Straßen, in Gehöften oder in den an diese anstoßenden Gärten einer Stadt, Vorstadt oder eines Dorfes oder Vorwerks Schießsge- wehr abfeuern.

Ungebührlicher Gebrauch des Gewehres:

§ 68. Auch auf Weinbergen ist dies ohne ausdrückliche, nach vorgängiger gehöriger Untersuchung ertheilte obrigkeitliche Bewilligung, niemanden erlaubt.

§ 69. Eben so wenig darf dies in der Nähe von Landstraßen geschehen, wo Reit- oder Wagenpferde dadurch scheu gemacht und Unglück veranlaßt werden kann.

§ 70. Die Uebertretung dieser Vorschriften (§ 67. -- 69.) ist nach Beschaffenheit der davon zu besorgen gewesenen Gefahr für Beschädigungen, oder des Schreckens und anderer möglicher Unglücksfälle, mit Geldbusse von *zehn bis hundert Thalern* oder Gefängnißstrafe von *acht Tagen bis zu drei Monaten* zu ahnden. *)

*) Die Befehle v. 6. Decbr. 1726. und 9. März 1763. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 536. u. 854. enthalten nur allgemeine Verbote hierüber, ohne eine Strafe zu bestimmen.

§ 71. Auch wer mit Windbüchsen und Schnep-
pern oder kleinen Rüstungen, sie mögen mit Kugeln,
Polzen oder andern schädlichen Sachen belegt seyn,
an Orten schießt, wo Andere unvermuthet beschä-
digt werden können, der hat zum wenigsten eine
Geldbusse von *zwei Thalern* oder Gefängniß von *vier-
und zwanzig Stunden* zu leiden.

ins beson-
dere un-
zeitiger
Scherz
mit dem
Gewehre.
§ 72. Wer zum Scherz ein Gewehr auf jeman-
den abdrückt und nicht beweisen kann, daß er es
zuvor auf eine zuverlässige Art, daß es nicht geladen
gewesen sey, erforscht habe, der hat zum mindesten
sechs Wochen, im Falle dieses Beweises aber, *acht Tage*
Gefängniß verwirkt.

§ 73. Wer mit einem geladenen Gewehre, oder
auch nur mit belegten und gespannten Schnep-
pern oder kleinen Rüstungen, mit welchen jedoch eine
gefährliche Verwundung verursacht werden kann,

zum Scherz auf jemanden zielt, der ist zu *drei monatlicher* Gefängnißstrafe zu verurtheilen.

§ 74. War das Gewehr ungeladen, so hat derselbe nach Beschaffenheit der im 72. § angegebenen Verhältnisse *vier Tage bis drei Wochen* Gefängniß verwirkt.

§ 75. Auch jeder andere Scherz mit Schießgewehre, bei welchen die Beschädigung eines Menschen möglich ist, ist nach den im 72. § enthaltenen Bestimmungen zu strafen.

§ 76. Selbst wer nur mit Degen, Säbeln oder andern dergleichen Gewehre zum Scherz auf jemanden haut oder sticht, der hat Gefängnißstrafe *bis zu vierzehn Tagen* zu leiden.

§ 77. Jäger, oder wer sonst geladenes Gewehr zu Hause hält, haben dasselbe vor Kindern oder andern unvorsichtigen oder unerfahrenen Personen in verschlossenen Zimmern oder Behältnissen zu verwahren und im Uebertretungsfalle *zehn bis dreissig Thaler* zur Strafe zu zahlen.

Nachlässigkeit in Verwahrung geladenen Gewehres.

§ 78. Gleiche Strafe haben diejenigen zu erwarten, welche von der Jagd oder Reise in Wirthshäusern oder andern Häusern einkehren und das bei sich habende Gewehr nicht an Orte bringen, wo es weder durch Umfallen, noch durch unvorsichtige Behandlung Schaden thun kann.

§ 79. Ein jeder, welcher sich in der ihm obliegenden Aufsichtsführung über Personen zerrütteten Verstandes nachlässig bezeugt, oder, wenn er nicht

Vernachlässigung der Aufsicht auf Personen

zerrütteten Verstandes. selbst im Stande ist dergleichen Personen hinlänglich zu hüten, der Obrigkeit die nöthige Anzeige davon zu machen unterläßt, hat Gefängnißstrafe *bis zu vier Wochen*, oder *verhältnißmäßige Geldbusse* zu leiden. *)

*) Mandat v. 20. Novbr. 1779. § 1. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 759.

§ 80. Auch andere Personen, welche den zerrütteten Gemüthszustand eines sich selbst überlassenen Menschen zu bemerken Gelegenheit haben, sind der Obrigkeit davon bei gleichmäßigen Strafen Anzeige zu machen verbunden. *)

*) Das angef. Mandat a. a. O.

§ 81. Obrigkeiten, welche sich in solchen Fällen saumselig oder nachlässig bezeigen, haben nach Befinden *zwanzig bis fünfzig Thaler* Strafe verwirkt. *)

*) Das angef. Mandat a. a. O.

Unbefugtes Halten schädlicher Thiere. § 82. Wer ohne ausdrückliche Erlaubniß der Obrigkeit ein wildes oder sonst seiner Natur nach schädliches Thier hält, der hat *zehn bis fünfzig Thaler* Geldbusse zu leiden.

§ 83. Jede Vernachlässigung der hierbei nöthigen oder vorgeschriebenen Vorsichtsmaafsregeln, ist mit gleichen Strafen, nach Befinden auch mit Gefängniß zu ahnden.

§ 84. Obrigkeiten, welche die Erlaubniß zur Haltung solcher Thiere ertheilen, ohne sich zuvor

überzeugende Gewissheit von der geschehenen Anwendung der nöthigen Maafsregeln zur sicheren Verhütung alles besorglichen Schadens verschafft zu haben, sind zum wenigsten mit *funfzig* bis *hundert* *Thaler* Geldstrafe zu belegen.

§ 85. Auch sonst zahme Thiere, welche böse-
artige Eigenschaften haben, sind von den Eigenthümern bei einer Geldbusse von *fünf* bis *zehn* *Thalern* oder nach Befinden bei *Gefängnisstrafe*, im Hause sowohl, als auch wenn dasselbe aufser dem Hause gebraucht wird, so zu verwahren, dafs niemand durch sie beschädigt werden kann.

Nachlässigkeiten in der Aufsicht über zahme Thiere.

§ 86. Ins besondere ist diese Strafe gegen diejenigen zu verhängen, welche an öffentlichen Strassen wohnen und nicht verhindern, dafs ihre Hunde vorbeikommende Fußgänger, Reiter oder Wagen plötzlich aus den Häusern oder Gehöften anfallen.

§ 87. Wer einen auch noch so ruhigen Hund ohne Aufsicht in den Strassen einer Stadt herumlaufen läfst, der hat für jeden Uebertretungsfall *acht Groschen* zur Armen-Casse zu zahlen. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 2. April 1796. § 2. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1070.

§ 88. Sind dergleichen Hunde gewöhnt, Vorübergehende anzubellen, so ist die § 87. bestimmte Strafe bis auf *einen Thaler* zu erhöhen.

§ 89. Bei Vermeidung gleicher Strafe darf auch kein Eigenthümer dergleichen Hunde anders mit auf

die Strafe nehmen, als wenn er sie an einer Schnur oder Bande führt und unter gehöriger Aufsicht hält.

Strafe des
Anhetzens
eines
Thieres.

§ 90. Wer durch Anhetzen oder auf andere Art einen Hund oder ein anderes Thier Menschen oder Thiere anzufallen veranlaßt, der hat Gefängnisstrafe von acht bis vierzehn Tagen nach Befinden bei Wasser und Brot verwirkt.

Vernach-
lässigung
der nöthi-
gen Vor-
sichtsre-
geln bei
entstehen-
der oder
ausgebro-
chener
Hunds-
wuth.

§ 91. Ein jeder Besitzer eines Hundes ist verbunden, denselben stets auf das Genaueste zu beobachten, ihn bei Bemerkung auch nur der entferntesten Kennzeichen der Tollheit sofort einzusperren und wenn sich der Verdacht bestätigt, ohne Verzug tödten zu lassen. *)

*) Mandat v. 2. April 1796. § 10. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1072.

§ 92. Die geringste Vernachlässigung dieser Vorschrift ist mit Geldbusse bis zu fünf Thalern, oder mit verhältnißmäßiger Gefängnisstrafe zu ahnden.

§ 93. Jeder Eigenthümer eines auf die Strafe oder sonst auf freie Plätze entkommenen tollen Hundes, ist, wenn derselbe auch noch keinen Schaden gethan hat, mit fünf Thalern Geldbusse oder vierzehn Tagen Gefängnis zu belegen. *)

*) Das angef. Mandat v. 1796. § 15.

§ 94. Hat ein entlaufener toller Hund bereits andere Thiere gebissen, so ist der Eigenthümer desselben um zehn bis zwanzig Thaler oder mit drei- bis vierwöchentlichem Gefängnisse zu bestrafen.

§ 95. Derjenige, dessen Thiere von einem tollen Hunde gebissen worden sind, hat dieselben ohne Verzug tödten zu lassen, auch der Obrigkeit sogleich Anzeige davon zu machen, oder im Falle der Uebertretung fünf Thaler Geldbusse oder vierzehn Tage Gefängniß zu erwarten. *)

*) Das angef. Mandat v. 1796. § 14.

§ 96. Bei gleicher Strafe sind getödtete tolle Hunde und alle und jede von tollen Hunden gebissene Thiere unter Beobachtung der in dem *Mandate* vom 2. April 1796. § 15. *) vorgeschriebenen Vorsichtsmaafsregeln, wenigstens zwei Ellen tief zu verscharren.

*) Im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1074.

§ 97. Posthalter und Lohnkutscher, welche zu den bei ihnen zur Fortbringung eines Menschen bestellten Fuhren uneingefahrne, scheue, oder sonst schwer zu bändigende Pferde einspannen, haben fünf bis zehn Thaler Strafe verwirkt.

Pflichtwidrigkeiten der Posthalter und Lohnkutscher durch Einspannung unbändiger Pferde u. s. w.

§ 98. Desgleichen, wenn sie Personen zum Fahren geben, welche des Fahrens noch unkundig sind.

§ 99. Auch sind Pferdeverleiher in diese Strafe zu nehmen, wenn sie dem Reiter bei Ausleihung der Pferde die Fehler derselben nicht genau bekannt machen.

desgl. der Pferdeverleih. durch Verschweigung der Fehler ihrer Pferde.

Strafe derjenigen, welche Pferde im Freien ohne Aufsicht stehen lassen. § 100. Wer Pferde, sie mögen eingespannt seyn, oder nicht, an Orten ohne Aufsicht stehen läßt, wo sie durch Ausreißen oder sonst Schaden anrichten können, der hat *sechszehn Groschen bis einen Thaler* Geldstrafe verwirkt.

Strafe derj. welche Pferde od. Rindvieh nicht vorschriftsmäßig führen. § 101. Bei gleicher Strafe sollen Pferde und Rindvieh, wenn sie nicht in der Heerde gehen, nicht anders als so geführt werden, daß der Führer vorn zum Kopfe derselben geht und sie beim Gebiß oder bei den Hörnern festhält.

Zu schnelles Fahren oder Reiten in Städten oder andern Orten. § 102. Niemand soll bei *zwei bis fünf Thaler* Strafe in Städten oder an andern volkreichen Orten schneller als im kurzen Trott reiten oder fahren.

§ 103. Gleiche Strafe haben diejenigen zu leiden, welche bei ungewöhnlichem Menschengedrange, oder in Thoren, auf Brücken, oder wo sonst etwa der Weg enge ist, oder beim Umlenken, oder bei Wendungen um die Ecke einer Strafe in die andere, nicht im Schritt reiten oder fahren.

§ 104. Kutscher und Reitknechte, welche diese Vorschriften ohne Beiseyn ihrer Herrschaft übertreten, sind mit Gefängnisstrafe bis zu *acht Tagen* zu belegen.

§ 105. Die im 102. § bestimmte Strafe haben auch diejenigen verwirkt, welche in Fällen, wo Wagen einander ausweichen oder vorfahren müssen, nicht sogleich Schritt einhalten.

Von andern Ungebühr- § 106. Wer sich untersteht, auf Straßen oder auf andern von Fußgängern besuchten Plätzen der

Städte oder Vorstädte mit einem Andern, der schon nissen beim Reiten im Trott fährt, zu wetteifern und ihn auszufahren, oder Fahren in Städten und Vorstädten; der ist in *fünf bis zehn Thaler Geldbusse* oder in *Gefängnisstrafe von acht bis vierzehn Tagen* zu nehmen.

§ 107. Reiter und Fuhrleute, welche außer den Fällen des Ausweichens, nicht mitten auf der Strafe bleiben, haben *sechszehn Groschen bis einen Thaler Strafe* verwirkt.

§ 108. In Zeiten, wo Schnee liegt, darf niemand bei gleichmäßiger Strafe in Städten und Vorstädten zu Wagen oder zu Schlitten ohne Schellengeläute fahren.

§ 109. Bei Uebertretungen dieser Vorschrift, welche zur Zeit der Dunkelheit geschehen, sind diese Strafen zu verdoppeln.

§ 110. Reisende, welche kein Schellengeläute bei sich haben, sind bei der im 102. § bestimmten Strafe auf den von Schnee bedeckten Straßen einer Stadt oder Vorstadt nicht anders als Schritt zu fahren verbunden.

§ 111. Auch soll sich in Städten und Vorstädten ins besond. unerl. Zureiten oder Einfahren der Pferde in Städten oder Vorst. niemand bei einer Geldbusse von *zwei bis fünf Thaler* lern unterstehen, Pferde zuzureiten, einzufahren oder sonst zu probiren.

§ 112. Ueber Straßen, auf welchen geritten Ueber Straßen, auf welchen geritten oder gefahren wird, sollen keine Spiegel oder gefahren zu werden pflegt, sollen Spiegel nicht anders, als gehörig verdeckt getragen werden.

§ 113. Die Uebertretung dieser Vorschrift ist, je nachdem Pferde dadurch scheu gemacht worden

unverdeckt sind oder nicht, mit Geldbußen von *einem* bis zu *fünf* getragen werden. *Thalern* zu ahnden.

Widerrechtliches Aushängen oder Ausstellen gewisser Sachen vor den Fenstern oder Häusern. § 114. Wer vor seinen Fenstern oder sonst an seinem Hause, vor welchem eine Strafe vorbeigeht, etwas ohne gehörige Befestigung aufhängt oder aufstellt, durch dessen Herab- oder Umfallen jemand beschädigt werden kann, der ist um *einen* bis *fünf* *Thaler*, oder nach Befinden mit Gefängniß bis zu *sechs* *Tagen* zu strafen.

Unerlaubtes Werfen schädlicher Sachen aus den Häusern. § 115. Gleiche Strafe haben diejenigen verwirkt, welche Sachen, die den Vorübergehenden schädlich seyn können, aus den Fenstern oder Hause werfen, gießen, oder sonst herabfallen lassen.

Unterlassung der Fürsorge gegen den Einsturz baufälliger Gebäude. § 116. Jeder Eigenthümer eines Gebäudes ist bei *zehn* bis *funfzig* *Thaler* Geld- oder *verhältnismässiger* *Gefängnißstrafe* verbunden dasselbe in einem solchen Zustande zu erhalten, daß es nicht einstürzen oder abfallen und für die Bewohner, Nachbarn oder Vorübergehende gefährlich werden könne.

§ 117. Obrigkeiten haben die Eigenthümer solcher Gebäude bei eigner Verantwortlichkeit zur Erfüllung ihrer Schuldigkeit anzuhalten und sonst die nöthigen Veranstaltungen zur Verhütung besorglichen Schadens zu treffen.

§ 118. Ist der Einsturz eines solchen Gebäudes durch Baufälligkeit wirklich erfolgt und niemand dabei beschädigt worden, so hat der nachlässige Eigenthümer *funfzig* bis *hundert* *Thaler* Geldbusse zu

zahlen, oder im Falle des Unvermögens, verhältnißmäßige Gefängnißstrafe zu leiden.

§ 119. Dieselbe Strafe haben Baumeister verwirkt, wenn ein von ihnen aufgeführtes, oder einem Gebäude untergesetztes Gerüste ohne fremde Gewalt eingestürzt ist und niemand dabei eine Beschädigung erlitten hat.

Strafe un-
terlassner
Fürsorge
bei Baue.

§ 120. Hiergegen (§ 119.) soll keinem Baumeister der Vorwand: daß der Bauherr selbst die fehlerhafte Führung des Baues, oder den Gebrauch untauglicher Materialien verlangt oder genehmigt habe, zu Statten kommen.

§ 121. Die Vernachlässigung der nöthigen Vorkehrungen und Warnungszeichen gegen Beschädigungen durch das Um- oder Herabfallen der zu Gerüsten oder zum Baue selbst angeschafften Materialien und andern dabei gebrauchten Sachen, ist an dem Baumeister mit *fünf bis fünf- und zwanzig Thalern* Geldbusse oder nach Befinden, mit Gefängnißstrafe *bis zu vier Wochen* zu ahnden.

§ 122. In Fällen, wo sich Bauherrn keiner gesetzlichen Baumeister bedient haben, ist die Uebertretung der im 119. -- 121. § gegebenen Vorschriften nicht nur an dem unbefugten Baumeister in erhöhtem und nach Befinden gedoppelten Maasse, sondern auch an dem Bauherrn selbst, auf die vorgeschriebene Art zu ahnden.

§ 123. Die im 121. § bestimmte Strafe trifft auch diejenigen, welche auf oder an öffentlichen

Strafe
derjenigen,
welche auf

oder an Wegen u. s. w. Oeffnungen in der Dunkelheit ohne Verwahrung lassen. Wegen, in unverschlossenen Häusern, oder sonst an Orten, zu welchen ein freier Zugang Statt findet, Oeffnungen oder Abhänge unbedeckt oder unverwahrt lassen, in welche Unkundige in der Dunkelheit fallen und Schaden nehmen können.

Strafe wegen Verstellens der Strafsen zur Nachtzeit. § 124. Desgleichen diejenigen, welche öffentliche Wege und andere zur beliebigen Begehung freie Plätze durch Wagen, Bauholz und andere Sachen, an welchen sich Vorübergehende stoßen oder sonst Schaden zuziehen können, verstellen und während der Dunkelheit ohne Bewilligung der Obrigkeit und ohne Anbringung hinlänglicher Erleuchtung stehen lassen.

§ 125. Bei Verstellungen der Strafsen durch Wagen, welche Reisenden gehören, ist die Strafe an diejenigen Personen zu vollstrecken, bei welchen dieselben eingekehrt sind.

Muthwillige Beschädigung der Gebäude, Wege u. s. w. § 126. Wer ohne die Absicht, Menschen zu beschädigen, oder unerlaubten Gewinn zu ziehen, (*Gesetzbuch über Verbrechen* § 1365. -- 1367.) bloß aus Muthwillen Sachen wegnimmt oder verdirbt, durch welche Gebäude, Wege, Brücken, Dämme u. s. w. für Vorübergehende oder Reisende sicher gemacht oder verwahrt werden, der hat Gefängnißstrafe von einem bis drei Monaten verwirkt.

Wegnahme der Warnungszeichen. § 127. Mit gleicher Strafe ist derjenige zu belegen, welcher ebenfalls bloß aus Muthwillen Warnungszeichen, die um Unglück zu verhüten, aufge-

stellt worden sind, wegnimmt oder sonst unscheinbar macht.

§ 128. Wer einem Menschen, der Krankheits- oder ähnlicher Umstände wegen ohne die Hülfe Anderer in Lebens- oder Leibesgefahr gerathen muß, die ihm mögliche Hülfe nicht leistet, der hat nach dem Grade der dabei bewiesenen Lieblosigkeit Geldbusse bis zu *funfzig* Thalern oder Gefängnißstrafe bis zu *drei Monaten* zu leiden.

Lieblosigkeit gegen kranke und hilfbedürftige Personen.

§ 129. Ins besondere haben diese Strafe Hebammen, Geburtshelfer und Aerzte verwirkt, welche einer Gebährenden oder einer sonst schwer kranken Person ihre Hülfe ohne dringende Abhaltung versagen.

§ 130. Wer gegen, oder in Gegenwart einer Person, deren Schwangerschaft sichtbar, oder ihm bekannt ist, Handlungen vornimmt, wodurch Schreck oder andere heftige Gemüthsbewegungen erregt zu werden pflegen, der hat Gefängnißstrafe von *einem Tage* bis zu *sechs Wochen* oder *verhältnißmäßige Geldbusse* verwirkt.

Ungebührliches Betragen gegen Schwangere.

§ 131. Bei Thätlichkeiten gegen dergleichen Personen, sind die dadurch an und für sich verwirkten Strafen durch Geldbussen von *zehn* bis *funfzig* Thalern, oder durch Züchtigung mit Ruthen zu schärfen.

§ 132. Auch diejenigen, welchen sonst das Recht der mäßigen Züchtigung zukommt, dürfen sich denselben gegen dergleichen Personen bei den vorgeschriebenen Strafen (§ 130. u. 131.) nicht bedienen.

Geheim-
haltung
der Ge-
ständnisse
von
Schwan-
geren.

§ 133. Ein jeder, welchem das Verhältniß einer außer der Ehe geschwängerten Weibsperson als Geheimniß anvertraut worden ist, ist bei *fünf Thaler* Strafe verbunden dasselbe so lange zu verschweigen, als keine Gefahr eines Verbrechens von Seiten der Geschwächten zu besorgen ist.

§ 134. Hebammen, Geburtshelfer oder Aerzte, die dieses Vertrauen mißbrauchen und den Zustand der Geschwächten weiter bekannt machen, haben die im vorigen § bestimmte Strafe doppelt zu leiden.

Unerlaub-
tes Ver-
halten
schwange-
rer und
gebähren-
der Perso-
nen.

§ 135. Weibspersonen, welche ihre Schwangerschaft bis zum neunten Monate verheimlichen, ohne sich selbst oder durch ihren Schwängerer einer Hebamme, oder einer andern dazu verständigen ehrbaren Frau, oder einem Geburtshelfer anvertraut und dadurch für eine Beihülfe bei der Niederkunft gesorgt zu haben, sind mit *acht bis vierzehn Tagen* Gefängniß zu belegen.

§ 136. Haben sie wegen dieser Verheimlichung keine Hülfe bei der Niederkunft gehabt, so sind sie in Fällen, wo das Kind am Leben erhalten worden ist und die Vorschriften des 624. -- 627. §. des Gesetzbuches über Verbrechen, nicht eintreten, in Gefängnißstrafe von *einem bis zu drei Monaten* zu nehmen.

§ 137. Auch wenn sie in diesen Fällen (§ 135. u. 136.) von einer unzeitigen Leibesfrucht entbunden worden sind, haben sie der geschehenen Verheimlichung wegen *vierzehn Tage bis vier Wochen* Gefängniß verwirkt.

§ 138. Aeltern, Herrschaften und andere Vorgesetzte haben die ihnen untergebenen Weibspersonen bei entstandenem Verdachte wegen außerehelicher Schwangerschaft ernstlich zur Rede zu stellen und nach erfolgtem Geständnisse die nöthigen Veranstellungen zur Verhütung eines Verbrechens oder Schadens zu treffen, in dem Falle aber, da die Verdächtige leugnet, ihren Verdacht der Obrigkeit zur weiteren Untersuchung anzuzeigen. *)

Unterlassung der Fürsorge, welche dritten Personen bei außerehelichen Schwangersungen obliegt;

*) Mandat v. 14. Octbr. 1744. § 4. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 341.

§ 139. Wer diesen Verpflichtungen entgegen handelt, der hat Gefängniß bis zu sechs Wochen oder Geldstrafen von fünf bis zu zwanzig Thalern zu leiden.

§ 140. Haus- oder Stubenwirthinnen, bei welchen sich ledige oder von ihren Männern abgesondert lebende Weibspersonen aufhalten, sind zu gleicher Fürsorge bei gleichen Strafen (§ 138. u. 139.) verpflichtet.

§ 141. Obrigkeiten haben zwar bei eigener Verantwortung die nöthigen Untersuchungen zur Erörterung der ihnen wegen einer außerehelichen Schwängerung angezeigten Verdachtsgründe genau und nach Befinden mit Zuziehung verpflichteter Hebammen anzustellen, dabei jedoch gehörige Vorsicht anzuwenden, damit nicht unschuldige Personen an ihrer Ehre gekränkt werden. *)

*) Das angef. Mandat v. 14. Octbr. 1744. § 6.

ins beson-
dere von
Seiten des
Schwänge-
rers.

§ 142. Jede Mannsperson, welche einen außerehelichen Beischlaf vollzogen hat, muß darauf aufmerksam seyn, ob er eine Schwängerung hervorgebracht habe.

§ 143. Sobald er nach dem Geständnisse der Geschwängerten, oder sonst die Schwangerschaft vermuthen kann, muß er darauf dringen, daß nicht gegen die Vorschriften des 135. u. 136. § gehandelt werde.

§ 144. Verabsäumt er diese Pflichten (§ 142. u. 145.), so ist er in allen Fällen, wo die Geschwängerte zu der im 135. -- 137. §. bestimmten Strafe gezogen werden muß, zu zwei bis vier Monaten Gefängniß zu verurtheilen.

§ 145. Ist aber eine Tödtung des Kindes in Mutterleibe, Abtreibung, oder ein Kindermord geschehen, so hat der unachtsame Schwängerer ein- bis dreijährige Gefängnißstrafe verwirkt.

§ 146. Wer seine Geschwächte überdies noch in Noth gelassen und ihr keine ihren und seinen Verhältnissen angemessene Unterstützung zur und nach der Entbindung ernstlich zugesichert hat, der ist im Falle eines Kindermordes, zu drei bis sechsjähriger und bei andern verbrecherischen Handlungen zur Verhinderung einer lebendigen Geburt, zu zweijähriger Gefängnißstrafe zu verurtheilen.

§ 147. Mit Unbekanntschaft mit der Schwangerschaft können sich in der Regel nur Soldaten, Stückknechte und andere Militairpersonen entschul-

digen, welche vor der Zeit, wo die Geschwängerte ihren Zustand vermuthete, in den Krieg oder außer Landes geschickt worden und vor der Entbindung nicht wieder zurückgekehrt sind.

§ 148. Ist jedoch eine bössliche Verlassung der Geschwächten offenbar, so ist auch bei diesen Personen auf die zuvor bemerkte Entschuldigung keine Rücksicht zu nehmen.

§ 149. Ob diese Entschuldigung dem Schwängerer einer öffentlichen Hure zu Statten kommen könne, muß nach den jedesmaligen Umständen entschieden werden.

§ 150. Wer den Leichnam einer Mißgeburt ohne vorgängige Anzeige bei der Obrigkeit eigenmächtig wegschafft, der hat Gefängnißstrafe von vierzehn Tagen verwirkt.

Eigenmächtige Wegschaffung und Tödtung einer Mißgeburt.

§ 151. Wer eine Mißgeburt eigenmächtig tödtet, der hat drei Monat Gefängniß zu leiden.

§ 152. Wer sonst einen todten menschlichen Körper ohne Anzeige heimlich fortschafft oder begräbt, der ist zu sechs bis acht Wochen Gefängniß zu verurtheilen.

Heimliche Wegschaffung des Leichnams eines gestorbenen Menschen.

§ 153. Diese Strafe tritt auch bei heimlicher Fortschaffung unzeitiger Geburten ein, so fern nur dieselben bereits gliedmäßig gewesen sind.

Drittes Kapitel.

Von den Vergehen gegen die Sicherheit des Staats- und Privat-Eigenthumes.

Unerlaub-
ter Kauf
und An-
nahme
gewisser
Sachen.

§ 154. Niemand soll von ganz unbekannten Leuten Gold, Silber, Juwelen oder andere Kostbarkeiten zum Kauf oder zum Versatz annehmen.

§ 155. Eben so wenig darf dieß geschehen, wenn die angetragene Sache von der Art ist, daß Leute von dem Stande und Gewerbe des Antragens dergleichen Sachen nicht zu haben pflegen.

§ 156. Ins besondere gilt dieß, wenn Unmündige oder Dienstboten Sachen zum Verkauf oder zur Verpfändung anbieten, von welchen wahrscheinlich ist, daß sie andern Personen zugehören.

§ 157. Auch darf sich niemand mit Personen in Geldwechselungen einlassen, den man es nicht zutrauen kann, daß sie die zur Auswechselung angebotenen Münzen ihrer Art und Menge nach auf eine erlaubte Weise erhalten haben können.

§ 158. Ein jeder, dem dergleichen Sachen unter den angegebenen Umständen zum Kaufe, Pfande, oder Auswechselung angeboten werden, ist verbun-

den die angebotene Sache oder den Anbietenden selbst nach Möglichkeit anzuhalten und wenn er sich nicht rechtfertigen kann, verhaften zu lassen.

§ 159. Wer diesen Vorschriften (§ 154. -- 158.) entgegen handelt, der ist mit *fünf* oder *zehn* bis *funfzig Thalern* Geldbuse, oder mit Gefängniß bis zu *acht Wochen* zu belegen.

§ 160. Wer dergleichen Sachen bei mehrerem Verdachte und namentlich um einen Spottpreis an sich bringt, der ist in Gemäfsheit des 430. §. des *Gesetzbuches über Verbrechen*, als Hehler zu bestrafen.

§ 161. Schlossermeister sollen bei *zehn Thaler* Strafe ohne Vorwissen des Hausbesitzers oder dessen Stellvertreters keine Haus- oder Hauptschlüssel *verfertigen*.

Unerlaubte
Verfertigung und
Verkauf
solcher
Sachen, die
zum Diebstahl und
Betrug
gemifsbraucht
werden
können.

§ 162. Auch sollen sie bei gleicher Strafe auf bloßes Bestellen der Dienstboten ohne Vorbewußt der Herrschaften keine Schlüssel zu Zimmern und Behältnissen fertigen, oder Schlösser an denselben eröffnen.

§ 163. Schlosser oder Schmiede, welche Andern Dietriche oder Brechstangen fertigen oder verkaufen und nicht als Theilnehmer oder Begünstiger bei einem Diebstahle betrachtet werden können, haben *vier* bis *acht Wochen* Gefängniß zu leiden.

§ 164. Gesellen und Lehrburschen, welche sich einer der vorgenannten Uebertretungen (§ 161. -- 163.) schuldig machen, haben *verhältnißmäßige* Gefängnisstrafe oder nach Befinden *Ruthenzüchtigung* verwirkt.

§ 165. Trödler, oder wer immer mit bereits gebrauchten oder alten Sachen Handel treibt, haben sich des Ankaufes der ihnen von unmündigen Personen angebotenen Sachen bei Strafe von zwei bis *fünf Thalern* zu enthalten.

§ 166. Auch ist denselben aller Handel mit alten Schlüsseln oder andern zu Dietrichen oder ähnlichen Diebsinstrumenten zu mißbrauchenden Sachen bei *fünf Thaler* Strafe oder Gefängniß bis zu *vierzehn Tagen* untersagt.

§ 167. Eben so wenig dürfen sie bei Strafe des *vierfachen Ersatzes* oder noch härterer Ahndung Montirungs- oder Equipagestücke eines Unterofficiers oder Gemeinen an sich kaufen.

§ 168. Kupferstecher, Drucker, Stempel- oder Wappenschneider, sollen bei Gefängnißstrafe von *drei Monaten* bis zu *zwei Jahren* ohne unmittelbaren Befehl der obrigkeitlichen Behörde keine Stempel, Siegel, oder Stiche und Platten der Formulare öffentlicher Papiere zu fertigen übernehmen, noch die Arbeit selbst an jemand andern, als an die Behörde selbst, gegen Empfangsschein abliefern.

§ 169. Bei gleicher Strafe darf niemand ohne Erlaubniß der zur Oberaufsicht über das Münzwesen gesetzten Behörde ein zur Fertigung der Münzen brauchbares Stofs- oder Presswerk fertigen.

§ 170. Auch ist ein jeder, der ein solches Werk ohne obrigkeitliche Erlaubniß der Behörde hält, mit

Gefängniss von einer Woche bis zu einem Monate zu bestrafen.

§ 171. Wappenschneider oder Petschaftstecher, haben sich der Verfertigung eines Privatwappens oder Siegels für Personen, die ihnen ganz unbekannt oder wenigstens nicht hinlänglich sicher sind, bei Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu acht Wochen zu enthalten.

§ 172. Dasselbe gilt von der Verfertigung der bei einzelnen Handelshäusern im Gebrauche befindlichen Formulare zu Wechselbriefen und Anweisungen.

§ 173. Der Verkauf metallner Spielmarken oder Rechenpfennige, welche die Stärke und Schwere der Geldstücken besitzen und nicht durch durchgeschlagene, der Farbe derselben entgegengesetzte weisse oder gelbe Stifte ausgezeichnet sind, ist mit fünf bis zwanzig Thaler Strafe zu ahnden.

§ 174. Wer auf irgend eine Art mit dem Feuer Unvorsichtiges Verhalten mit fahrlässig umgeht, der hat verhältnissmässige Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen oder Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern verwirkt. halten mit dem Feuer und leicht zündbaren Materialien.

§ 175. Ins besondere soll sich niemand bei diesen Strafen (§ 174.) unterstehen, in Schennen, Ställe, Böden und in andere Behältnisse, wo sich Feuerfangende Sachen befinden, mit bloßem Feuer oder Lichte, brennenden Kiehnspähnen und Tabakspfeifen oder andern Feuer gebenden Sachen zu gehen.

§ 176. Gleiche Strafe (§ 164.) hat derjenige zu leiden, welcher Waaren, Materialien oder andere Vorräthe, die sich von selbst entzünden oder sonst leicht Feuer fangen, an Orte oder in Behältnisse stellt, wo ihre Entzündung leicht geschehen oder gefährlich werden kann.

Vernach-
lässigung
der Feuer-
stellen u.
s. w.

§ 177. Desgleichen Hauswirthe, welche Feuerstellen und Schornsteine nicht in dem gehörigen baulichen oder brandsichern Stande erhalten.

§ 178. Desgleichen Schornsteinfeger - Meister, welche die Hausbesitzer mit den Fehlern oder Bau-fälligkeiten der Feuereisen oder Feuerstellen nicht bekannt machen, oder im Fall denselben nicht abgeholfen wird, die Anzeige davon bei der Obrigkeit unterlassen.

Unrichtige
Anlegung
der Feuer-
stellen
u. s. w.

§ 179. Auch Handwerker haben diese Strafen verwirkt, welche die Anlegung der Feuerstellen, oder Setzung der Oefen, Ziehung der Röhren und dergleichen, nicht die Vorsicht brauchen, welche zur Verhütung eines Brandunglücks erfordert wird.

Verbot der
Handar-
beiten im
Feuer zur
Nachtzeit.

§ 180. Handwerker und Professionisten, welche im Feuer arbeiten, haben ihre Arbeit bei fünf bis zehn Thalern Strafe nicht über zehn Uhr des Nachts auszu dehnen und dieselbe nicht früher als im Sommer des Morgens um 5 Uhr, oder im Winter um 5 Uhr zu beginnen.

Strafe
derer, die
in Wäldern
und Haiden
Feuer zum

§ 181. Niemand soll bei Gefängnißstrafe bis zu sechs Wochen in Wäldern und Haiden bei trockner Jahreszeit, oder sonst an freien Plätzen, von wo aus

das Feuer auf Gebäude oder andere Sachen, deren Wärmen und andern Brennen eine Feuersbrunst erzeugen kann, Feuer sonst zum Wärmen, Kochen und andern dergleichen sonst erlaubten Zwecken anzünden.

§ 182. Wer eine entstehende Feuersbrunst zu Strafe derer, welche verheimlichen sucht und nicht sofort zur Bewerk- bei entste- stellung der öffentlichen Hülfe anzeigt, sondern das hender Feuer mit den Seinigen in der Stille zu dämpfen Feuers- unternimmt, der hat, auch wenn dasselbe wirklich brunst nicht ohne weitem Schaden gelöscht worden ist, dennoch öffentliche Hülfe fordern. vier Wochen Gefängniß verwirkt.

§ 183. Ist aber die Feuersbrunst zum völligen Ausbruche gekommen, so ist diese Verabsäumung der öffentlichen Hülfe als eine grobe Fahrlässigkeit zu betrachten und mit der im 1396. § des Gesetzbuches über Verbrechen bestimmten Strafe zu ahnden.

§ 184. Niemand soll ohne Erlaubniß der Obrig- Verbot, keit Raqueten, Schwärmer oder andere Feuerwerks- Feuer- sachen abbrennen. werkssa- chen ohne obrigkeit- liche Erlaubniß abzubren- nen.

§ 185. Der Uebertreter dieser Vorschrift ver- wirkt eine Geldstrafe von wenigstens zehn Thalern, welche nach der GröÙe der möglichen Gefahr für Menschen, Gebäude, oder für andere Sachen, deren Brennen eine Feuersbrunst erregen kann, bis auf funfzig und hundert Thaler zu erhöhen ist. *)

*) M. vergl. das Rescript v. 30. Jul. 1764. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 879.

§ 186. Diese Strafe ist in allen Fällen von dem

Eigenthümer des Ortes, wo die Uebertretung geschah, selbst, einzubringen, so fern er nur hiervon Wissenschaft haben konnte oder sollte. *)

*) Das angef. Rescript v. 30. Jul. 1764.

§ 187. Der dritte Theil dieser Strafe ist dem Angeber unter Verschweigung seines Namens zu verabfolgen. *)

*) Das angef. Rescript v. 30. Jul. 1764.

§ 188. Obrigkeiten haben die Erlaubniss zur Abbrennung einiger Feuerwerkssachen, bei eigener Verantwortung nur an solchen Orten zu gestatten, welche von Strafsen, Wegen und Fufssteigen sowohl, als von allen Gebäuden und Sachen, deren Brennen eine Feuersbrunst erregen kann, hinlänglich entfernt sind. *)

*) Das angef. Rescript v. 30. Jul. 1764.

Viertes Kapitel.

Von den Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

Wider-
rechtliches
Beherber-
gen. § 189. Gastwirthe, welche reisende Fußgänger oder einzelne Reiter, die nicht als Personen unbescholtenen Rufes hinlänglich bekannt sind, ohne

richtige Pässe aufnehmen, haben *zehn Thaler Geld-*
oder vier Wochen Gefängnißstrafe zu leiden. *)

*) Mandat v. 14. Decbr. 1753. § 1. u. 4. im Cod. Aug.
I. Forts. Th. I. S. 797. u. 801.

§ 190. Wer dergleichen Personen auf diese
Art aufnimmt, ohne überhaupt zum Beherbergen
berechtigt zu seyn, der ist zu *zwanzig Thaler Geld-*
oder acht Wochen Gefängnißstrafe zu verurtheilen. *)

*) Das angef. Mandat v. 14. Decbr. 1753. a. a. O.

§ 191. Sind die widerrechtlich aufgenommenen
Personen noch überdies als verdächtig erkennbar,
so sind diese Strafen (§ 189. u. 190.) um die *Hälfte*
oder um das *Doppelte* zu erhöhen.

§ 192. Wie wirkliche Hehler zu bestrafen sind,
ist im 428. -- 433. § des *Gesetzbuches über Verbrechen*
bestimmt.

§ 193. Personen, gegen welche bloß zur Folge ^{Rückkehr}
der Polizeistrafgesetze (§ 21. des *Gesetzes über die An-* ^{eines Ver-}
wendung der Sicherungsmittel gegen gefährliche Personen) mit ^{wiesenen.}
der Verweisung aus dem Lande oder aus dem Orte
verfahren worden ist, sind wegen unterstandener
Rückkehr, ohne Rücksicht auf die Unternehmung
einer gesetzwidrigen That, mit Gefängniß von *vier-*
zehn Tagen bis zu *drei Monaten* bei *Wasser und Brot* zu
strafen.

§ 194. Im Wiederholungsfalle kann diese Strafe
nach Befinden durch *körperliche Züchtigung* vermehrt
und bis zu *sechs Monaten* verlängert werden.

Tumult
und
öffentli-
cher Lärm.

§ 195. Jeder öffentliche Auflauf von wenigstens zehn Personen, welcher weder in aufrührerischer noch Landfriedensbrecherischer Absicht (§ 1477. u. 1524. des *Gesetzbuches über Verbrechen*), auch nur zur Ausübung gewisser unter die Verbrechen nicht zu rechnender Ungebührnisse mit Lärm auf den Straßen oder auf andern öffentlichen Plätzen geschehen ist, ist als *Tumult* anzusehen und nach Beschaffenheit der Umstände mit Gefängnisstrafe von vierzehn Tagen bis zu zwei Jahren zu belegen.

§ 196. An den Anstiftern und Rädelsführern ist diese Strafe durch Beschränkung der Kost auf *Wasser und Brot*, nach Befinden auch durch *körperliche Züchtigung* zu erhöhen.

§ 197. Diejenigen, welche den Tumultuanten ihren Beifall durch Rufen, Händeklatschen und dergleichen zu erkennen geben, oder welche auf Geheiß der zur Wiederherstellung der Ruhe abgeordneten Personen den Platz nicht sogleich verlassen, sind als Theilnehmer nach den allgemeinen davon geltenden Grundsätzen zu strafen.

§ 198. Haben Einzelne unter der Zahl von Zehnen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen einen ungebührlichen Lärm gemacht, so sind sie zu Geldbussen bis zu fünf und zwanzig Thalern, oder Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen zu verurtheilen.

§ 199. Ins besondere sind auch alle diejenigen mit diesen Strafen zu belegen, welche durch ungebührliche Handlungen auf den Straßen, oder durch

auffallende ungewöhnliche Kleidung u. s. w. einen Zusammenlauf oder Lärmen an öffentlichen Orten veranlassen.

§ 200. Wer sich, ohne feindselige Absichten zu Erregung^U hegen (§ 1443. des Gesetzbuches über Verbrechen), Vor-^{ungegrün-}spiegelungen erlaubt, welche das Publicum wegen ^{deter Be-}Sicherheit der Person, des Eigenthumes, oder an-^{sorgnisse}derer wichtiger Rechte besorgt oder sonst unruhig^{bei dem} machen können, wie ins besondere bei Aussprengung ^{Publico.}falscher Nachrichten von erlittenen Unglücksfällen oder andern gefährlichen oder traurigen Ereignissen u. s. w., der hat nach Beschaffenheit der Umstände Gefängnisstrafe *bis zu acht Wochen* zu leiden.

§ 201. Haben Innungsmitglieder oder Gemein-^{Unerlaubte}den ohne vorgängige Anzeige bei der Obrigkeit und ^{Zusammen-}ohne dazu erhaltene Erlaubnis eine Zusammenkunft ^{künfte der}gehalten, so ist jeder Theilnehmer mit Gefängnis-^{Innungen}strafe *bis zu vierzehn Tagen* oder Geldbußen *bis zu fünf* ^{oder Ge-}*Thalern* zu belegen. *) ^{meinden.}

*) Mandat v. 18. Jan. 1791. § 4. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 991.

§ 202. Sind dergleichen Zusammenkünfte zu Zeiten des Krieges oder eines Aufruhres gehalten worden, so ist nach Befinden der Umstände ein jeder in Gefängnisstrafe *von sechs Wochen bis zu sechs Monaten* zu nehmen.

§ 203. Gerichtspersonen und andere Polizei-
bediente, welche von dergleichen Zusammenkünften

Nachricht erhalten und der Behörde keine Anzeige davon erstatten, haben gleiche Strafe (§ 201. u. 202.) verwirkt.

Unerlaubte Zusammenkünfte maskirter Personen. § 204. Niemand soll ohne Erlaubniss der Behörde bei *zwanzig bis fünfzig Thaler Strafe* Bälle oder andere Zusammenkünfte in Masken halten.

§ 205. Die einzelnen Theilnehmer an denselben, sind mit Geldbussen von *fünf und mehreren Thalern* zu belegen.

§ 206. Die im 204. § bestimmte Strafe findet auch gegen diejenigen Unternehmer Statt, welche in Fällen erhaltener obrigkeitlicher Erlaubniss zu Beilegung der bei einer solchen Gelegenheit entstandenen Unordnung nicht in Zeiten die obrigkeitliche Hülfe fordern.

Verbot, auf Straßsen maskirt zu gehen. § 207. Niemand soll bei Geldstrafe *bis zu zehn Thalern* maskirt auf die Straßse gehen.

Lügenhafte Aeufserungen gegen öffentliche Behörden. § 208. Wer sich gegen öffentliche Behörden einen falschen Namen oder Stand beilegt, oder eine falsche Beschäftigung oder andere unwahre Verhältnisse zuschreibt und dabei nicht wegen der Absicht betrügerischer Bevortheilung (§ 1148. des *Gesetzbuches über Verbrechen*) oder in anderer Hinsicht besonders strafbar ist, der hat nach Befinden der Umstände Geldbussen *bis zu zwanzig Thalern* oder Gefängniss *bis zu drei Wochen* zu leiden.

Unerlaubte Gesellschaften. § 209. Alle Gesellschaften, welche der Obrigkeit ihr Daseyn verheimlichen und keinen erlaubten Zweck haben, sind strafbar.

§ 210. Ist der Zweck einer solchen Gesellschaft eine zu den Verbrechen gehörige Handlung, so treten die in dem *Gesetzbuche über Verbrechen* darüber enthaltenen Vorschriften ein.

§ 211. Ist dieß nicht der Fall, so sind die Theilnehmer nach Beschaffenheit der Umstände mit Geldbußen *bis zu fünfzig Thalern*, oder mit *verhältnißmäßiger Geldstrafe* zu belegen.

§ 212. Wegen Bestrafung der Theilnahme an Ordensgesellschaften unter Studenten auf Universitäten, ist nach den davon handelnden besondern Gesetzen zu verfahren.

§ 213. Wer sein Haus oder Wohnung einer unerlaubten Gesellschaft zu ihren Zusammenkünften leiht oder vermiethet, der ist außer der Strafe für die etwanige Theilnahme an der Gesellschaft, mit Geldbusse von wenigstens *zehn Thalern* oder mit Gefängnißstrafe *bis zu sechs Wochen* zu belegen.

§ 214. Gleiche Strafen haben Professionisten oder andere Personen zu leiden, welche für unerlaubte Gesellschaften Ordenszeichen oder andern dergleichen Apparat fertigen oder verkaufen.

§ 215. Wer in Zeiten des Krieges oder innerlicher Unruhen Proclamationen und andere Schriften des Feindes oder der Aufrührer in öffentlichen Gesellschaften, jedoch ohne böse Absicht vorliest oder ausbreitet, der hat Gefängniß *bis zu vier Wochen* oder Geldstrafe *bis zu zehn Thalern* zu erwarten.

Verbreitung gefährlicher Schriften zur Zeit des Krieges oder innerlicher Unruhen.

Unerlaub-
ter Ver-
kehr in
Kriegs-
zeiten.

§ 216. Gleiche Strafe hat derjenige zu leiden, der sich ohne besondere obrigkeitliche Erlaubniss in Kriegszeiten mit irgend jemanden von feindlicher Seite in heimliche Unterhandlungen einlässt.

§ 217. Desgleichen derjenige, welcher ohne obrigkeitliche Erlaubniss zu Kriegszeiten Reisen in feindliche Länder unternimmt.

§ 218. Auch darf niemand bei gleicher Strafe ohne obrigkeitliche Erlaubniss einen Briefwechsel in feindliche Länder führen, oder Briefe auf andern Wegen, als durch die öffentliche Post, oder in Ziffern oder geheimen Zeichen verschicken.

§ 219. In wie fern hiervon bei einem Briefwechsel unter nahen Verwandten eine Ausnahme zu machen sey, ist nach den jedesmaligen Umständen zu entscheiden.

Aufsamm-
lung der
Waffen
u. s. w.

§ 220. Derjenige, welcher Waffen oder Kriegsvorräthe heimlich aufsammelt, ohne feindseliger Absichten gegen den Staat verdächtig zu seyn, hat Gefängnisstrafe von *drei bis sechs Monaten* verwirkt.

Anwer-
bung be-
waffneter
Mann-
schaft.

§ 221. Wer bewaffnete Leute zusammenbringt oder in Sold nimmt und gleichfalls eine böse Absicht gegen den Staat dabei nicht gehabt hat, der hat Gefängnisstrafe von mindestens *sechs Monaten* zu leiden.

Mißhand-
lung öf-
fentlicher
Anschläge.

§ 222. Derjenige, welcher landesherrliche oder obrigkeitliche Befehle, ohne dabei eine Uebertretung derselben zu bezwecken (*Gesetzbuch über Verbrechen § 1464. u. f.*), ingleichen andere, auf Befehl oder mit Bewilligung der Obrigkeit ausgegangene öffent-

liche Anschläge abreißt, beschmutzt, unleserlich macht, oder sonst auf eine Art mißhandelt, hat Geldbusse bis zu zehn Thalern oder Gefängnißstrafe von vier und zwanzig Stunden bis zu acht Tagen zu erwarten.

§ 223. Wer jemanden, dem die Betreibung einer Wissenschaft, Kunst und Gewerbe oder die Verübung irgend einer sonst erlaubten Handlung durch ein Rescript oder Urtheil untersagt ist, zu der Uebertretung dieses Verbotes wissentlich auf irgend eine Art Veranlassung oder Unterstützung giebt, der ist in eine Geldstrafe von einem bis zu zehn Thalern zu nehmen.

Strafbare Begünstigung derjenigen, welchen ein sonst erlaubtes Geschäft oder Gewerbe untersagt worden ist;

§ 224. Aerzte, welche die von Pfuschern oder sonst unbefugten Practikern geschriebenen Recepte, oder Advocaten, welche die von einem Winkel-Advocaten, oder von einem ganz oder nur auf einige Zeit abgesetzten Advocaten gefertigten Schriften unterschreiben, haben ohne Unterschied Gefängniß von wenigstens vierzehn Tagen verwirkt.

ins besondere der Afterärzte, Winkel-Advocaten u. s. w.

§ 225. Auch ist in solchen Fällen (§ 224.) jederzeit wegen des gegen den Uebertreter noch auferdem etwa zu erlassenden Verbotes der ferneren Praxis, zur Behörde Bericht zu erstatten.

§ 226. Kein Buchdrucker soll irgend eine Schrift oder Ankündigung, sie sey schon einmal gedruckt gewesen, oder nicht, ohne Genehmigung des Censors des Ortes drucken. *)

Uebertretungen der Censurgesetze.

*) Regulativ v. 30. Septbr. 1779. und 6. Mai 1782. § I. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 45.

§ 227. Ist der Inhalt des Gedruckten an und für sich unschuldig, so hat der Uebertreter dieses Gesetzes *fünf Thaler Strafe* verwirkt und den doppelten Betrag der Censurgebühren halb dem Censor und halb der Armen-Casse des Ortes zu bezahlen.

§ 228. Hatte die Censur das Drucken der Schrift überhaupt oder in Rücksicht einzelner Stellen verboten, so ist der dennoch erfolgte Druck mit *zehn bis zwanzig Thalern* Strafe zu ahnden.

§ 229. Jeder Drucker einer Schrift und selbst einzelner Gedichte oder anderer Gelegenheitsschriften, hat den Druckort sowohl, als seinen Namen *bei fünf Thalern* Strafe beizudrucken.

§ 230. Bei gröfseren und allen denjenigen Schriften, welche in den Buchhandel oder sonst zum öffentlichen Verkauf kommen, ist nicht nur der Name des Verlegers oder Unternehmers, sondern auch der Verlagsort auf dem Titelblatte zu bemerken.

(§ 231.) Buchdrucker, welche dieß zu thun ganz unterlassen, haben *zehn bis zwanzig Thaler* Geldbusse, und wenn sie einen falschen Druckort oder einen falschen Namen des Verlegers vorsetzen, *sechs Wochen* Gefängniß zu leiden.

*) M. vergl. das Mandat v. 27. Febr. 1686. und Circularverordnung v. 29. März 1799. im Cod. Ang. Th. I. S. 413. Desselb. II. Forts. Th. I. S. 57. u. f.

§ 232. Es soll auch bei gleicher Strafe kein Kupferstecher oder Kupferdrucker das Titelblatt zu

einer Druckschrift stechen oder drucken, wenn es nicht die im 230. §. bemerkten Angaben enthält und die Richtigkeit derselben nicht durch die Genehmigung desjenigen Censors bestätigt worden ist, vor dessen Censur das Werk selbst gehört.

§ 233. Wer ohne obrigkeitliche Erlaubniss eine Druckerei hält, sie sey nun vollständig oder nicht, doch so, daß einzelne Blätter damit gedruckt werden können, der hat eine Geldbusse von zehn bis fünfzehn Thalern verwirkt. *)

Winkel-
buchdruk-
kerei.

*) M. vergl. das Regulativ v. 30. Sept. 1779. und v. 6. Mai 1782. § VI. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 47.

§ 234. Ist durch eine solche Druckerei irgend eine Schrift erlaubten Inhaltes gedruckt worden, so sind die im 226. -- 233. §. bestimmten Strafen um die Hälfte zu erhöhen.

§ 235. Buchhändler, welche eine ohne Censur gedruckte Schrift wissentlich verkaufen, sind mit fünf Thaler Strafe zu belegen.

Strafe
pflichtwi-
drig han-
delnder
Buchhänd-
ler.

§ 236. Auch haben sich dieselben des Verkaufes oder der weiteren Verbreitung solcher Schriften bei zehn Thaler Strafe zu enthalten, welche ihnen von unbekannter Hand, oder ohne daß sich ihnen ein sicherer Mann als Verleger zu erkennen gegeben hat, zugeschickt werden. *)

*) M. vergl. die Circularverordnung v. 29. März 1799. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 60.

§ 237. Diese Strafe ist auf *zwanzig Thaler* zu erhöhen, wenn Buchhändler die gegen die Bestimmungen des 250. -- 252. §. im Lande gedruckten Schriften verkaufen oder verbreiten.

§ 238. Diejenigen Buchhändler, welche verbotene Schriften im In- oder Auslande verbreiten oder durch Andere verbreiten lassen, haben in Fällen, wo das Verbot nicht etwa schon unter Bedrohung mit einer härteren Strafe geschehen ist, *zehn Thaler Geldbusse* zu erlegen.

Unbefugter
Handel mit
Druck-
schriften.

§ 239. Gleiche Strafe haben diejenigen zu erwarten, welche unbefugt einen Handel mit Druckschriften treiben.

Wenn die
zuvor be-
merkten
Vergehen
noch mit
andern
Strafen zu
ahnden
sind?

§ 240. Ist die Schrift, in Rücksicht welcher eine Uebertretung der im 226. -- 239. §. gegebenen Vorschriften erfolgt ist, ihres unmoralischen, unsittlichen, injuriösen oder Staats-gefährlichen Inhaltes wegen an und für sich strafbar, so ist die Uebertretung außerdem noch nach Anleitung des 387. §. so wie nach den in dem *Gesetzbuche über Verbrechen* insbesondere im 849. und 1467. u. f. §§. desselben enthaltenen Bestimmungen zu ahnden.

Strafbares
Betteln.

§ 240b. Bettler vom Gewerbe werden das erste mal mit Gefängniß von 24. *Stunden* belegt, und im Wiederholungsfalle in Gemäßheit der darüber vorhandenen besondern Vorschriften, in das Landarbeitshaus zu *Colditz* geschickt.

§ 240c. Bettler, welche den Personen die sie ansprechen, Ekel oder Abscheu erregende Gebrech-

lichkeiten oder Fehler ihres Körpers vorzeigen, haben *drei Tage* Gefängniß zu leiden.

§ 240d. Sind Kinder gewerbmäßig betteln gegangen, so sind die Aeltern, Erzieher u. s. w., mit deren Bewilligung oder wenigstens Vorwissen dieß geschehen ist, zu Gefängniß *von drei bis acht Tagen* zu verurtheilen.

Fünftes Kapitel.

Von den Vergehen, durch welche dem Staate dienstfähige Bürger entzogen werden.

§ 241. **W**er es sich zum Geschäft macht, Säch-
sische Unterthanen zur Auswanderung in andere
Staaten zu bereden oder zu verleiten, der hat, je
nachdem seine Bemühungen bereits von Erfolg ge-
wesen sind, oder nicht, Gefängnißstrafe von *einem*
bis zu sechs Monaten nach Befinden *bei Wasser und Brod*
verwirkt. *)

Verleitung
zur Aus-
wande-
rung.

*) Die älteren Sächsischen Gesetze drohen in solchen Fällen mit Zuchtbaus oder Festungsban bis zu zehn Jahren, auch mit Todesstrafe. Mandat v. 21. Aug. 1764. § 1. 3. u. 4. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 884. (u. f. vergl. mit dem Mandate v. 20. Decbr. 1723. u. 30. Octbr. 1738. dem Generale v. 5. Febr. 1772. u. 27. März 1773. und der Circularverordnung v. 30. Novbr. 1785. im Cod. Aug. Th. I. S. 2511. Derselb. I. Forts. Th. I. S. 889. u. 1254. und II. Forts. Th. I. S. 637. u. 684.

§ 242. Ausländer oder eigne Emisarien aus andern Staaten, welche sich dieses Vergehens schuldig machen, sind sofort gefänglich einzuziehen und nach ausgestandener Strafe des Landes zu verweisen.

§ 243. Diejenigen, welche dergleichen Personen wissentlich beherbergen oder verhehlen, haben die im 241. §. bestimmten Strafen ebenfalls zu leiden. *)

*) M. vergl. das angef. Mandat v. 21. Aug. 1764. § 4.

§ 244. Auch ist jeder Unterthan, welcher von solchen Ueberredungen und Verleitungen sichere Nachricht erhält, bei einer Geldbusse von *ein bis zehn Thalern* oder bei verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe der Obrigkeit davon Anzeige zu machen schuldig. *)

*) M. vergl. das angef. Mandat v. 1764. § 6.

§ 245. Obrigkeiten, welche die nöthige Aufmerksamkeit gegen die Uebertretungen der im 241. -- 244. § enthaltenen Vorschriften verabsäumen, oder sonst ihre Schuldigkeit dabei zu thun unterlassen, haben Geldstrafen *bis zu hundert Thalern* aus ihrem *eigenen Vermögen* verwirkt. *)

*) M. vergl. das angef. Mandat v. 1764. § 8.

§ 246. Aeltern, Pflegeältern und Vormünder, welche ihre Kinder oder Pflégbefohlene ohne Erlaubniß ihrer Obrigkeit ein Handwerk außer Landes

Strafe derjenigen, welche ihre Kinder oder

lernen lassen, haben eine Geldbusse von *fünf Thalern* zu leiden. *)

Pflegbe-
fohlen
ohne
obrigkeit-
liche Er-
laubniß
eine Pro-
fession
außer Lan-
des erler-
nen lassen.

*) Mandat v. 21. April 1792. Cap. I. § 31. im Cod. Aug.
II. Forts. Th. I. S. 1564.

§ 247. In Fällen, wo die Untersuchung wegen Uebertretung dieser Vorschrift nicht auf Veranlassung der Ortsobrigkeit geschieht, ist diese Geldstrafe der Invaliden - Casse verfallen. *)

*) Generale v. 13. April 1799. § VIII. im Cod. Aug. II. Forts.
Th. I. S. 1404. u. f.

§ 248. Diejenigen jungen Leute, welche außer Landes eine Profession erlernen und sich nicht jährlich einmal bei ihrer Obrigkeit zur Untersuchung ihrer Tüchtigkeit zum Soldatenstande stellen, sind wenn sie dies *drei* Jahr unterlassen und auch in den nächsten darauf folgenden *zwei* Jahren die Verhinderungsursachen dabei nicht bescheinigen, der Hälfte ihres Erbtheiles oder des ihnen sonst in hiesigen Ländern zufallenden Vermögens für verlustig zu erklären. *)

*) Mandat v. 21. April 1792. Cap. I. § 31. im Cod. Aug.
II. Forts. Th. I. S. 1364. u. f.

§ 249. Wer dem Militair als Recrut bereits angewiesen und davon auf gesetzliche Art unterrichtet ist, sich aber außer Landes begiebt und vor Ablauf von *fünf* Jahren nicht wieder zurückkehrt, der

Strafe
derjenigen,
welche um
sich dem
Soldaten-
stande zu
entziehen,
austreten.

ist seines in hiesigen Ländern gelegenen Vermögens verlustig. *)

*) M. s. das angef. Mandat v. 21. April 1792. Cap. I. § 30. und Generale v. 13. April 1799. § III.

§ 250. Diejenigen solcher ausgetretenen Personen, welche zwar vor Ablauf der gesetzten Zeit zurückgekehrt sind, aber wegen einer inmittelst erlangten Ansässigkeit oder sonst wegen eingetretener Unentbehrlichkeit zu Soldaten nicht genommen werden können, haben *zwei bis vier Monat Gefängnis* oder *verhältnismässige Geldbusse* zu leiden und sonst die im 30. u. 44. §. des Mandates vom 21. April 1792. vorgeschriebene Verbindlichkeiten zu erfüllen.

§ 251. Hat jemand zwar nicht das Land verlassen, sich aber doch sonst durch Verbergung, Veränderung seines Aufenthaltsortes u. s. w. dem Militair zu entziehen gewußt, so hat er zwar die im 249. § bestimmte Confiscation des Vermögens in der Regel nach Verlauf von *fünf Jahren* ebenfalls verwirkt.

§ 252. Es ist jedoch diese Strafe auf die Hälfte herabzusetzen, wenn derselbe nach dieser Zeit zurückgekehrt oder wiedererlangt worden seyn sollte, und beweisen kann, daß er sich die gedachte Zeit über wirklich bloß im Lande aufgehalten gehabt habe. *)

*) Das angef. Generale v. 13. April 1799. § III. a.

§ 253. Auch ist in einem solchen Falle und in

so fern der Wiedererlangte zum Militairdienste nicht mehr genommen werden kann, zugleich die Vorschrift des 250. § in Anwendung zu bringen. *)

*) Das angef. Generale v. 13. April 1799. § VIII. b.

§ 254. Ist der Entwichene, von welchem der im 252. § bemerkte Beweis geführt werden kann, innerhalb *zehn* Jahren nach seiner Entweichung gestorben, so soll zwar das confiscirte Vermögen dem nächsten Intestat-Erben desselben auf Anmelden wieder zurückgegeben werden, es ist jedoch in diesem Falle das im 30. und 44. § des Mandates vom 21. April 1792. festgesetzte Aequivalent von 12 -- 18 Thalern für das Regiment, das an denselben Ansprüche gehabt hat, abzuziehen. *)

*) M. vergl. das angef. Generale v. 13. April 1799. § III. a.

§ 255. Wer jemanden um sich der Werbung zu entziehen außer Landes zu gehen verleitet, oder ihm Vorschub leistet, der hat nach Befinden der Umstände Gefängnißstrafe von *vier Wochen bis zu sechs Monaten* verwirkt. *)

*) Das angef. Mandat v. 21. April 1792. Cap. I. § 32. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1365. bestimmt Zucht-
haus - oder Festungsbaustrafe *von zwei bis zu zehn Jahren.*

§ 256. Gleiche Strafe haben Innungsmitglieder verwirkt, welche einem dem Militair angewiesenen

Handwerksgesellen wissentlich eine Kundschaft ausstellen. *)

*) Das angef. Mandat a. a. O. setzt nur Geldbußen *bis zu fünfzehn Thalern* für solche Fälle fest.

§ 257. Gerichts- und andere Personen, welchen die Anzeige, Zusammenberufung, oder Auswahl der zum Militair brauchbaren jungen Mannschaft obliegt, und dabei das eine oder das andre Subject widerrechtlich verschonen, haben die im 240. §. bestimmte Strafe nach Beschaffenheit der dabei zum Grunde gelegenen Ursache, *um die Hälfte oder um das Doppelte erhöht* zu leiden.

Widerrechtliche
Entziehung der
als Stückknechte
u. s. w.
auserlesenen
Personen.

§ 258. Die im 249. -- 257. §. enthaltenen Vorschriften leiden auch in Fällen widerrechtlicher Entziehung der zum Dienste als Stück-Commissariats- oder Proviant-Fuhrknechte auserlesenen Personen volle Anwendung. *)

*) Generale das Austreten der zu Stück-Commissariats- oder Proviant-Fuhrknechten auszuhebenden Mannschaft betr. v. 29. Aug. 1808. § 1. — 5. u. 9.

Selbstverstümmelung.

§ 259. Wer seinem Körper vorsätzlich einen bleibenden Schaden zufügt, der ihn zur Betreibung gewisser bürgerlicher Geschäfte ganz oder zum Theil untüchtig macht, der hat nach Beschaffenheit der Gröfse des Schadens und der Strafbarkeit des dabei beabsichtigten Zweckes, Gefängniß *bis zu acht Wochen* zu erwarten.

§ 260. Ist die Selbstverstümmelung in der Absicht geschehen, um sich zum Soldatenstande untüchtig zu machen, so ist der Thäter mit *drei Monat* Gefängniß zu belegen und nach überstandner Strafe zu derjenigen Art von Militairdienste abzugeben, zu welchem er noch tauglich befunden wird. *)

*) M. vergl. das Generale v. 7. April 1768. § 12. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 1244.

§ 261. Selbstmörder sind ohne Zulassung der sonst bei Beerdigungen gewöhnlichen Gebräuche, ganz in der Stille zu begraben.

Selbst-
mord.

§ 262. Kann von ihnen nicht bewiesen werden, daß sie schwermüthig gewesen sind, so sind sie entweder an eins der anatomischen Theater zu Dresden, Leipzig oder Wittenberg auf dessen Verlangen (und wozu ihm unverzüglich Nachricht zu geben ist,) abzuliefern *) oder an einen entlegenen Ort des Gottesackers an der Mauer desselben zu beerdigen. **)

*) Befehl v. 19. Octbr. 1765. und Generale v. 8. Jul. 1794. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 865. u. II. Forts. Th. I. S. 259. u. f.

**) Das Mandat v. 20. Novbr. 1779. § 5. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 759. setzt schimpfliche Fortschaffung des Leichnames des Selbstmörders auf den Schindanger fest.

§ 263. Auch soll in einem solchen Falle (§ 262.) nichts zugelassen werden, womit man sonst das Andenken verstorbener Personen zu ehren pflegt.

§ 264. Gegen Verbrecher, welche sich selbst entleibt haben, sind die Vorschriften des 248. und 253. -- 255. §. des *Gesetzbuches über Verbrechen*, so wie des 63. u. 64. § des *Gesetzes über das Verfahren gegen Sträflinge in den Strafanstalten*, in Anwendung zu bringen.

Sechstes Kapitel.

Von den Vergehen gegen die Gesetze zur
Erhaltung des physischen Wohlstandes
der Bürger.

Vom wucherlichen
Creditgeben.

§ 265. **E**in jedes Creditgeben ist für *wucherlich* anzusehen, wobei sich der Darleiher unrechtmäßige Zinsen oder sonst Vortheile bedingt, welche dem Schuldner den Nutzen wieder entziehen, den ihm das Darlehn gewähren sollte.

§ 266. Unrechtmäßige Zinsen sind es, wenn sie jährlich vom Hundert eines auf Wechsel gegebenen Capitaless, über *sechs* Thaler, vom Hundert eines andern Capitaless aber, über *fünf* Thaler betragen. *)

*) Mandat v. 20. Decbr. 1766. §. 2. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 924. — M. vergl. auch die Ausschreiben v. 12. Novbr. 1550. und 1. Octbr. 1555. desgl. die Mandate v. 21. Octbr. 1609. u. v. 28. Apr. 1725. im Cod. Aug. Th. I. S. 30. 51. 1060. u. 1128.

§ 267. Auch bei kleinen, die Summe von fünfzig Thalern noch nicht erreichenden und auf wenig Tage oder Wochen aufgenommenen Darlehen dürfen keine höheren Zinsen (§ 266.) genommen werden. *)

*) In dem Mandate v. 10. März 1704. im Cod. Aug. II. Th. S. 2076. wird bei Anleihen dieser Art *etwas mehreres* an Zinsen nachgelassen.

§ 268. Bei der Berechnung unrechtmässiger Zinsen (§ 266.) ist es einerlei, der über die Gebühr reichende Gewinn werde durch baare Zahlung höherer Zinsen, oder durch Geschenke an Geld oder Sachen unter was für einem Namen es sey *), durch Ueberlassung der Nutzungen des Pfandes **), durch Dienstleistungen, oder durch Gewährung irgend eines andern Vortheiles ***) neben den Geldzinsen bewirkt.

*) z. B. ein Pflichtigkeits- oder Schuldgeld. Mandat v. 21. Octbr. 1609. und v. 28. April 1625. im Cod. Aug. Th. I. S. 1056. u. 1124.

**) M. vergl. das Mandat v. 21. Octbr. 1609. im Cod. Aug. Th. I. S. 1068.

***) z. B. eine Abgabe von dem durch Verwendung des geborgten Capitals gemachten Gewinnes; oder die Ueberlassung einer Sache oder Waare unter ihrem Werthe u. s. w.

§ 269. Die Zinsen, welche von rückständigen Zinsen genommen werden, sind für unrechtmässig zu halten, wenn die letztern nicht wenigstens ein Capital von fünfzig Thalern ausmachen.

§ 270. Auch dürfen dergleichen von unbezahlt gebliebenen Zinsen entstandene Summen dem Schuldner nicht mehr als *zweimal* zu einem zinsbaren Capital angeschlagen werden.)

§ 271. Eben so wenig sollen Gläubiger bei Ausleihung eines Darlehnes Zinsen *zum Voraus* vom Capitale abziehen.

§ 272. Wer sich höhere Zinsen bedingt als gesetzlich erlaubt sind (§ 266. u. 268.), der ist nicht nur des *vierten* Theiles des Capitaless verlustig, sondern er hat auch alle vom Tage der Ausleihung bis zur Rückzahlung bedungene, oder nach erfolgter Verlängerung der Rückzahlungszeit abgetragene oder abzutragen gewesene Zinsen zur Armen-Casse des Ortes zu bezahlen und überdies Gefängnisstrafe von *einem bis zu drei Monaten* zu leiden. *)

*) Die ältesten Sächsischen Gesetze bestimmten den Verlust des *vierten* Theiles des Capitaless. Ausschreiben v. 12. Novbr. 1550. und v. 1. Octbr. 1555. und Mandat v. 21. Octbr. 1609. im Cod. Aug. Th. I. S. 50. 51. u. 1057. — In der Folge ward auf Fälle, wo bloß der *sechste* Zins-thaler widerrechtlich genommen worden war, der vierfache Ersatz desselben, wenn aber mehr genommen worden, der Verlust des ganzen Capitaless nebst Verweisung vom Beichtstuhle und Abendmahle, dem unehrlichen Begräbnisse und nach Befinden Gefängnisstrafe angedroht. Mandat v. 28. April 1625. u. v. 20. Decbr. 1766. § 2. im Cod. Aug. Th. I. S. 1123. Desselb. I. Forts. Th. I. S. 924. — Die Verweigerung der Absolution und des Abendmahles ward in der Entscheidung zur geheimen Instruction v. J. 1770. ad § 9. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 416. aufgehoben.

§ 273. Wer unrechtmäßige Zinsen von Zinsen nimmt oder sich versprechen läßt (§ 269. u. 270.), der hat dieselben, so viel ihrer nur bis zur Zeit der Rückzahlung oder Untersuchung gefällig seyn konnten, doppelt zur Armen - Casse des Ortes zu zahlen und Gefängniß von einigen Tagen bis zu vier Wochen verwirkt.

§ 274. Wer die Zinsen vom Capitale auf ein Viertel - halbes oder ganzes Jahr zum voraus abzieht (§ 271.), der ist mit Gefängnißstrafe bis zu vierzehn Tagen zu belegen.

§ 275. Hat derselbe die Zinsen auf noch längere Zeit zum voraus abgezogen, so ist er der abgezogenen Summe zu Gunsten der Armen - Casse für verlustig zu erklären und zu drei bis vier Wochen Gefängniß zu verurtheilen.

§ 276. Auf gleiche Strafe ist dann zu erkennen, wenn ein solcher Abzug die Summe von hundert Thalern, oder darüber, beträgt.

§ 277. Darleiher, welche Statt der Zinsen Naturalien, die der Schuldner nicht selbst erbaut, oder Dienste, die er nicht selbst leistet, fordern oder nehmen, haben bei der im 272. § bestimmten Strafe das Verhältniß des Werthes derselben zu der gesetzlich nachgelassenen Zinssumme genau zu beobachten.

§ 278. Auch Nutzungen und andere Vortheile irgend einer Art, dürfen bei gleicher Strafe Statt der Zinsen weder bedungen noch genommen werden,

wenn sie zu Geld gerechnet, die gesetzlichen Zinsen übersteigen.

§ 279. Bei Naturalien aber, welche der Schuldner selbst erbaut, oder bei Diensten, welche er selbst leistet, findet die Vorschrift des 272. § erst dann Anwendung, wenn der gewöhnliche Werth derselben die Summe der gesetzlichen Zinsen um mehr als um 1 proCent übersteigt. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 21. Octbr. 1609. und 28. April 1625. im Cod. Aug. Th. I. S. 1057. u. 1123.

§ 280. Wer unter der Bedingung auf Pfand geliehen hat, daß er das Pfand, im Falle die Zahlung nicht zur rechten Zeit erfolgt, eigenthümlich zu behalten, oder um einen schon zuvor bestimmten Preis zu veräußern berechtigt seyn solle, der ist zum Ersatze des doppelten Betrages des dem Pfandschuldner dadurch bevorgestandenen oder erwachsenen Schadens und zu vierzehntägiger Gefängnisstrafe zu verurtheilen. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 21. Octbr. 1609. u. v. 28. April 1625. im Cod. Aug. Th. I. S. 1057. u. 1124.

§ 281. Dasselbe gilt gegen diejenigen, welche sich, im Fall die Zahlung eines zinsbaren Darlehnes zur gesetzten Zeit nicht erfolgt seyn sollte, eine Conventionalstrafe an Gelde, Sachen oder andern Leistungen bedingen. *)

*) M. vergl. die angef. Mandate im Cod. Aug. Th. I. S. 1056. u. 1124.

§ 282. Ist das Darlehn unzinbar ausgeliehen worden, so leidet die Vorschrift des 280. § erst dann Anwendung, wenn die Conventionalstrafe mehr als die während der Ueberlassung des Capitaless zu fordern erlaubt gewesene Zinssumme beträgt.

§ 283. Es tritt auch die Vorschrift des 281. u. 282. § dann nicht ein, wenn sich der Darleiher bloß die Erstattung aller und jeder Kosten auf den Fall, daß er zur gerichtlichen Eintreibung des Darlehnes genöthigt werden und nicht durch das Urtheil zur vollen Entschädigung für Kosten aller Art gelangen sollte, zur Strafe bedungen hat.

§ 284. Gegen diejenigen, welche sich wegen Verlängerung des Rückzahlungstermines ein Geldgeschenk oder sonst einen Vortheil der zuvor (§ 268.) bemerkten Art bedingen oder geben lassen, ist ebenfalls nach Vorschrift des 280. § zu erkennen.

§ 285. Darleiher, welche sich ein größeres Capital verschreiben lassen, als sie wirklich gegeben haben, sind der Hälfte des verschriebenen Capitaless verlustig und wegen des auf diese Art verübten Wuchers mit Gefängnißstrafe von wenigstens drei Monaten zu belegen. *)

*) M. vergl. die Mandate v. 21. Octbr. 1609. u. v. 28. April 1625. im Cod. Aug. Th. I. S. 1056. u. 1124. und die Note zum 272. §

§ 286. Beläuft sich die in solchen Fällen zu viel verschriebene Summe auf hundert Thaler oder dar-

über, so ist die Gefängnißstrafe auf *ein bis drei Jahre* zu erhöhen.

§ 287. Dieselben Strafen (§ 285. u. 286.) haben die Darleiher auch in andern Fällen verwirkt, wo dem Schuldner sonst aus irgend einem Grunde, oder unter irgend einem andern Namen oder Vorwande von den Darleihern selbst, oder doch mit deren Wissen und Willen ein Abbruch an der ausgezahlten Summe geschehen ist.

§ 288. Wer sich eine Schuldverschreibung über ein Darlehn ausstellen läßt, da er doch den Werth nicht in baarem Gelde, sondern ganz oder zum Theil in Privat-Schuldverschreibungen, Waaren oder in andern Sachen und sey es auch zu einem geringeren Preise gegeben hat, der ist des *dritten* Theiles der verschriebenen Summe verlustig und mit *zwei bis vier Monat* Gefängniß zu belegen. *)

*) M. vergl. die Mandate v. 21. Octbr. 1609. und v. 28. April 1625. im Cod. Aug. Th. I. S. 1056. u. 1124. und die Note zum 272. §.

§ 289. Von dieser Strafe (§ 288.) sind auch diejenigen nicht frei, welche zwar die Verschreibung auf ein baar empfangenes Darlehn nicht stellen, auch wohl die Zurechnung an Waaren, Schuldverschreibungen u. s. w. ausdrücklich nennen lassen, aber doch mit dem Schuldner nicht in dem wechselseitigen Verkehre stehen, welcher unter Kaufleuten und Fabricanten Statt findet.

§ 290. Ins besondere, wenn die gegen eine solche Verschreibung überlassenen Waaren von der Art sind, daß sie nach dem Stande oder Gewerbe des Schuldners demselben entweder an und für sich selbst, oder wenigstens in der gegebenen Menge unbrauchbar seyn müssen.

§ 291. Sind die in den zuvor bemerkten Fällen (§ 288. u. 289.) mit angegebenen Schuldverschreibungen überdieß schlecht, oder die Waaren oder Sachen zu einem übermäßigen Preise angeschlagen, so ist außer der Einziehung des *dritten* Theiles der verschriebenen Summe, noch auf Gefängnißstrafe *von sechs Monaten bis zu drei Jahren* zu erkennen.

§ 292. Ein Darleiher, der seinem Schuldner die ihm gezahlten Geldsorten zu einem höheren Werthe anschlägt, als dieselben zur Zeit der Zahlung haben, hat nach der Gröfse der dadurch geschehenen Bevortheilung Gefängnißstrafe von *acht Wochen bis zu drei Jahren* verwirkt.

§ 293. Ins besondere, wenn er sich die Rückzahlung eines in öffentlichen zinsbaren Schuldverschreibungen gezahlten Darlehnes in Gelde bedingt und jene Schuldverschreibungen dem Schuldner nicht zu dem Preise, den sie zur Zeit der Anleihe haben, sondern nach dem Nennwerthe anrechnet.

§ 294. Gleiche Strafe (§ 292.) hat der Darleiher dann zu erwarten, wenn er sich die Rückzahlung eines Capitaless in besseren Münzsorten bedingt, als in welchen er das Darlehn gezahlt hat und gleich-

wohl jene nicht nach dem ihnen zur Zeit der Rückzahlung zukommenden Werthe berechnen läßt.

Von andern wucherlichen Verträgen und Handlungen.

§ 295. Alles, was vom Wucher bei Darlehen festgesetzt ist, findet auch bei andern Geschäften Statt, bei welchen einer der Contrahenten die im 265. -- 294. § bemerkten unerlaubten Vorthelle gezogen oder sich bedungen hat, es mag die Absicht, den Wucher durch diese Art von Geschäft zu bemänteln erwiesen seyn, oder nicht.

§ 296. Ins besondere sind auch diejenigen nach den hier aufgestellten Gesetzen zu bestrafen, welche die Nothwendigkeit, in der sich jemand befindet, gewisse Sachen kaufen, oder Dienste dingen zu müssen, u. s. w. so zu ihrem Vorthelle benutzen, daß sie sich die Sachen, Dienste u. dergl. über die Hälfte ihres Werthes theurer bezahlen lassen.

§ 297. Desgleichen diejenigen, welche von liederlichen Wirthschaftern, oder von in Noth gesetzten Personen gewisse Sachen um einen Spottpreis kaufen.

§ 298. Wer dagegen jemanden durch falsche Vorspiegelungen zu einem Kaufe für einen unmäßigen Preis (§ 296.) verleitet, oder von Personen, die den Werth der verkauften Sache nicht kennen, wissentlich um einen Spottpreis kauft, der ist als Betrüger nach den in dem *Gesetzbuche über Verbrechen* gegebenen Vorschriften zu strafen.

§ 299. Wer wissentlich von noch nicht wechselfähigen Personen eine Wechselverschreibung

annimmt und Geld oder Geldes-werth darauf borgt, oder dergleichen Wechsel auf sich indossiren läßt, oder auf sich trafsirte Wechsel acceptirt, der hat den *vierten* Theil der verschriebenen Summe oder des Werthes der creditirten Waaren zur Armen - Casse des Ortes zu zahlen und Gefängnißstrafe von wenigstens *vierzehn* Tagen zu leiden. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 21. April 1724. § II. im Cod. Aug. Th. II. S. 2087.

§ 300. Die Abschließung eines Kaufes über Früchte auf dem Halme oder in der Erde, oder des Weines an den Stöcken, wobei der Preis nicht nach der Menge der künftig wirklich erbauten Früchte und dem Marktpreise, den dieselben zur Zeit der Ernte haben, bestimmt wird, ist nach vorgängiger Annullation des Vertrages an jedem Contrahenten und Unterhändler mit Gefängnißstrafe bis zu *vierzehn* Tagen zu ahnden. *)

*) Das Generale v. 23. Jul. 1805. bedroht den Verkäufer mit der Confiscation des abgelassenen Getreides, den Käufer mit Einziehung des bewilligten oder bezahlten Kaufpreises oder des Werthes des erhandelten Getreides nach dem Marktpreise, den Unterhändler mit einer Geldbuse von 2 rthl. für jedes Schock Getreide und setzt dem Denuncianten die Hälfte des durch die Confiscation erhaltenen Betrages zur Belohnung aus. Die älteren Sächsischen Gesetze, namentlich das Mandat v. 21. Octbr. 1609. und v. 28. April 1625. im Cod. Aug. Th. I. S. 1057. u. 1124. erwähnen diesen Fall nur im Allgemeinen.

§ 301. Unterhändler oder Makler, welche sich bei Geschäften, unter was für Namen und in welcher Art es sey, mehr als die gesetzmäßigen Unterhändler-Gebühren *) bedingen oder bezahlen lassen, haben das Mehrere *gedoppelt* zur Armen-Casse des Orts zu entrichten und Gefängnißstrafe von *vierzehn Tagen bis zu drei Monaten* zu leiden.

*) Die nöthigen Bestimmungen hierüber würden an einem andern Orte erst zu geben seyn. — Die bei dem vorigen § angeführten Gesetze, erwähnen die strafbaren Handlungen der Unterhändler nur im Allgemeinen.

§ 302. Sie haben diese Strafe ins besondere dann verwirkt, wenn sie sich für die Verschaffung eines Darlehnes, es sey nun bloß vom Anleiher, oder auch zugleich vom Darleiher zusammen mehr als *Ein Halbes Procent* bedingen oder zahlen lassen.

§ 303. Hat sich jemand im Spiele gewonnene Summen als Darlehn verschreiben lassen, so ist er zur Bezahlung des *doppelten Betrages* der verschriebenen Summe zu verurtheilen. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 20. Decbr. 1766. § 6. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 919.

§ 304. Wer bei einem Darlehnsgefchäfte, wo der Darleiher ein Jude, oder sonst eine, mit Geldverleihen Gewerbe treibende Person ist, die Schuldverschreibung der Wahrheit zuwider, auf sich stellen läßt, der hat, wenn auch die Begünstigung eines Wuchers oder sonst einer betrügerischen Bevorthei-

hing nicht erwiesen werden kann, Gefängnisstrafe von vier Wochen verwirkt. *)

*) Die Mandate v. 28. April 1625. u. v. 20. Decbr. 1766. § 2. im Cod. Aug. Th. I. S. 1126. und daiselb. I. Forts. Th. I. S. 924. deuten auf dergleichen Fälle hin und drohen mit Geldbußen, Gefängnis- und Leibesstrafen. M. vergl. auch das Mandat v. 1. Febr. 1614. im Cod. Aug. Th. I. S. 1064.

§ 305. Dasselbe gilt, wenn jemand seinen Namen zu einem Kauf-Darlehn- oder andern Verträge unter Personen hergibt, welchen dergleichen Geschäfte mit einander abzuschließen nach den Gesetzen nicht gestattet ist.

§ 306. Bei den im 285. -- 294. §. genannten Fällen ist die geschehene Vollstreckung der Strafe jederzeit in den Leipziger Zeitungen bekannt zu machen.

Allgemeine Vorschriften über Bestrafung wucherlicher Handlungen;

§ 307. Wer den bestimmten Geldersatz für den beim Wucher unrechtmässig bedungenen oder gezogenen Gewinn zu leisten außer Stande ist, der hat dafür verhältnismässige Gefängnisstrafe, die jedoch nicht über sechs Monate auszudehnen ist, zu leiden. *)

*) Die meisten der im vorhergehenden angeführten Gesetze bestimmen unter der hier angenommenen Voraussetzung ebenfalls Gefängnisstrafe.

§ 308. Ist mit einem wucherlichen Geschäfte zugleich ein Betrug verbunden, so ist der Thäter außer der auf den Wucher gesetzten Strafe, auch

noch nach Anleitung der im *Gesetzbuche über Verbrechen* darüber gegebenen Vorschriften zu richten.

ins beson-
dere Schär-
fungs-
gründe.

§ 309. Ausser wegen gemeiner Schärfungsgründe, ist die Strafe des Wuchers dann zu erhöhen, wenn der Wucherer den Schuldner durch seine wucherlichen Handlungen ganz zu Grunde gerichtet oder doch um einen bedeutenden, auf *tausend* Thaler oder darüber betragenden Theil seines Vermögens gebracht; oder wenn er die Leichtgläubigkeit, Verstandesschwäche oder Leichtsinn einer Person, ins besondere solcher, welche unter väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt stehen, gemisbraucht *), sie zu Anleihen in Hoffnung auf den Tod der Aeltern oder anderer Personen, gegen welche eine Verpflichtung zur Ehrerbietung Statt findet, verleitet, oder das Versprechen der Wiederbezahlung nach erfolgtem Tode solcher Personen angenommen hat.

*) M. vergl. das Mandat v. 21. April 1724. § VI. im Cod. Aug. Th. II. S. 2089.

§ 310. In diesen und ähnlichen Fällen ist die gesetzliche Gefängnisstrafe auf die *Hälfte* oder auf das *Doppelte* zu erhöhen, nach Befinden auch durch Beschränkung der Kost auf *Wasser und Brot* zu schärfen.

§ 311. Auch ist gegen Ausländer in dergleichen Fällen sowohl, als wenn sie sich als Wucherer vom Gewerbe gezeigt haben, zugleich auf *Landesverweisung* zu erkennen.

§ 312. Die Länge der Zeit ihres Aufenthaltes im Lande macht hiervon keine Ausnahme.

§ 313. Alle diejenigen, durch welche ein wucherliches Geschäft mit zu Stande gebracht worden ist, es mag dieß dadurch, daß sie zu gewissen Handlungen ihren Namen hergegeben, oder dabei als Cedenten, Cessionare, Bürgen, Käufer oder Verkäufer gehandelt, oder als Unterhändler mitgewirkt haben, oder sonst auf irgend eine Art wissentlich geschehen seyn, haben den vierfachen Betrag des dabei etwa bedungenen oder gezogenen Gewinnes zur Armen-Casse zu entrichten, außerdem aber und wenn sie selbst auch keinen Gewinn beabsichtigt haben sollten, Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten verwirkt. *)

Strafe der Mitschuldigen beim Wucher.

*) Die bisherigen Sächsischen Gesetze drohen den Mitschuldigen zwar überhaupt mit Geldbusse, Festungsbau- und Zuchthausstrafe, diejenigen aber, welche sich unter wucherlichen Bedingungen ausgestellte Schuldverschreibungen wissentlich cediren lassen, sollen die Strafe der Wucherer selbst leiden. Mandat v. 28. April 1625, und v. 20. Decbr. 1766. § 2. im Cod. Aug. Th. I. S. 1126. und desselb. I. Fortsetz. Th. I. S. 924.

§ 314. Die Vorschriften des 306. -- 312. §. sind auch bei der Bestrafung der Mitschuldigen anzuwenden.

§ 315. Oeconomen, Mäkler, Innungsmitglieder, oder andere Gewerbsleute und für Handel und Wandel Geschäfte treibende Personen haben sich Verabredungen zur Vertheuerung der Waaren,

Arbeits-
löhne
u. s. w.

aller heimlichen Verabredungen unter einander um den Preis gewisser Waaren, Dienste oder Arbeiten zu erhöhen oder zu ihrem Nutzen, aber zum Schaden Anderer oder des Publicums zu vermindern, oder um Mangel daran zu verursachen, gänzlich zu enthalten.

§ 316. Wer sich in solche Verabredungen einläßt, der hat nach der Wichtigkeit des Gegenstandes und je nachdem das gemeine Wesen mehr oder weniger Nachtheil davon haben konnte, eine Geldstrafe von zehn bis fünfzig und mehreren Thalern, oder Gefängnis von acht Tagen bis zu drei Monaten verwirkt. *)

*) Das Mandat v. 8. Jan. 1780. Cap. III. § 33. u. 42. im Cod. Aug. H. Forts. Th. I. S. 778. u. 780. enthält eine dergleichen Verordnung in Beziehung auf *Innungen*.

§ 317. Die Anstifter solcher Verabredungen, desgleichen Vorsteher der Innung oder des Gewerbes haben diese Strafe (§ 316.) in geschärftem Maasse zu leiden.

§ 318. Die hierbei etwa verwirkten Geldstrafen sind nie aus einer Innungs-Casse oder Lade, sondern von den Mitgliedern der Innung, welche sich des Vergehens schuldig gemacht haben, selbst einzubringen. *)

*) M. vergl. das angef. Mandat v. 8. Jan. 1780. a. a. O.

§ 319. Auch sind diese Geldstrafen der Armen-Casse des Ortes, und der Obrigkeit, so wie wenn ein

Angeber vorhanden ist, auch diesem zu gleichen Theilen verfallen. *)

*) M. vergl. das angef. Mandat v. 8. Jan. 1780. a. a. O.

§ 320. Wer die Zufuhre von Lebensmitteln Hemmung der Zufuhre der
oder von andern für das gemeine Leben nothwen- für das
digen Bedürfnissen, z. B. Getreide, Mehl, Brot, gemeine
Butter, Fleisch, Gemüse, Obst, Holz, Oehl und Leben nö-
dergleichen aus gewinnsüchtigen Absichten verhin- thigen Be-
dert, der ist nach der Wichtigkeit des Gegenstan- dürfnisse.
des, zu einer Geldbusse von *zwanzig bis hundert Tha-*
lern, oder zu Gefängniß von *drei Wochen bis zu vier*
Monaten zu verurtheilen.

§ 321. Es ist auch der Uebertreter der nach
Verhinderung der Zufuhre theurer ausgebotenen
Waaren oder des dafür gelösten Geldes zu Gun-
sten der Armen-Casse des Ortes für verlustig zu
achten.

§ 322. Niemand darf von den im 320. § ge- Wider-
nannten Sachen übermäßige Vorräthe zurückhalten, rechtliche
wenn entweder eine öffentliche Aufforderung, sie Zurückbe-
zu verkaufen, von der Obrigkeit erfolgt, oder der haltung
Preis derselben bereits an dem Aufenthaltsorte des der Le-
Inhabers oder auf einem der nächsten Marktplätze bensmittel
auf noch einmal so hoch als sonst ihr gewöhnlicher u. s. w.
Preis beträgt, gestiegen ist.

§ 323. Als ein übermäßiger Vorrath ist derje-
nige anzusehen, welcher den doppelten Betrag der

eignen Nothdurft bis zur nächsten Erbauungszeit oder Ernte, übersteigt. *)

*) Auf gleiche Art ward der Begriff übermässiger Vorräthe in den an die Landesregierung unter dem 5. Jan. 1805. § 5. und 18. Jul. desselb. Jahres erlassenen Rescripten bestimmt. Das unter dem 25. Jun. 1805. eben dahin ergangene Rescript dagegen, nahm nur den *einfachen* Betrag der eignen Nothdurft bis zur nächsten Ernte als erlaubten Vorrath an. — Das Ausschreiben v. 8. Mai 1585. Mandat v. 16. Mai 1617. § 1 — 4. Patent v. 31. Aug. 1622. und Mandat v. 19. Octbr. 1624. im Cod. Aug. Th. I. S. 145. 1488. 1499. u. 1501. erklärt das übermässige Aufschütten des Getreides bloß im Allgemeinen für strafbar.

§ 324. Wer dergleichen Vorräthe unter den im § 322. §. angegebenen Umständen nicht zum Verkauf bringt, der ist derselben für verlustig zu erklären.

§ 325. Der Verkauf kleiner, mit den vorhandenen gewesenen Vorräthen in keinem Verhältnisse stehender Parthieen solcher Sachen, kann von der zuvor (§ 324.) bestimmten Strafe nicht befreien.

§ 326. Diejenigen, welche noch überdies der Absicht überführt werden, die Vorräthe um noch höhere Preise abzuwarten oder zu veranlassen, zurückbehalten zu haben, sind nicht nur dieser Vorräthe verlustig, sondern auch zu *ein- bis dreimonatlicher* Gefängnisstrafe zu verurtheilen.

§ 327. Auch sind dieselben zur doppelten Bezahlung des durch die widerrechtliche Zurückbehaltung etwa gezogenen Gewinnes an die Armen-Casse des Ortes anzuhalten.

§ 328. Haben sich mehrere zur wucherlichen Zurückbehaltung solcher Vorräthe verabredet, so sind zugleich noch die im § 316. u. f. § bestimmten Strafen gegen sie in Anwendung zu bringen.

§ 329. Eigenthümer, welche bei angestellten Untersuchungen, Vorräthe verschweigen oder durch die Ihrigen verschweigen lassen, sind derselben ebenfalls für verlustig zu erklären.

§ 330. Verwalter oder andere zur Aufbewahrung oder Aufsicht angestellte Personen, welche bei solchen Untersuchungen Vorräthe verschweigen, haben Gefängnißstrafe von acht Tagen bis zu vier Wochen zu leiden.

§ 331. Wer Lebensmittel oder andere zu den Bedürfnissen des gemeinen Lebens unmittelbar und nothwendig gehörende Waaren an sich bringt, um durch die Verminderung der Zahl der Verkäufer den Verkauf derselben um einen höheren Preis möglich zu machen, der ist nicht nur der aufgekauften Waaren verlustig, sondern auch noch überdies zu einer Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten zu verurtheilen. *)

Vor- und
Aufkauf.

*) Die hierüber vorhandenen Gesetze sind das Ausschreiben v. 1. Octbr. 1555. u. v. 8. Mai 1583. das Patent v. 31. Aug. 1622. Mandat v. 19. Octbr. 1624., v. 5. Aug. 1699. u. v. 1. Febr. 1700. Generale v. 23. Aug. 1771. und die Generalverordnung v. 16. Febr. 1773. § 2. u. zu Ende im Cod. Aug. Th. I. S. 69. 144. 1500. 1501. 1709. 1713. Derselb. I. Forts. Th. I. S. 989. und II. Forts. Th. I. S. 677. u. 778. Sie bestimmen Confiscation zur Strafe, — Andere Gesetze verbieten auch

den Aufkauf anderer Gegenstände, als z. B. der Latten, des Garnes, der Wolle u. dergl. Erledigung der Landesgebrechen v. 22. Jun. 1661. § 74. 104. u. 106. im Cod. Aug. Th. I. S. 236. 246. u. 247.

§ 332. Wer sich des Vor- oder Aufkaufes in Zeiten bereits entstandener Theurung oder schon eingetretenen Mangels solcher Sachen schuldig macht, der ist zum wenigsten mit *sechs Wochen* Gefängniß und nach Befinden *bei Wasser und Brot* zu belegen.

Allgemeine Vorschriften bei Anwendung des 315. u. ff. §§.

§ 333. Auf die im 315. u. ff. §§. bestimmten Strafen ist ohne Rücksicht auf eine durch die widerrechtliche Handlung wirklich entstandene oder beförderte Theurung zu erkennen.

§ 334. In besonders strafbaren Fällen ist die vollzogene Strafe in den Leipziger Zeitungen bekannt zu machen.

§ 335. Der Vorwand, Vorräthe von den im 520. § genannten Sachen bloß zu Gunsten Anderer und namentlich der Gerichtsunterthanen aufgekauft oder zurückbehalten zu haben, kömmt niemanden zu Statten, wenn er nicht zuvor seine Absicht bei der Landesregierung zur Genehmigung angezeigt gehabt hat. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 16. Mai 1617. § 2. im Cod. Aug. Th. I. S. 1488.

Unerlaubte Spiele.

§ 336. Alle Spiele, bei welchen die Entscheidung des Gewinnens und Verlierens an und für sich nicht von Geschicklichkeit und Kenntniß, sondern

nur vom Zufalle abhängt, sind als Glücks- oder Hazard-Spiele zu betrachten.

§ 337. Ins besondere sind dahin zu zählen Bassette, Lansquenet, Cinq et Neuf, Quinze, Passe à dix, Vingt-un, Quindici, Trente et Quarante, Biribi, Pharao, Lotto, Trischaken, Grobbhäusern, Würfeln und dergleichen.

§ 338. Das Spielen eines Glücksspieles ist strafbar, sobald es auf eine Art geschieht, wo die Spielenden in der Zeit von einigen Stunden einen Verlust von wenigstens zehn Thalern an Geld oder Werthe erleiden können. *)

*) Das Mandat v. 20. Decbr. 1766. § 3. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 918. verbietet auch andere hohe Spiele, die nicht zu den Hazardspielen gehören.

§ 339. Bei Glücksspielen unter Personen des gemeinen Bürger- und Bauernstandes, bedarf es nur der Möglichkeit, die Summe von fünf Thalern in der angegebenen Zeit verlieren zu können.

§ 340. Alles, was die Spieler beim Spielen ausgesetzt haben, ist, ohne dafs deswegen die in der Folge bestimmten Strafen gemildert werden können, zum Besten der Armenhaus-Haupt-Casse einzuziehen. *)

*) Mandat v. 20. Decbr. 1766. § 2. im Cod. Aug. I. Forts. Th. I. S. 917.

§ 341. Können die Spieler nachweisen, dafs sie nicht des verbotenen Spieles wegen zusammen gekommen und nur zufällig auf den Gedanken zu

spielen gerathen sind, so ist der Bankhalter bloß mit einer Geldstrafe von *fünf- und zwanzig bis dreißig Thalern*, die übrigen Mitspieler mit einer Geldbusse von *zehn bis zwanzig Thalern* zu belegen.

§ 342. Kann diese Summe von ihnen nicht eingebracht werden, so ist an dem Bankhalter Gefängnisstrafe von *vier Wochen*, an den Mitspielern aber von *vierzehn Tagen* zu vollstrecken.

§ 343. Als Mitspieler ist auch derjenige anzusehen, der an eines Andern Stelle spielt, oder mit einem Spielenden gemeinschaftliche Sache für das Spiel macht.

§ 344. Auch dient es niemanden zur Entschuldigung, wenn er bei einem Glücksspiele, welches von Andern so hoch gespielt ward, daß der im 338. u. 339. §. angegebene Verlust geschehen konnte, nur geringe Summen gesetzt hat.

§ 345. Die Einrede der zufälligen Vereinigung zum Spiele (§ 341.) ist bei denjenigen, welche in Gesellschaft eines Spielers vom Gewerbe, oder an öffentlichen, oder an solchen Orten, wo nicht ein der Obrigkeit als unverdächtig hinlänglich bekannter Mann den Wirth macht, nicht zu berücksichtigen.

§ 346. In diesen Fällen und wenn die Spieler den im 341. §. erwähnten Beweis sonst zu führen außer Stande sind, hat der Bankhalter *vier*, der Mitspieler *zwei Monate* Gefängnis verwirkt.

§ 347. Gegen Spieler vom Gewerbe, ins besondere gegen diejenigen, welche um des Spieles

willen Bäder, Meisen, oder andere besonderer Umstände wegen von Fremden zahlreich besuchte Orte bereisen, ist, je nachdem sie Bank gehalten haben oder nicht, auf sechs oder drei Monat Gefängniß zu erkennen.

§ 348. Wer den Spielern einen Spielort gestattet, ins besondere Gast- und Kaffeewirthe, welche verbotene Glücksspiele (§ 338. u. 339.) bei sich spielen lassen, haben Gefängnißstrafe von zwei bis drei Monaten zu leiden. *)

*) Das Mandat v. 20. Decbr. 1766. § 2. u. 11. im Cod. Aug. Forts. I. Th. I. S. 918. u. 921. setzt 20 — 40 rthl. Strafe, je nachdem sie Spielmaterialien dazu hergegeben haben, oder nicht.

§ 349. Haben sie zu solchen Spielen verschlossene oder verborgene Zimmer hergegeben, verdeckte Spieltafeln oder Tische gehalten, oder sonst Vorkehrungen zur heimlichen Betreibung des Spieles getroffen, so ist die im 348. § bestimmte Strafe auf das Doppelte zu erhöhen.

§ 350. Gast- und Kaffeewirthe und andere dergleichen Personen sind bei einer wiederholten Uebertretung des Rechtes auf Betreibung ihres Gewerbes sofort verlustig.

§ 351. Ist die zufällige Vereinigung zum Spiele (§ 341.) erwiesen und der Inhaber der Wohnung ein unverdächtiger und ordentlicher Wirth, so ist die Gestattung eines verbotenen Spieles bloß mit Geldstrafen von zehn bis zwanzig Thalern zu ahnden.

Unerlaubte
Wetten.

§ 352. Das Wetten, oder das sogenannte Pari-
ren über den Ausgang eines im 338. u. f. §. verbote-
nen Glücksspieles, oder über irgend ein zu demsel-
ben gehörendes Ereigniß, ist an jedem der Wetten-
den und Mitschuldigen, wie das unerlaubte Glücks-
spiel selbst, nach Anleitung des 340. u. ff. §§. zu
strafen. *)

*) M. vergl. das Mandat v. 20. Decbr. 1766. § 2. im Cod.
Aug. I. Forts. Th. I. S. 918.

§ 353. Gleiche Strafe (§ 352.) tritt ein, wenn
erlaubte Spiele, ins besondere Billard und Kegel-
spiel in Verbindung mit Wetten gespielt werden
und in dieser Rücksicht in verbotene Spiele aus-
arten.

§ 354. Desgleichen wenn das Wetten über zu-
fällige Ereignisse überhaupt *als Spiel* und so geschieht,
daß es die im 338. u. 339. § genannten Folgen haben
kann.

§ 355. Das Wetten über die Ausführbarkeit
einer strafbaren oder sonst unerlaubten oder unsitt-
lichen Handlung, deren Verübung zwar besprochen,
aber noch nicht erfolgt ist *), ist nach Beschaffenheit
des unerlaubten Gegenstandes und anderer derglei-
chen die Strafbarkeit bestimmenden Umstände, mit
Geldbußen oder mit Gefängnisstrafe *bis zu acht Wochen*
zu ahnden.

*) z. B. Wetten, die auf das Uebersaufen gerichtet sind
u. dergl.

§ 356. Ist eine solche Handlung wirklich auf eine eingegangene Wette verübt worden, so ist nach den davon handelnden Gesetzen, oder dafern der Fall unter ein ausdrückliches Gesetz nicht gehören sollte, auf verhältnißmäßige Geld- oder Gefängnisstrafe zu erkennen.

§ 357. Wer sich untersteht eine förmliche Geld- oder Waaren-Lotterie zu errichten, der hat Gefängnisstrafe von *zwei Monaten* zu leiden und den doppelten Betrag des dabei gezogenen Gewinnes zu bezahlen. Unerlaubtes Lotterien- und Lottospiel.

§ 358. Wegen Errichtung einer Zahlen-Lotterie oder eines sogenannten Lotto's, ist auf *vier Monat* Gefängnis zu erkennen.

§ 359. Ein Collecteur, oder wer sonst durch Vertreibung der Loose oder Pläne an solchen Spielen Theil genommen, hat die Hälfte der im 357. u. 358. §. bestimmten Strafen zu verbüßen.

§ 360. Dieselbe Strafe (§ 359.) trifft diejenigen, welche zur Ziehung solcher Lotterien einen Platz eingeräumt haben.

§ 361. Wer für ein auswärtiges Lotto den Collecteur gemacht, oder auch nur einzelne Einlagegelder im Inlande dazu gesammelt hat, der ist zu *sechs Monat* Gefängnis zu verurtheilen. *)

*) Das Mandat v. 30. Aug. 1795. § 2. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1061. droht das erstemal mit *hundert Thaler* Strafe und *drei Monat* Gefängnis.

§ 362. Diejenigen, welche wissentlich dazu bloß Pläne verbreitet, oder Gewinnste ausgezahlt haben, verwirken Gefängnißstrafe von *zwei bis drei Monat.*

§ 363. Ausländer, welche gegen diese Vorschriften handeln, sind nach ausgestandener Strafe (§ 361. u. 362.) und unter Bedrohung mit dem im 193. § angeordneten Verfahren des Landes zu verweisen.

§ 364. Wer für auswärtige vom Staate nicht genehmigte Lotterien Loose im Lande vertreibt, oder Einlagen dafür sammelt, der hat *dreißig Thaler Geldbusse und vier Wochen Gefängniß zu leiden.* *)

*) Mandat v. 30. Aug. 1793. § 3. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1061.

§ 365. Jeder Unterthan, der in ein Lotto legt, hat nach Beschaffenheit der Umstände *zehn bis fünfzig Thaler Strafe oder Gefängniß von acht Tagen bis zu acht Wochen verwirkt.* *)

*) Das Mandat v. 20. Aug. 1793. § 1. im Cod. Aug. a. a. O. setzt *hundert Thaler* Strafe und bei Wiederholungs-fällen überdies Gefängnißstrafe von *drei und mehreren Monaten.*

§ 365b. Bei einer wiederholten Uebertretung des 361. und 362. §. ist die bestimmte Strafe durch körperliche Züchtigung zu schärfen.

§ 365c. Gegen wiederholte Uebertretung des 365. § ist stets auf Gefängnißstrafe und nach Befinden bei Wasser und Brot zu erkennen.

§ 366. Uebrigens sind alle für ein unerlaubtes Lotto - oder Lotteriespiel bei dem Collecteur oder sonst aufgefundenen Einlagegelder einzuziehen und nach Vorschrift des Mandates v. 20. Aug. 1793. § 5. *) zu verwenden.

*) Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1062.

§ 367. Das Ausspielen einzelner Sachen durch eigne Lotterien, wobei die berechnete Einlage die Summe von *hundert* Thalern beträgt oder übersteigt, ist nach Anleitung des 357. § zu ahnden.

Unerlaubtes Ausspielen einzelner Sachen.

§ 368. Erreicht die dabei berechnete Einlage diese Summe zwar noch nicht, aber doch wenigstens zehn Thaler, so ist der Ausspielende mit einer Geldbusse von *fünf* bis zu *zwanzig* Thalern oder mit einer dieser angemessenen Gefängnisstrafe zu belegen. *)

*) Generalverordnung v. 18. Febr. 1784. im Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 833.

§ 369. Dieselbe Strafe (§ 368.) tritt ein, wenn das Ausspielen einer auf wenigstens zehn Thaler angeschlagenen Sache durch Beziehung auf irgend eine unter öffentlicher Autorität stehende Lotterie geschieht, oder wenn sonst die Entscheidung des Gewinnes den Würfeln oder irgend einem andern vom bloßen Zufalle abhängenden Ereignisse überlassen wird. *)

*) Die angeführte Generalverordnung verbietet das Ausspielen unbedingt und ohne Rücksicht auf die Art und Weise, wie es geschieht.

§ 370. Uebersteigt die Summe, für welche die Sache nach der Zahl der dabei gemachten Loose oder Spielscheine ausgespielt wird, den Werth der ausgespielten Sache selbst um die Hälfte, so ist der Ausspielende nicht nur mit dem Verluste der ausgespielten Sache oder Erlegung des Werthes derselben, sondern auch mit Gefängniß von acht Tagen bis zu vier Wochen zu strafen.

§ 371. Alle diejenigen, welche das verbotene Ausspielen bei sich verstaten, oder dasselbe als Collecteurs, durch Verbreitung der Loose oder Spielscheine befördern, haben die Hälfte der dem Ausspielenden im § 367. -- 370. §. gedrohten Strafen verwirkt. *)

*) Die angef. Generalverordnung v. 18. Febr. 1784. bestimmt gleiche Strafe als dem Ausspielenden selbst gedroht ist.

§ 372. Die wegen unerlaubten Ausspielens einzubringenden Strafgeelder sind nach Vorschrift der Generalverordnung v. 18. Febr. 1784. *) zu verwenden.

*) Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 834.

*) Die angeführte Generalverordnung verordnet das Ausspielen unbedingt und ohne Rücksicht auf die Art und Weise, wie es geschieht, und das Verbot ist auf alle Fälle anzuwenden.

Siebentes Kapitel.

Von den Vergehen gegen die Moral und Religion.

§ 373. **A**lle und jede öffentlich ausgestossene Gotteslästerliche Schmähungen gegen Gott, sind mit Gefängnisstrafe Aeufserungen bis zu einem Jahre, nach Befinden in Verbindung mit körperlicher Züchtigung oder Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot zu ahnden. *)

*) Die 75. Decision v. J. 1661. überläßt die Strafe ebenfalls dem Ermessen des Richters.

§ 374. Mit gleichen Strafen sind diejenigen zu Verspottung und Herabwürdigung kirchlicher Lehren u. s. w. belegen, welche durch Reden oder Handlungen kirchliche Lehren oder gottesdienstliche Gebräuche und Sachen öffentlich verspotten oder sonst ehrfurchtswidrig behandeln.

§ 375. Auch diejenigen haben dergleichen Strafen verwirkt, welche durch Fluchen und andere ähnliche ehrfurchtswidrige Aeufserungen ein öffentliches Aergerniß gegeben haben. *)

*) M. vergl. die Polizeiordnung v. 22. Jun. 1661. Tit. III. § 6. und den Befehl v. 4. Aug. 1712. im Cod. Aug. Th. I. S. 1566. 1567. u. 1806.

Störung
des öffent-
lichen
Gottes-
dienstes.

§ 376. Die Störungen des öffentlichen Gottesdienstes, auf welche die Vorschriften des 373. -- 375. § keine Anwendung leiden, ziehen nach Beschaffenheit der Handlungen wodurch dieselben veranlaßt werden, Gefängnißstrafen bis zu *sechs Monat* und nach Befinden *bei Wasser und Brot* oder in Verbindung mit *körperlicher Züchtigung* nach sich.

Ehr-
furchtswi-
drige
Handlun-
gen gegen
die Reli-
gion aus
Unverstand
u. s. w.

§ 377. In Fällen, wo die Vergehen gegen die Religion schuldigen Ehrfurcht weder Bosheit, noch sonst die Absicht, etwas Beleidigendes zu thun, zum Grunde haben, sondern blos aus Unverstand oder zur Folge noch nicht ausgerotteter übler Volksgebräuche geschehen, wie z. B. bei der noch hier und da unter gemeinen Leuten herrschenden Gewohnheit, zu gewissen hohen Festen biblische Geschichten theatralisch vorzustellen, u. s. w. ist blos auf Gefängniß *bis zu vierzehn Tagen*, oder auch nach Beschaffenheit der Personen, nur auf Geldbusse bis zu *zehn Thalern* zu erkennen.

Mißbrauch
des Eides.

§ 378. Jede Eidesleistung, die nicht vor einer öffentlichen Behörde geschieht, ist als Mißbrauch des Eides anzusehen und an demjenigen sowohl, welchem der Eid geleistet worden ist, als an demjenigen, welcher ihn geleistet hat, mit einer Geldbusse von *zehn Thalern* zu ahnden.

§ 379. Wer dabei die Absicht hatte, den Schwörenden die Erfüllung einer nach den Gesetzen ungültigen Handlung zur Pflicht zu machen, der hat diese Strafe (§ 378.) *doppelt* verwirkt.

§ 380. Wer einen andern dadurch zu einer verbotenen Handlung zu verpflichten beabsichtigte, der hat außer der für die Verführung zu einer solchen Handlung bestimmten Strafe, Gefängniß bis zu vier Wochen zu leiden.

§ 381. Auch gegen denjenigen, der sich durch einen solchen Eid zu einer strafbaren Handlung anheischich gemacht hat, ist die dafür verwirkte Strafe nachdrücklich zu schärfen.

§ 382. Desgleichen gegen denjenigen, der einen andern durch einen außsergerichtlichen Eid zu hintergehen oder zu bevorthailen gesucht hat.

§ 383. Kinder, welche ihre Aeltern verwünschen, verfluchen, oder sonst auf eine ausgezeichnete Art lieblos behandeln, haben bloß dieserhalb Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten, zum Theil bei Wasser und Brot oder in Verbindung mit körperlicher Züchtigung zu erwarten.

Verwünschungen und andere dergleichen Ungebührnisse gegen Aeltern und Kinder.

§ 384. Auch Aeltern, die sich dergleichen Ungebührnisse gegen ihre Kinder erlauben, haben verhältnißmäßige Gefängnißstrafe zu erwarten.

Achtes Kapitel.

Von den Vergehen gegen die Sittlichkeit.

Beleidigungen der Sittlichkeit überhaupt.

§ 385. Unsittliche Handlungen, durch welche entweder ein öffentliches Aergerniß gegeben worden ist, oder wenigstens sonst Sittenverderbniß bewirkt oder Unordnung und Ausschweifung hervorgerufen werden kann, sind nach der Beschaffenheit der Handlung an sich sowohl, als nach ihrer Schädlichkeit, mit Gefängnisstrafe *bis zu einem Jahre*, nach Befinden *bei Wasser und Brot*, oder in Verbindung mit körperlicher Züchtigung zu ahnden.

§ 386. Auch gegen Theilnehmer an sittenlosen Handlungen ist in der Regel auf verhältnißmäßige Gefängnisstrafe und nicht auf Geldbusse zu erkennen.

§ 387. Es ist auch die im 385. § enthaltene Bestimmung ins besondere gegen diejenigen anzuwenden, welche wissentlich Schriften unzüchtigen Inhaltes, oder derartige Kupferstiche, Gemählde, Figuren oder andere unsittliche oder zum Behuf für unsittliche Handlungen gefertigte Sachen zum Kauf ausbieten oder sonst verbreiten. *)

*) Das Generale wegen des Verkaufes und der Verbreitung anstößiger Volksschriften v. 17. Mai 1803. droht bloß

im Allgemeinen mit Confiscation der Schriften und nach Befinden mit anderer Strafe.

§ 388. Wer in der Betrunkenheit ein öffentliches Aufsehen oder Zusammenlaufen auf der Strafe oder an andern öffentlichen Plätzen erregt, der ist nach Vorschrift des 198. §. zu verurtheilen. Trunkenheit.

§ 389. Diejenigen, welche sich dem Trunke ergeben haben und durch ihr liederliches Leben den Ihrigen oder dem Publico zur Last fallen, sind nach Befinden mit Gefängniß von sechs Monaten bis zu einem Jahre zu belegen.

§ 390. Haben sich dergleichen Personen (§ 389.) durch diese Strafen nicht bessern lassen, so können sie auch noch auf längere und nach Befinden der Umstände sogar auf Lebenszeit zum Besserungshause verurtheilt werden.

§ 391. Gleiche Behandlung (§ 389. u. 390.) haben auch diejenigen zu erwarten, welche durch andere Arten von Liederlichkeit den Ihrigen oder dem Publico zur Last fallen. Andere Arten liederlichen Lebens.

§ 392. Die Ausübung des Beischlafes außer der Ehe unter unverheiratheten und dazu einverstandenen gewesenen Personen, ist in der Regel an jedem Theile mit drei Tagen Gefängniß zu ahnden. *) Gemeine Unzucht.

*) Die Kirchenordnung v. 1. Jan. 1580. im Cod. Aug. Th. I. S. 542. bestimmt Gefängniß von acht Tagen bis zu vier Wochen nach Befinden bei Wasser und Brot. Die übrigen Gesetze drohen bloß im Allgemeinen mit Gefängnißstrafe. M. vergl. Const. 27. Th. IV. Mandat v. 30. Septbr. 1609. und die Eheordnung v. 10. Aug. 1624.

Tit. Ehesachen § 4. im Cod. Aug. Th. I. S. 124.
1023. u. 1448.

§ 393. Es leidet jedoch diese Vorschrift an Personen, welche sich einander geheirathet haben, keine Anwendung. *)

*) M. vergl. dagegen die Landes-Ordn. v. 1543. die Kirchenordn. v. 1. Jan. 1580. die Eheordn. v. 10. Aug. 1624. und das Rescript v. 1. Septbr. 1745. im Cod. Aug. Th. I. S. 19. 541. u. 1022. Desselben I. Forts. Th. I. S. 345.

§ 394. An geschwängerten Weibspersonen ist die hier und in der Folge bestimmte Strafe in Gemäßheit des 2628. § des *Gesetzbuches über Verbrechen* nur erst nach ihrer Niederkunft und Haltung der sechs Wochen zu vollstrecken.

§ 395. Ist ein solcher Beischlaf unter den im 385. § bemerkten Umständen erfolgt, so ist er auch mit den daselbst bestimmten Strafen zu ahnden.

§ 396. Gegen verwittwete Personen, welche einen außerehelichen Beischlaf während ihrer Trauerzeit ausgeübt haben, ist die im 392. §. festgesetzte Strafe zu verdoppeln.

§ 397. Dienstboten, welche den außerehelichen Beischlaf mit einer minderjährigen Tochter, Verwandte, oder Pflégbefohlenen ihrer Herrschaft verüben, mit welcher wegen Ungleichheit des Standes keine Heirath Statt finden kann, sind auf Klage der Angehörigen eines so verführten Mädchens nach Beschaffenheit der Umstände zu Gefängnißstrafe von

sechs Monaten bis zu drei Jahren, auch wohl nach vorgängiger körperlicher Züchtigung zu verurtheilen.

§ 398. Gegen Vorsteher, Aufseher oder Wärter bei Straf- oder Arbeits-Anstalten, Gefängnissen oder bei Waisenhäusern, ist wegen gemeiner Unzucht mit den ihrer Aufsicht oder Verwahrung untergebenen Weibspersonen, auf Gefängniß von acht Wochen zu erkennen. *)

*) M. vergl. die Const. 25. Th. IV. im Cod. Aug. Th. I. S. 124.

§ 399. Prediger, Lehrer, Erzieher und Vormünder, welche mit den ihrer Seelsorge oder Erziehung anvertrauten Weibspersonen gemeine Unzucht treiben, haben Gefängnißstrafe von wenigstens drei Monaten zu erwarten. *)

*) M. vergl. die Kirchenordnung v. 1. Jan. 1580. im Cod. Aug. Th. I. S. 542. und die im 392. u. 393. angeführten Gesetze.

§ 400. Wer ein Mädchen, welches das fünfzehnte Jahr noch nicht zurückgelegt hat, zur gemeinen Unzucht mißbraucht, der ist nach Vorschrift des 397. §. zu strafen.

§ 401. Auch haben Mannspersonen, welche ein Mädchen von unbescholtenem Rufe unter dem nicht erfüllten Versprechen der Ehe zur Gestattung des Beischlafes vermögen, drei Monat Gefängniß und nach Befinden bei Wasser und Brot zu leiden.

Hurerei.

§ 402. Unverheirathete Weibspersonen, welche damit ein Gewerbe treiben, daß sie ihren Körper zur Befriedigung der Wollust Preis geben, haben *acht Tage Gefängniß bei Wasser und Brot* verwirkt. *)

*) M. vergl. Const. 28. Th. IV. Kirchenordnung v. 1. Jan. 1580. Mandat v. 30. Septbr. 1609. im Cod. Aug. Th. I. S. 124. 542. u. 1448.

§ 403. Bei Fortsetzung des hurerischen Lebenswandels, ist diese Strafe auf *vierzehn Tage* zu erhöhen.

§ 404. Auch findet in solchen Fällen Verweisung der Huren an den Ort des Aufenthaltes ihrer Aeltern, oder ihrer Abkunft Statt. *)

*) M. vergl. die zum 402. § angeführten Gesetze.

§ 405. Gegen Huren, welche Ausländerinnen sind, ist mit der Landesverweisung zu verfahren.

Huren-
wirth-
schaft.

§ 406. Wer Huren hält und mit diesen Gewin-
stes wegen bei sich Unzucht treiben läßt, der hat
Gefängnißstrafe *von drei bis zu sechs Monaten* verwirkt.

§ 407. Aeltern, Ehemänner und Erzieher, welche ihre Kinder, Eheweiber oder Pflegebefohlene dazu mißbrauchen, sind mit *sechsmonatlicher bis zu einjähriger* Gefängnißstrafe zu belegen. *)

*) Die 29. Const. Th. IV. im Cod. Aug. Th. I. S. 125. droht mit Lebensstrafe und in geringeren Fällen mit Stau-
penschlag.

§ 408. Auch wenn solche Personen ihren Kin-
dern, Eheweibern oder Pflegebefohlenen ein hureri-

sches Leben zu führen bloß gestatten, so ist, je nachdem dieß um Gewinnstes willen geschah, oder nicht, zum wenigsten auf zwei oder vier Monat Gefängniß zu erkennen. *)

*) M. vergl. die angef. 29. Const. Th. IV. a. a. O.

§ 409. Wer jemanden um Gewinnstes willen Kuppelei zur Befriedigung der Wollust auf irgend eine Art behülflich ist, der hat, je nachdem die verkuppelte Person bisher ehrbar, oder schon der Unzucht ergeben gewesen ist, Gefängnißstrafe bis zu vier Wochen zu leiden.

§ 410. Auch die unentgeldliche Kuppelei ist auf Klage der Aeltern, Verwandten, Erzieher oder Ehegatten mit dieser Strafe (§ 409.) zu ahnden, wenn sie zur Begünstigung einer unmündigen noch unter älterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt stehenden Person, oder eines Ehegatten geschehen ist.

§ 411. Ist die Kuppelei bei einem der im 397. -- 401. § genannten Fällen geschehen, so ist der Kuppeler mit der Hälfte der daselbst bestimmten Strafe zu belegen.

§ 412. Der Kuppelei ist ins besondere derjenige für überführt zu halten, der Personen verschiedenen Geschlechtes heimliche Zusammenkünfte bei sich gestattet und sie allein läßt.

§ 413. Wer eine Weibsperson durch irgend eine Art von Anreizung, sich einer gewissen Mannsperson zur Wollust hinzugeben, verführt, der hat

Gefängniß von drei Monaten bis zu einem Jahre zum Theil bei Wasser und Brot, nach Befinden auch in Verbindung mit körperlicher Züchtigung zu leiden.

§ 414. Auch diejenigen, welche unschuldige Personen durch unzüchtige Reden oder Handlungen u. s. w. überhaupt nur zur Wollust reitzen, haben Gefängniß von ein bis drei Monaten verwirkt.

§ 415. Kuppler oder Kupplerinnen, welche unmündige Weibspersonen zur Hurerei (§ 402.) verleiten, sind zu Gefängnißstrafe von ein bis zwei Jahren nach vorgängiger körperlicher Züchtigung zu verurtheilen.

§ 416. Gegen Kuppler vom Gewerbe ist die im 409. u. ff. §§ bestimmte Strafe verhältnißmäßig zu schärfen, ins besondere das im 415. -- 415. § festgesetzte Gefängniß um ein Jahr zu verlängern.

§ 417. Aeltern oder Erzieher, welche ihre Kinder, Enkel oder andere ihrer Aufsicht untergebene Personen verkuppeln, haben nach Beschaffenheit der Umstände, ins besondere je nachdem Verführung dabei Statt gefunden oder Anleitung zu wirklicher Hurerei gegeben worden ist, ein- bis dreijährige Gefängnißstrafe zum Theil bei Wasser und Brot oder nach vorgängiger körperlicher Züchtigung zu leiden. *)

*) Die 29. Const. Th. IV. im Cod. Aug. Th. I. S. 125. setzt Staupenschlag und nach Befinden Lebensstrafe fest.

§ 418. Es sind auch dieselben schon dann, wenn ihr strafbarer Plan nicht von Erfolg gewesen,

-aber doch von ihnen durch unzweideutige Kupplerhandlungen unterstützt worden seyn sollte, zu sechs Monat Gefängniß zu verurtheilen.

§ 419. Auf gleiche Weise (§ 417. u. 418.) ist gegen Ehemänner zu erkennen, welche Gewinnstes wegen ihre Eheweiber, sich einer andern Manusperson hinzugeben oder gar ein hurerisches Leben zu ergreifen, verleiten. *)

*) M. vergl. dagegen die zum 417. §. angef. 29. Const. Th. IV.

§ 420. In allen Fällen, wo die Strafe der Hurenwirthschaft oder Kuppelei nach der gewinnsüchtigen Absicht bestimmt ist, findet dieselbe auch dann Anwendung, wenn gleich der beabsichtigte Gewinn selbst noch nicht gezogen worden seyn sollte.

Allgemeine Vorschriften über die Bestrafung der Hurenwirthschaft und Kuppelei.

§ 421. Auch ist auf die gesetzliche Strafe dieser Vergehen ohne Rücksicht, ob der Beischlaf durch Einlassung des Saamens, oder überhaupt naturgemäfs vollzogen worden sey oder nicht, zu erkennen.

§ 422. Die Beförderung eines Ehebruches, einer vielfachen Ehe, Blutschande oder Sodomie zieht aufser den auf die Kuppelei an sich gesetzten Strafen, noch die für dieses Verbrechen und Vergehen besonders bestimmten Strafen nach den allgemeinen Grundsätzen der Theilnahme nach sich.

§ 423. Gast- und Kaffeewirthe, welche sich der Hurenwirthschaft oder Kuppelei schuldig machen, sind im Wiederholungsfalle ihres Rechtes zur Gastwirthschaft u. s. w. für verlustig zu erklären.

§ 424. Dasselbe gilt von Vorstehern oder Vorsteherinnen einer Erziehungs-Anstalt, deren Bestrafung überdies in den Leipziger Zeitungen bekannt zu machen ist.

§ 425. Auch leiden gegen Hurenwirth und Kuppler vom Gewerbe die im 404. u. 405. § wegen der Orts - oder Landesverweisung gegebenen Vorschriften Anwendung.

Blut-
schande.

§ 426. Aeltern und Großältern, welche mit ihren Kindern oder Enkeln gemeine Unzucht treiben (§ 392.), sind zu *fünfjähriger* Gefängnißstrafe nach Befinden nach vorgängiger körperlicher Züchtigung zu verurtheilen. *)

*) Die 22. Const. Th. IV. und die Eheordnung v. 10. Aug. 1624. im Cod. Aug. Th. I. S. 123. u. 1021. drohen mit der Strafe des Schwertes, lassen doch aber auch in Milderungsfällen, besonders wegen der Jugend, den Staupenschlag zu.

§ 427. Bereits mündige Kinder oder Enkel, haben *drei bis vier Jahr* Gefängniß und *körperliche Züchtigung* verwirkt.

§ 428. Noch unmündige Kinder oder Enkel, welche aber schon das *sechszehnte* Jahr zurückgelegt haben, sind zu Gefängnißstrafe *von sechs Monaten bis zu zwei Jahren* zu verurtheilen.

§ 429. Haben sie dieses Alter noch nicht erreicht, so sind sie nach Befinden bloß *mit Ruthen* zu züchtigen, oder wenn Unverstand und Verführung bei ihnen offenbar ist, mit aller Strafe zu verschonen.

-aber doch von ihnen durch unzweideutige Kupplerhandlungen unterstützt worden seyn sollte, zu sechs Monat Gefängniß zu verurtheilen.

§ 419. Auf gleiche Weise (§ 417. u. 418.) ist gegen Ehemänner zu erkennen, welche Gewinnstes wegen ihre Eheweiber, sich einer andern Manusperson hinzugeben oder gar ein hurerisches Leben zu ergreifen, verleiten. *)

*) M. vergl. dagegen die zum 417. §. angef. 29. Const. Th. IV.

§ 420. In allen Fällen, wo die Strafe der Hurenwirthschaft oder Kuppelei nach der gewinnsüchtigen Absicht bestimmt ist, findet dieselbe auch dann Anwendung, wenn gleich der beabsichtigte Gewinn selbst noch nicht gezogen worden seyn sollte.

Allgemeine Vorschriften über die Bestrafung der Hurenwirthschaft und Kuppelei.

§ 421. Auch ist auf die gesetzliche Strafe dieser Vergehen ohne Rücksicht, ob der Beischlaf durch Einlassung des Saamens, oder überhaupt naturgemäfs vollzogen worden sey oder nicht, zu erkennen.

§ 422. Die Beförderung eines Ehebruches, einer vielfachen Ehe, Blutschande oder Sodomie zieht außer den auf die Kuppelei an sich gesetzten Strafen, noch die für dieses Verbrechen und Vergehen besonders bestimmten Strafen nach den allgemeinen Grundsätzen der Theilnahme nach sich.

§ 423. Gast- und Kaffeewirthe, welche sich der Hurenwirthschaft oder Kuppelei schuldig machen, sind im Wiederholungsfalle ihres Rechtes zur Gastwirthschaft u. s. w. für verlustig zu erklären.

des *Gesetzbuches über Verbrechen*) zu *drei Monat Gefängnis* zu verurtheilen. *)

*) M. vergl. die 24. Const. Th. IV. im Cod. Aug. Th. I. S. 124.

§ 435. Ist die That nach dem Tode des Ehegatten, oder sonst nach Auflösung der Ehe verübt worden, so ist auf die Hälfte der im 434. § bestimmten Strafe zu erkennen.

§ 436. Gegen die Stief- oder Schwiegerkinder findet dieselbe Strafe (§ 434. u. 435.) nur dann Statt, wenn ihnen die Schuld der Verführung zur Last fällt.

§ 437. Außerdem und wenn sie nicht wegen ihrer Jugend bloß mit *Rutbenzüchtigung* zu belegen, oder wegen Unverstandes und Verführung ganz straffrei zu lassen seyn sollten, ist nur auf Gefängnis von vier bis sechs Wochen gegen sie zu erkennen.

Widernatürliche Befriedigung des Geschlechts-triebes. § 438. Haben zwei Personen verschiedenen Geschlechtes den Geschlechtstrieb auf unnatürliche Art mit einander befriedigt, so ist die nach Vorschrift des 392. -- 405. und 426. -- 437. § zu verhängende Gefängnisstrafe durch Beschränkung der Kost auf *Wasser und Brot*, oder durch *körperliche Züchtigung* zu schärfen.

§ 439. Andere unnatürliche Arten der Unzucht, durch welche ein öffentliches Aergerniß gegeben worden ist, sind mit Gefängnisstrafe *bis zu drei Monaten* und *wiederholter körperlicher Züchtigung* zu ahnden. *)

*) M. vergl. dagegen die sonderliche Constit. V. im Cod. Aug. Th. I. S. 134. wo der mit einer verstorbenen

Weibsperson verübte Beischlaf mit der Todesstrafe bedroht wird.

§ 440. Ins besondere wird diese Strafe von denjenigen verwirkt, welche die Frechheit haben, die unnatürlichen Sünden in Gegenwart Anderer zu beegnen.

§ 441. Wer jemanden zu dergleichen unnatürlichen Lastern verführt, oder mißbraucht, der hat diese Strafe (§ 439.) *gedoppelt* zu leiden.

§ 442. Ist der Verführte noch unmündig und der Verführer nicht aus der Classe roher und ungebildeter Menschen, so ist auf *ein- bis dreijährige Gefängnisstrafe und wiederholte körperliche Züchtigung* zu erkennen.

§ 443. Ueber Aeltern, Vormünder, Lehrer und Erzieher, welche sich eines solchen Vergehens (§ 441.) schuldig machen, ist *zwei- bis sechsjährige Gefängnisstrafe mit wiederholter körperlicher Züchtigung* zu verhängen.

§ 444. Ausländer, welche unnatürliche Laster treiben, sind nach ausgestandener Strafe des Landes zu verweisen.

§ 445. Auch ist in solchen Fällen gegen Inländer nach Befinden mit der Ortsverweisung zu verfahren.

Neuntes Kapitel.

Von dem gerichtlichen Verfahren bei schweren Polizeivergehen.

Von der
Gerichts-
barkeit.

§ 446. Die Gerichtsbarkeit in Ansehung schwerer Polizeivergehen haben die Erbgerichte so gut, wie die Obergerichte auszuüben.

Wo die
Untersu-
chung ge-
führt wer-
den müsse?

§ 447. Die Untersuchung und Bestrafung liegt in der Regel demjenigen Gerichte ob, in dessen Bezirke das Vergehen verübt worden ist.

§ 448. Diefs gilt in Fällen, wo der Thäter auf der That ertappt wird und in so fern blofs von der Erörterung der Thatsachen die Rede ist, ohne Unterschied der Person.

§ 449. Ist der Thäter nicht auf der That ertappt worden, so ist die Untersuchung vor den Gerichten, unter welchen er sich wesentlich aufhält, zu führen.

§ 450. Ebendasselbst ist auch die Untersuchung gegen Personen fortzustellen, welche zwar auf der That ertappt worden sind, aber doch einen privilegierten oder befreiten Gerichtsstand haben.

§ 451. Gegen diejenigen, welche nicht auf der That ertappt worden sind und keinen wesentlichen Aufenthaltsort haben, gehört die Untersuchung

vor dasjenige Gericht, unter welchem sie ergriffen werden.

§ 452. In Ansehung des Verfahrens bei schweren Polizeivergehen sind im Allgemeinen die im *Gesetzbuche über Verbrechen*, ins besondere im XIX. Kapitel des II. Theiles desselben enthaltenen Vorschriften zu beobachten.

Von dem gerichtlichen Verfahren selbst.

§ 453. Hat das Gesetz nicht ausdrücklich eine Ausnahme gemacht, so findet auch hier das Verfahren von Amts wegen Statt.

Wenn das Verf. von Amts wegen Statt finde?

§ 454. Der vollständigen Besetzung des Gerichtes (§ 1756. -- 1767. des *Gesetzbuches über Verbrechen*) bedarf es nur in solchen Fällen, wo das zu untersuchende Vergehen mit *einjähriger* oder noch längerer Gefängnisstrafe bedroht ist.

Von der Besetzung des Gerichtes.

§ 455. Zur Erlangung des Urhebers eines schweren Polizeivergehens sind Steckbriefe in der Regel nicht zulässig.

Ob und in wie weit Steckbriefe zulässig sind?

§ 456. Es hat sich vielmehr das Gericht in Fällen, wo sich derselbe der Untersuchung durch Entfernung entzogen hat, mit Ersuchungsschreiben an die Gerichte, in deren Bezirk er sich begeben hat oder begeben haben könnte, und mit andern Mitteln, sich der Person eines Schuldigen zu bemächtigen, zu begnügen.

§ 457. Nur gegen ausgemachte Vagabonden und der öffentlichen Sicherheit sonst gefährliche Personen können Steckbriefe auch wegen bloßer Polizeivergehen erlassen werden.

§ 458. Zur Wiedererlangung derjenigen, welche, um sich dem Soldatenstande zu entziehen, ausgetreten sind, ist in Gemäfsheit des VII. §. des *Generals* v. 13. April 1799 *) zu verfahren.

*) Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 1404.

Von der
Verhaf-
tung.

§ 459. Aufser den allgemeinen Ursachen, welche zur Verhaftung einer Person berechtigen (§ 2107. u. f. des *Gesetzbuches über Verbrechen*) findet dieselbe in allen Fällen Statt, wo das Polizeivergehen mit Störung der öffentlichen Ruhe verbunden ist, oder wo (die Verhaftung sonst um strafbaren Unternehmungen Einhalt zu thun erfordert wird.

§ 460. Ins besondere können auch diejenigen verhaftet und durch Gerichtsdienner vor Gericht gestellt werden, welche sich auf erfolgte Ladung nicht gehorsam bezeigt haben.

§ 461. Die Strenge des Verhaftes ist hier ebenfalls nach den Umständen abzumessen.

§ 462. Nach Beschaffenheit derselben ist daher auch Fesselung des Verhafteten zulässig.

Ob und
wenn Rei-
sende we-
gen verüb-
ter Poli-
zeiverge-
hen aufge-
halten
werden
können?

§ 463. Hat sich ein Reisender eines schweren Polizeivergehens schuldig gemacht, so kann ihm in allen den Fällen die Fortsetzung der Reise verweigert werden, in welchen die Untersuchung durch die Gestattung derselben erschwert oder gar vereitelt und ins besondere die Vollstreckung der Strafe und Einbringung des Schadenersatzes ungewiß gemacht werden würde.

§ 464. Dieß gilt jedoch weder von Personen, die zu dem Gefolge eines reisenden Gesandten gehören, noch von Soldaten, welche sich im Zuge auf dem Marsche befinden, auch nicht von hinlänglich legitimirten Courieren, von Staffettenreitern und Postillons, welche ordinaire oder Extra-Posten führen.

§ 465. Haben nämlich solche Personen ein Polizeivergehen auf ihrer Reise verübt, so hat sich das Gericht bloß mit der Meldung des verübten Ungebührnisses bei der vorgesetzten Behörde derselben, oder mit andern die Reise nicht aufhaltenden Vorkehrungen zu begnügen, auch, wenn es Ausländer sind, zur inländischen Behörde Bericht zu erstatten.

§ 466. Jedes Gericht ist verbunden auch die erst während der Untersuchung kund werdenden Vergehen zu erörtern und zu ahnden.

§ 467. Bei Ausländern ins besondere, welche sich zur Landesverweisung zu eignen scheinen, sind daher nach Befinden genaue Erkundigungen aus ihrem Vaterlande einzuziehen.

Von dem Verfahren, wenn der Thäter noch anderer Vergehungen oder Verbrechen verdächtig oder überführt ist.

§ 468. Ergiebt sich bei der Untersuchung durch das Geständniß des Thäters oder sonst, daß derselbe außerdem noch eines Verbrechens schuldig sey, so hat das Gericht sofort nach den bei solchen Fällen geltenden Vorschriften zu verfahren.

§ 469. Ist aber das Gericht zur Untersuchung der Verbrechen nicht berechtigt, so hat dasselbe

dem zuständigen Gerichte von den gemachten Entdeckungen unverzüglich Nachricht zu geben und den Thäter bis zur Ablieferung gehörig in Sicherheit zu halten.

§ 470. Auch in Fällen, wo bloß Anzeigen entdeckt worden sind, deren genauere Erörterung wichtig scheint, haben die Gerichte einander davon Nachricht zu geben.

Von der
Aufnahme
des Bewei-
ses.

§ 471. Hat der Angeschuldigte die That auf gesetzliche Art eingestanden, so hat der Richter weiter nicht nöthig noch andere Erörterungen deswegen anzustellen.

Von der
Kraft der
Beweis-
mittel.

§ 472. Die Kraft der Beweismittel ist dieselbe und von denselben Umständen abhängig, wie im *Gesetzbuche über Verbrechen* bestimmt ist.

Von der
Verthei-
digung.

§ 473. Niemanden ist zwar verwehrt, seine Vertheidigung schriftlich zu den Acten zu geben.

§ 474. Es ist jedoch die Entscheidung in Fällen, wo die Strafe nicht höher ist als Geldbusse bis zu *fünf- und zwanzig Thalern*, Gefängniß bis zu *sechs Wochen* und Ruthenzüchtigung von *zwölf Schlägen*, und der noch ermangelnden Vertheidigung willen nicht aufzuschieben.

§ 475. Auch wenn härtere Strafen bevorstehen, darf der Richter dem Angeschuldigten keine längere, als eine *achtägige* Frist zu dieser Vertheidigung gestatten.

Von der
Entschei-
dung.

§ 476. Die Entscheidung ist von dem untersuchenden Richter in den im § 474. § genannten Fällen

wenigstens innerhalb vier- und zwanzig Stunden nach Beendigung der Untersuchung zu geben.

§ 477. In andern Fällen hat derselbe die Acten ohne Verzug (§ 475.) zur Ertheilung der Entscheidung an ein Spruchcollegium zu senden.

§ 478. Die Bekanntmachung der Entscheidung ist, wenn nicht triftige Verhinderungsursachen vorhanden sind (§ 2592. des *Gesetzbuches über Verbrechen*) innerhalb vier- und zwanzig Stunden nach Eingang oder Abfassung derselben zu veranstalten.

Von der Bekanntmachung der Entscheidung.

§ 479. Gegen Erkenntnisse über Polizeivergehen findet nur das Rechtsmittel der Appellation Statt.

Von den Rechtsmitteln gegen die Entscheidung.

§ 480. Auf solche Appellationen haben die Landesregierung und übrigen Regierungscollegia selbst in der Sache zu entscheiden.

Wer darauf in der Sache zu entscheiden habe.

§ 481. Die Einholung eines zweiten Urtheiles von einem Spruchcollegio ist nur in Fällen zulässig, wo wenigstens auf ein Jahr Gefängniß erkannt ist und sich ganz neue, zuvor unbekannt gebliebene That- sachen gezeigt haben.

§ 482. Die Milderung oder Verwandlung der zuerkannten Strafen, hängt auch hier bloß von der Entscheidung der Landes- und übrigen Regierungen ab.

Von der Milderung und Verwandlung der Strafe.

§ 483. Mit der Vollstreckung der Strafe haben die Gerichte ungesäumt nach Anleitung der in dem *Gesetzbuche über Verbrechen* darüber gegebenen Vorschriften zu verfahren.

Von der Vollstreckung der Strafe.

§ 484. Bei Vollstreckung der Landesverweisung ins besondere, ist dem Uebelthäter die Wahl seines künftigen Aufenthaltes nicht zu überlassen, sondern dafür zu sorgen, daß er nach dem Lande zu gewiesen werde, in dem er geboren ist, oder wenigstens zuletzt einen wesentlichen Aufenthaltsort gehabt hat.

§ 485. Auch hat der Richter diesen Behörden jederzeit von der erfolgten Landesverweisung und der Ursache ihrer Verfügung ungesäumt Nachricht zu geben.

§ 486. Dasselbe gilt bei Verweisungen eines Inländers aus einem Orte oder Gerichtsbezirke.

Bemerkungen und Beweggründe

zu dem

E n t w u r f e

eines

Gesetzbuches über schwere Polizeivergehen.

§ 1.

Was der Verf. unter *Polizeivergehen* im Gegensatz von Verbrechen verstehen zu müssen geglaubt hat, ist bereits in den Bemerkungen und Beweggründen zum Entwurfe eines Gesetzbuches über Verbrechen §. V. ausgesprochen. Unter die *schweren* Polizeivergehen, auf die sich der gegenwärtige Entwurf beschränkt, rechnet er zwar auch mit dem *Oesterreichischen Gesetzbuche**) solche Handlungen, die ein jeder als unerlaubt von selbst erkennen kann, oder wo der Uebertreter die Verordnung, gegen welche er gehandelt hat, wenigstens nach seinem Stande, Gewerbe, oder übrigen Verhältnissen zu wissen besonders verpflichtet ist. Er schließt aber, wie der 2. §. ausdrücklich bestimmt, die Handlungen, durch welche eine unbeabsichtigte *Rechtsverletzung* hervorgebracht worden ist, gänzlich aus. Denn mit der Einmischung der *verschuldeten* Verbrechen unter die Polizeivergehen, wird der Logik offenbar zu nahe getreten, weil Rechtsverletzungen das Wesen der Verbrechen ausmachen und diese immer Rechtsverletzungen bleiben, sie mögen beabsichtigt oder nicht beabsichtigt gewesen seyn. Die Haupteigenheit, welche die *schweren* Polizeivergehen von den übrigen Polizeivergehen.

*) Gesetzbuch über schwere Polizei-Uebertretungen. Wien. 1803. 9. 1.

hen unterscheidet, besteht darinne, daß bei den Handlungen, die zu jenen gehören, ein *allgemeiner, überall anwendbarer und bleibender* Grund des Verbotes derselben vorhanden ist, da hingegen andere Polizeivergehen aus Handlungen bestehen, welche bloß um gewisser *Orts- und Zeitverhältnisse* oder um anderer *wechselnder oder zufälliger Umstände* willen verboten und bestraft werden müssen. Daher sind z. B. Ausfuhrverbote aller Art hier übergangen worden, weil sie nicht allgemein und stets, sondern nur zu Zeiten, wo es der Mangel an gewissen Producten erfordert, Statt finden.

Eine Definition der schweren Polizeivergehen selbst, giebt der Entwurf nicht an, weil Definitionen *dieser* Art nur in ein System und nicht in das Gesetz gehören. Der Gesetzgeber begnügt sich mit Recht, eine Reihe von strafbaren Handlungen überhaupt für schwere Polizeivergehen zu erklären, und dieß ist im I. §. des Entwurfes geschehen.

§ II.

Ueber den
Umfang des
gegenwärtigen
Entwurfes.

Schon die Unterscheidung zwischen schweren und andern Polizeivergehen zeigt, daß hier ein vollständiges *Polizei-Gesetzbuch* nicht erwartet werden dürfe. Es ist hier auch übrigens bloß von einem *Gesetzbuche über Polizeivergehen*, als Theil eines *Strafgesetzbuches* überhaupt die Rede, und es kann sich daher nur auf *Verbote* gewisser Handlungen und die *Bestrafung* ihrer Uebertretungen beziehen. Die übrigen *Polizeigesetze* und selbst solche Vorschriften, welche Grund oder Folge der Gesetze über Polizeivergehen sind, oder auf Verhütung und Entdeckung derselben abzuwecken u. s. w. müssen einem andern *Gesetzbuche* vorbehalten bleiben. Denn es ist um so rathsamer

diese verschiedenen Gesetze in verschiedene Gesetzbücher zu vertheilen, je mehr dadurch die Kenntniß und Uebersicht derselben bei dem Volke befördert, ja selbst ihre Anwendung dem ausübenden Beamten erleichtert werden kann.

§ III.

Je weniger ein Gesetzbuch die Formen *academischer Lehrbücher* haben, oder gar in dieselben *gezwängt* seyn darf, desto einfacher ist in dem vorliegenden Entwurfe die Anordnung und Entwicklung der dahin gehörenden Materien geschehen. Er besteht aus *neun* Kapiteln, die zwar nach einem gewissen Systeme geordnet, aber von allen Abtheilungen und Unterabtheilungen frei gelassen worden sind.

Nähere Bestimmung des Inhaltes und Systemes des Entwurfes.

Das *erste* derselben enthält die allgemeinen Grundsätze über schwere Polizeivergehen, das *zweite* bis *achte* die Bestimmungen über einzelne Polizeivergehen und ihre Bestrafung und das *neunte* die Vorschriften über das gerichtliche Verfahren dabei.

Der erste Gegenstand, den die Polizei überhaupt ins Auge zu fassen hat, ist die *allgemeine Sicherheit* *). Es werden daher auch hier die gegen dieselbe verübten Vergehen zuerst im II. bis IV. Kapitel aufgestellt. Unter diesen nehmen die Vergehen gegen die Sicherheit des *Lebens und der Gesundheit* den ersten Platz ein. Nach ihnen stehen die Vergehen gegen die Sicherheit des *Staats- und Privat-Eigenthumes*, und dann folgen diejenigen Vergehen gegen die *öffentliche Ruhe und Ordnung*, welche keines der zuvor genannten Rechte

*) M. s. das System einer vollständ. Criminal- Polizey- und Civilgesetzgebung von H. E. v. G. Dresden, 1809. Th. II. Vorr. S. II.

allein gefährden, sondern bald gegen dieses, bald gegen jenes, bald gegen mehrere derselben zugleich gerichtet seyn können.

Einen zweiten Gegenstand macht der *physische Wohlstand* des Staates aus. Auf diesen beziehen sich zuerst die Verbote gegen Vergehen, *durch welche dem Staate dienstfähige Bürger entzogen werden* im Vten, dann die Bestimmungen über Vergehen gegen die Gesetze zur *Erhaltung des physischen Wohlstandes der Bürger* ins besondere im VIten Kapitel.

Der dritte Gegenstand der polizeilichen Fürsorge, der hier berücksichtigt ist, ist die *Moralität und Sittlichkeit*. Von den Vergehen gegen dieselbe handelt das VII. und VIII. Kapitel.

§ IV.

Von den **allgemeinen Grundsätzen über die Bestrafung schwerer Polizeivergehen überhaupt.** Der Entwurf bestimmt im 3. §. daß die Beurtheilung der Strafbarkeit der schweren Polizeivergehen, in allen Rücksichten, wegen welcher keine besonderen Vorschriften gegeben sind, nach den allgemeinen Grundsätzen im *Gesetzbuche über Verbrechen*, geschehen solle. Wirklich müssen sich auch die Grundsätze über die Voraussetzungen der Strafbarkeit überhaupt, über die Zurechnung u. s. w. bei den kleinsten Vergehen und größten Verbrechen im Ganzen genommen gleich seyn. Der Richter mußte daher auch auf diese Art ausdrücklich beschieden werden.]

§ V.

Von der **Confiscation der widerrechtlich geführten** Es liegt in dem Wesen der Polizei, daß diese nie aufhören darf für die Verhütung der Gesetzübertretungen zu sorgen und die Wirkungen derselben zu vernichten^u. Daher setzt der 6. 7. u. 11. §. fest, daß

die Anwendung der Polizei-Sicherheitsmafsregeln auch in den Fällen Statt finden solle, *wo keine Strafe eintreten kann*, und dafs *aufser der Strafe* sowohl die Confiscation der unerlaubter Weise gefertigten, geführten oder sonst zu gesetzwidrigen Zwecken angeschafften Sachen, als auch der Verlust der bei oder zur Uebertretung der Gesetze gemifsbrauchten Rechte und Befugnisse eintreten solle. Diese Bestimmungen schienen um so nöthiger, da man hier und da noch in Praxi auf Fälle trifft, wo man das Recht des Staates blofs auf Strafen beschränkt glaubt und sogar die Rechtlichkeit der Suspensionen oder Remotionen der Staatsdiener bezweifelt, wenn sie für die Vergehungen, durch die sie sich des Vertrauens wegen guter und gesetzlicher Amtsführung verlustig gemacht haben, schon bestraft worden sind.

Sachen und Verlust der gemifsbrauchten Rechte neben der Strafe.

§ VI.

Unter den Strafen für schwere Polizeivergehen erklärt der 10. § auch die körperlichen Züchtigungen mit der Geißel für zulässig. Denn so wie es Vergehungen giebt, für welche die körperlichen Züchtigungen die passendsten Strafen sind, so giebt es auch Polizeivergehen, welche härtere Strafen verdienen, als manche Arten von Verbrechen. Daher denn auch die Züchtigungen mit der Geißel aus der Classe der Polizeistrafen nicht ausgeschlossen werden können. Dagegen bestimmt der Entwurf sonst im Ganzen sehr gelinde Strafen, denn der Verfasser hielt sich überzeugt, dafs die Strafgesetze unter dieser Voraussetzung genauer in Ausübung gebracht werden, als wenn die Strafen strenger sind.

Von den körperlichen Züchtigungen als Strafe für Polizeivergehen.

§ VII.

Von der
Verjäh-
rung der
Strafe.

Eine besondere Berücksichtigung bei der Aufstellung der allgemeinen Grundsätze verdiente die *Verjäh- rung der Strafen* bei Polizeivergehen. Der 8. und 9. § setzt dabei kürzere Fristen fest, als bei der Verjäh- rung der Strafen für Verbrechen geschehen ist. Denn bei Handlungen, welche wie die Polizeivergehen weniger gefährliche und rechtswidrige Gesinnungen als die Verbrechen zum Grunde haben, ja oft nur aus Mangel an Ordnungsliebe, Unachtsamkeit, Uebereilung oder bloß aus Muthwillen begangen werden, läßt sich auch die Unterlassung der Wiederholung derselben, in einem kürzeren Zeitraume als Folge der Besserung betrachten. Dazu kommt noch, daß das Interesse, Polizeivergehen zu ahnden, bei weitem nicht so lange dauert, als bei Verbrechen der Fall ist, weil jene keine Rechtsverletzungen zur Folge haben, sondern höchstens bloß die Gefahr für dieselben als Grund der Bestrafung enthalten.

§ VIII.

Von der
Bestrafung
der Un-
mündigen
wegen Po-
lizeiverge-
hen.

Ueber die Bestrafung der *Unmündigen* wegen ver- übter Polizeivergehen, giebt der 19. — 23. §. einige besondere Vorschriften. Sie sind theils auf das Alter der Unmündigen, theils auf die von ihnen dabei bewiesene besondere Bosheit oder Festigkeit in dem gesetzwidrigen Willen berechnet. Polizeivergehen von Unmündigen *unter zwölf* Jahren, bleiben in der Regel der häuslichen Züchtigung überlassen. Auch die, welche bereits *älter* sind, sollen im Falle mangelnder Bosheit und vorhandener Milderungsgründe nach Befinden bloß einen Verweis erhalten, oder mit der Vollstreckung der körperlichen Züchtigung durch scheinbare Veranstaltung derselben bedroht werden. In der That werden auch dergleichen gerichtliche

Handlungen in Fällen mangelnder Bosheit dieselbe Wirkung auf so junge Personen haben, als ihre wirkliche Bestrafung. Bei Unmündigen über *sechszehn* Jahren ist die Milderung der Strafe nur im Falle die That wirklich als Fehler der Jugend betrachtet werden kann, nämlich nur dann nachgelassen, wenn der Thäter keine besondere Bosheit oder Festigkeit und Beharrlichkeit in seinem gesetzwidrigen Willen bewiesen hatte,

§ IX.

Der Aufzählung der einzelnen schweren Polizeivergehen in den ihnen gewidmeten Kapiteln, liegt jederzeit eine gewisse systematische Ordnung zum Grunde. Indessen ist es doch nicht immer möglich gewesen, sie jederzeit streng zu beobachten. Daher sind hier und da Vergehen eingeschaltet worden, nicht, weil in Rücksicht ihrer Triebfedern, der Art ihrer Ausführung, oder des Gegenstandes u. s. w. eine Gleichheit Statt fände, sondern weil sie so am leichtesten von zuvor oder nachher aufgezählten Uebertretungen unterschieden werden konnten.

Von den einzelnen schweren Polizeivergehen überhaupt.

Es würde zu weit führen, hier über alle oder auch nur über die hauptsächlichsten Vergehungen jeder Art, besondere Bemerkungen zu machen. Der Verfasser begnügt sich daher um so mehr mit kurzen Bemerkungen über einige schwere Polizeivergehen überhaupt, je mehr der Grund und die Absicht der darüber gegebenen Vorschriften, in den meisten Fällen von selbst erkennbar ist.

§ X.

Ueber den unbefugten Handel mit Arzneimitteln, Vergehen unbefugte Ausübung der Arznei- und Wundarznei- wissenschaft u. s. w., über das unbefugte Tragen

gegen die Sicherheit des Lebens

und der des Gewehres u. dergl. enthalten die bisherigen Ge-
Gesund- setze zum Theil mehrere Vorschriften. Der gegen-
heit über- wärtige Entwurf hat sie zum Theil aufgenommen,
haupt, zum Theil erweitert oder modificirt.

Unzeitigen Scherz mit dem Gewehre untersagt der Entwurf im 72. — 76. § ausdrücklich, was dem Verfasser um so nöthiger schien, je häufiger Unglücksfälle auf diese Weise veranlaßt werden.

In Rücksicht der Bestimmungen über *Nachlässigkeiten bei Haltung zahmer Thiere* im 85. u. ff. §§. dürfte vielleicht der Entwurf zu sehr ins Einzelne gegangen zu seyn scheinen. Allein da die schädlichen Folgen derselben eben so mannigfaltig als groß seyn können, so verdiente auch diese Art von Polizeivergehen eine umständlichere Darstellung.

Wie wenig oft Gesetze gegen das zu *schnelle Reiten und Fahren* und andere dergleichen Ungebühnisse beobachtet zu werden pflegen, lehrt freilich die Erfahrung. Dieß kann jedoch kein Grund seyn, davon in einem Gesetzbuche nichts zu erwähnen, und es hat sich daher auch der Verfasser nicht abhalten lassen im 97. u. ff. §§. mehrere specielle Bestimmungen darüber zu geben.

§ XI.

Strafbare Ueber die Mittel, den Kindermord und andere
Nachlässig- dergleichen Verbrechen zu verhüten, sind in verschie-
keit bei denen Berichten mehrerer Behörden Vorschläge ge-
aufserordentlichen worden. Unter denselben schien dem Verfasser
Schwänge- rungen von besonders beherzigungswerth, gegen den aufserordeli-
Seiten des chen Schwängerer mit mehr Strenge, als bisher zu
Schwänge- verfahren. Daher nennt der 142. — 149. § die Fälle
rers, als schwere Polizeivergehen, wenn sich der Schwän-
gerer um die Person, mit der er den Beischlaf voll-

zogen hat, gar nicht bekümmert, ins besondere die allgemeinen Pflichten zur Verhütung einer hülfslosen Geburt, oder der Tödtung und Verwahrlosung des Kindes nicht erfüllt, oder die Geschwächte in Noth und Sorgen läßt, ohne ihr eine ihren und seinen Verhältnissen angemessene Unterstützung zu versprechen. Die für diese Fälle bestimmten Strafen sind nach den dadurch beförderten oder veranlaßten strafbaren Handlungen der Geschwächten berechnet und können in Gefängniß von zwei Monaten bis zu sechs Jahren bestehen.

§ XII.

Die *Verheimlichung einer außerehelichen Schwangerschaft* bedroht der Entwurf an und für sich, mit keiner Strafe. Denn es ist sehr wahr, wenn die Gelehrten ^{Verheimlichung einer außerehelichen Schwangerschaft.} bemerken, daß dadurch die Schamhaftigkeit mit dem Gesetze in Widerspruch gestellt werde. *) Der Entwurf berücksichtigt diesen Umstand sogar besonders, indem er im 133. u. 134. §. diejenigen ausdrücklich mit Strafe bedroht, welche das Geheimniß offenbaren, das ihnen wegen des Verhältnisses einer außer der Ehe geschwängerten Weibsperson anvertraut worden ist. Allein nichts desto weniger macht er jede geschwängerte Weibsperson im 135. u. ff. §§. bei Strafe verbindlich, für eine Beihülfe bei der Entbindung zeitig Sorge zu tragen. Diefs ist auch um so gerechter, weil die Erfüllung dieser Pflicht ohne Gefahr der Schande geschehen kann und selbst, wenn diefs nicht der Fall wäre, gerechter Weise gefordert werden darf.

*) System einer vollständigen Criminal- Polizei- und Civilgesetzgebung von H. E. v. G. Dresden, 1809. Th. II. S. 35. in der Note.

§ XIII.

Vergehen
gegen die
Sicherheit
des Staats-
und Privat-
Eigenthu-
mes.

Bei der Aufstellung der Vergehen gegen die Sicherheit des Staats- und Privat-Eigenthumes im 154. u. ff. §§. beschränkt sich der Entwurf auf diejenigen Handlungen, welche unmittelbar zur Beförderung oder Verhehlung der Diebstähle und anderer unrechtmäßiger Entwendungen, zur Bewerkstelligung der Münzverfälschung, Nachmachung des Papiergeldes, so wie andere Betrügereien und zur Veranlassung eines Brandunglückes beitragen können. Er erwähnt daher nur 1) den unerlaubten Kauf und Annahme gewisser Sachen; 2) die unerlaubte Verfertigung und Verkauf solcher Sachen, die zum Diebstahl und Betrug gemißbraucht werden können; 3) unvorsichtiges Verhalten mit dem Feuer und leicht zündbaren Materialien; 4) Vernachlässigung der Feuerstellen und unrichtige Anlegung derselben; 5) das Arbeiten im Feuer zur Nachtzeit; 6) Anzündung eines Feuers bei trockner Witterung in Wäldern und Feldern; 7) Vernachlässigung der öffentlichen Hülfe bei entstehender Feuersbrunst; und 8) das ungebührliche Abbrennen eines Feuerwerkes. Andere Handlungen, welche eben so gut der Sicherheit anderer Rechte als dem Eigenthume Gefahr droben können, z. B. das widerrechtliche Beherbergen liederlichen Gesindels u. dergl. oder welche nicht unmittelbar auf diebische oder betrügerische Entziehung fremden Eigenthumes Beziehung haben, wie z. B. unerlaubtes Spiel, Wucher, Vor- und Aufkauf u. s. w. sind an andern Orten aufgestellt worden.

§ XIV.

Von dem
Tumulte.

Unter die Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung rechnet der Entwurf im 195. u. ff. §§. auch den *Tumult*. Er verbindet nämlich mit dem Worte Tumult einen ganz andern Begriff als man ge-

wöhnlich in den Systemen und Gesetzen davon annimmt, wo man es für gleichbedeutend mit *Aufruhr* hält. Tumult ist hier bloß ein mit Lärm verbundener öffentlicher Auflauf von mehreren Personen, ohne daß diese die Absicht haben, die Obrigkeit zu etwas zu zwingen, *Aufruhr* oder öffentliche Gewaltthatigkeiten gegen einzelne Privat-Personen auszuüben (*Landfriedensbruch*). Durch diese Unterscheidung scheint auch wirklich die Gesetzgebung über die verschiedenen möglichen Arten öffentlichen Auflaufes und Lärmes die nöthige Vollständigkeit erhalten zu können. Auch ist die Verschiedenheit der hier und im 1477. u. 1524. § des *Gesetzbuches über Verbrechen* genannten strafbaren Handlungen sehr auffallend.

§ XV.

Den Begriff einer *unerlaubten Gesellschaft* setzt der Entwurf nicht wie die *Oesterreichischen**) und andere positive Gesetze in das *Geheime* derselben überhaupt, sondern darein, daß die Gesellschaft der Obrigkeit ihr Daseyn verheimlicht und keinen erlaubten Zweck hat (§ 209.). In der That hat auch der Staat bei keiner Gesellschaft, die weder ihr Daseyn verheimlicht, noch den Verdacht eines unerlaubten Zweckes gegen sich hat, etwas zu fürchten Ursach. Dagegen dürfen es aber die Gesetze nicht bei den Verboten gegen unerlaubte Gesellschaften im strengen Sinne des Wortes bewenden lassen. Denn es kann auch bloß unerlaubte *Zusammenkünfte* geben. Die Sächsischen Gesetze haben bereits die eigenmächtigen Zusammenkünfte der Innungen und Gemeinden als solche ausdrücklich anerkannt. Es können aber auch

Unerlaubte Gesellschaften.

*) Gesetzbuch über schwere Polizei-Übertretungen. § 38.

noch die ohne obrigkeitliche Erlaubniß in Masken gehaltenen Zusammenkünfte nicht gestattet werden. Beide erwähnt der Entwurf im 201. u. 204. u. f. §§.

§ XVI.

Verbrei-
tung ge-
fährlicher
Schriften
in Kriegs-
zeiten u.
dergl.

Der 215. — 221. § handelt von der Verbreitung gefährlicher Schriften zur Zeit des Krieges oder innerlicher Unruhen; von einer gewissen Art unerlaubten Verkehres in Kriegszeiten; von der heimlichen Aufsammlung der Waffen und Kriegsvorräthe und von der eigenmächtigen Anwerbung bewaffneter Mannschaft. Vielleicht dürfte man diese Handlungen auf den ersten Augenblick für Arten des Hochverrathes oder ähnlichen Verbrechen halten. Allein es ist hier überall vorausgesetzt, daß die Handlung ohne böse und ins besondere ohne *feindselige Absicht gegen den Staat* geschehen sey, was dem Begriffe von Hochverrath und ähnlicher Verbrechen nicht entspricht.

§ XVII.

Begünsti-
gung unbe-
fugter
Praktiker
oder ande-
rer Perso-
nen, wel-
chen ein
sonst er-
laubtes Ge-
werbe un-
tersagt ist.

Da die Erfahrung lehrt, daß die Befehle, welche gewissen Personen die Betreibung einer Wissenschaft, Kunst und Gewerbe oder die Verübung irgend einer andern sonst erlaubten Handlung verbieten, vorzüglich dadurch unwirksam gemacht werden, daß es so viele Zwischenhändler dabei giebt, hinter die sich derjenige, dem die Handlung untersagt worden ist, verstecken kann, so schien es dem Verfasser unumgänglich nöthig, diese Art von Unterstützung oder Begünstigung im 223. § ausdrücklich zu erwähnen. Ins besondere schädlich schienen ihm diejenigen Aerzte und Advocaten zu seyn, welche Pfuschern oder andern unbefugten Praktikern durch Unterzeichnung ihrer Recepte und Schriften Gelegenheit zur unge-

strafte Ausübung der ihnen verbotenen Praxis verschaffen (§ 224. u. 225.).

§ XVIII.

Um den Ungebührnissen vorzubeugen, die mit Uebertretungen der Censurgesetze u. dgl. Druckschriften getrieben werden können, bringt der Entwurf mehrere Gesetze in Vorschlag. Ein Theil derselben (§ 226. — 234.) bezieht sich auf den widerrechtlichen Druck einer Schrift, ein anderer (§ 235. — 239.) auf den widerrechtlichen Handel mit Druckschriften. Unter unerlaubten Druck versteht der Entwurf den Druck ohne Billigung der Censur, ohne Angabe des Druckortes oder des Namens des Verlegers oder Unternehmers und des Verlagsortes und endlich den Druck in Winkelbuchdruckereien. Bei dem letztern wird zugleich das Halten einer Winkelbuchdruckerei an sich mit Strafe bedroht.

Widerrechtlichen Handel nennt der Entwurf nicht nur wenn der Handelnde überhaupt kein Befugniss dazu hat, sondern auch, wenn Buchhändler ohne Censur gedruckte, oder verbotene, oder solche Schriften verkaufen oder verbreiten, die ihnen von unbekannter Hand zugeschickt worden sind, so, daß sie in der Folge den Verleger nicht angeben können. Das Verbot, Schriften der letzten Art zu verkaufen oder weiter zu verbreiten, ist um so nöthiger, je weniger dem Vertriebe uncensirter oder schädlicher Schriften ohne dasselbe würde vorgebeugt werden können. Denn da man die Buchhändler nicht zur Erforschung des Inhaltes der Druckschriften verbindlich machen kann, so muß man sie wenigstens zu Vorsichtsmaßregeln verbinden, deren Beobachtung bei ihren Geschäften möglich ist und wenigstens die Gelegenheit zur Beschönigung der Schuld durch leere Ausflüchte mindert.

§ XIX.

Verleitung
zur Aus-
wande-
rung.

Die *Verleitung zur Auswanderung* nimmt unter den Vergehen, durch welche dem Staate dienstfähige Bürger entzogen werden, den ersten Platz ein. Der Entwurf erklärt aber nicht jede Verleitung zur Auswanderung für strafbar. Er beschränkt die Strafbarkeit derselben im 241. u. f. §§. bloß darauf, daß es sich jemand *zum Geschäft* macht, Unterthanen zur Verlassung des Staates zu verleiten. Diese Beschränkung ist aber unumgänglich nöthig, denn außerdem würde ein jeder straffällig seyn, der seinem Freunde den Rath, sein Glück in einem andern Staate zu versuchen, ertheilte.

§ XX.

Auswande-
rung um
sich dem
Militair-
dienste zu
entziehen.

Gegen das *Austreten der zum Militair ausgehobenen Personen*, droht der Entwurf wie die bereits vorhandenen Sächsischen Gesetze im 249. u. f. §§. mit Confiscation des Vermögens. Denn theils ist nur diese Strafe in solchen Fällen möglich, theils ist aber auch keine andere dabei wirksamer, wie sie. Dagegen hielt es der Verfasser für hinreichend, diejenigen, welche einen andern, um sich der Werbung zu entziehen, außer Landes zu gehen verleiten, oder ihn dabei sonst unterstützen, bloß mit Gefängnißstrafe bis zu sechs Monat zu belegen. Denn da dergleichen Vergehen nur aus Freundschaft für das ausgetretene Subject geschehen, so scheint es hart, eine schwerere Strafe über sie zu verhängen. Uebrigens glaubt der Verfasser das Austreten, um sich dem Militairdienste zu entziehen und die Begünstigung desselben, so wie die in gleicher Absicht geschehene *Selbstverstümmelung* (§ 260.) mit Recht in dem gegenwärtigen Entwurfe aufgenommen zu haben. Denn wenn auch diese Vergehen zum Schaden des Militairs geschehen, so

sind sie doch deswegen noch keine *Militairvergehen*, welche nach Militair-Strafgesetzen behandelt und von Militair-Behörden beurtheilt werden müßten. Da nämlich der Straffällige nicht Soldat ist, und seine Handlung keine Verletzung einer Soldaten-Dienstpflicht enthält, so bleibt das Vergehen immer nur ein gemeines Bürger-Vergehen. Eine entgegengesetzte Ansicht würde in mehrerem Betrachte nicht nur gefährlich seyn, sondern auch mit den allgemeinen Grundsätzen im Widerspruche stehen, nach welchen man in andern Fällen keinen Unterschied macht und z. B. Gotteslästerung u. s. w. nicht der geistlichen Gerichtsbarkeit überläßt, ungeachtet das Vergehen Moral und Religion beleidigt.

§ XXI.

Die ersten §§ des *sechsten* Kapitels beziehen sich auf die Auflösung der schweren Aufgabe über die Bestrafung des *Wuchers*. Der Entwurf enthält sich dabei aller speciellen Benennungen ins besondere des Namens *Zins-Wucher*. Denn mit dem Gebrauche derselben würde den vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen ihre Anwendbarkeit auf Fälle genommen worden seyn, die keine unerlaubte Zinsnehmung enthalten. *) Daher wird im 265. u. f. §§. bloß vom *wucherlichen Creditgeben* und im 295. u. f. §§. von *andern wucherlichen Verträgen und Handlungen* gesprochen. Für *wucherlich* erklärt der 265. § ein solches Creditgeben, wobei sich der Darleiher unrechtmäßige Zinsen oder sonst Vorthelle bedingt, welche dem Schuldner den Nutzen wieder entziehen, den ihm das Dar-

Vom Wucher überhaupt.

*) Für die hier über den Wucher gemachten kurzen Bemerkungen finden sich in des Verfassers *Handbuche der Strafrechtswissenschaft etc.* Th. III. §. 552. u. f. mehrere Gründe angegeben.

lehn gewähren sollte. Denn eben darinne liegt der Grund des Gefährlichen, daß der Borgende nur einen scheinbaren Vortheil erhält, wobei er sich Statt zu nützen, schadet.

Der angegebene Begriff schließt alle Arten des Wuchers dieser Gattung in sich, nämlich den Wucher in Zinsen, im Capital und Bedingungen.

§ XXII.

I) Wucher
in Zinsen.

Zu den Fällen des Wuchers *in Zinsen* gehört: 1) wenn höhere Zinsen genommen werden, als gesetzlich nachgelassen sind (§ 266. — 268. u. 272.); 2) wenn Zinsen von rückständigen Zinsen in Fällen genommen werden, wo sie nicht erlaubt sind (§ 269. 270. u. 273.); und 3) wenn Zinsen zum voraus abgezogen werden (§ 271. 274. — 276.). Bei der Bestimmung der Höhe der Zinsen überhaupt, hat der Entwurf die bisher vorhandenen gesetzlichen Vorschriften beibehalten. Es sollen daher bei Wechselln nicht über *sechs*, bei andern Capitalen nicht über *fünf* pro Cent jährlich genommen werden. In Rücksicht der kleinen, auf kurze Zeit aufgenommenen Darlehne soll hiervon keine Ausnahme gelten. Der Entwurf weicht darinne von den in der Note zum 267. § angegebenen Gesetzen, welche diese Ausnahme Statt finden lassen, ab. Denn es schienen dem Verfasser die höheren Zinsen hier um so drückender und beschwerlicher für den Erborger, je weniger sich dieser mit einer geringhaltigen Summe einen Nutzen verschaffen kann, der ihn in den Stand setzen könnte, den Verlust zu übersehen.

Den Kunstgriffen der Wucherer, unter andern Namen höhere Zinsen zu nehmen, begegnet der 268.

277. — 279. §. Denn nach diesen sind alle bedungene oder genommene Vorthelle neben den Zinsen untersagt, so wie überhaupt alle dergleichen Vorthelle Statt der Zinsen, zu Geld angeschlagen, der gesetzlichen Zinssumme angemessen seyn müssen.

Zinsen von rückständigen Zinsen zu nehmen, ist im 269. u. f. § nicht unbedingt für Wucher erklärt. Denn bei dem Creditiren eines von rückständig verbliebenen Zinsen entstandenen Capitaless, wird so gut ein Capital geborgt, als bei der Darleihung des Hauptstammes. Der Schuldner nutzt dieß Capital so gut, als es der Gläubiger entbehrt. Allein auf der andern Seite treten ebenfalls mancherlei Bedenklichkeiten ein, ins besondere ist nicht zu verkennen, daß die Zinscapitale bei der steigenden Schwierigkeit, die Zinsen zu berichtigen, in das Unendliche vermehrt werden könnten. Um diesen Bedenklichkeiten zu begegnen, erlaubt der Entwurf die Zinsen von Zinsen nur bedingt, nämlich 1) wenn die rückständigen Zinsen ein Capital von wenigstens *funfzig* Thalern ausmachen und 2) wenn die Anschlagung der Zinsen zu einem neuen Capitale nicht zu sehr vervielfältigt ist. In dieser Hinsicht ist es dem Gläubiger nur zweimal erlaubt dem Schuldner Zinsen als Capital anzurechnen.

Den *Abzug der Zinsen zum voraus*, verbietet der 271. § unbedingt. Denn in diesem Falle bleibt dem Creditnehmer nicht mehr die ganze Summe übrig, durch deren Gebrauch er eben erst in den Stand gesetzt werden soll, seinen Vorthell und die Erfüllung der Creditbedingungen zu bewirken.

§ XXIII.

II) Wucher
im Capita-
le.

Fälle des Wuchers *im Capitale* sind: 1) wenn ein höheres Capital verschrieben, als wirklich gegeben worden ist (§ 285. — 287.) und 2) wenn der Creditgeber das ihm verschriebene Darlehn nicht im baaren Gelde, sondern ganz oder zum Theil in andern Sachen gegeben hat (§ 288. — 291.).

Damit den Wucherern der Weg versperrt sey, die über den ersten Fall gegebenen Gesetze zu umschiffen, bestimmt der 287. §. daß die gesetzten Strafen auch dann verwirkt seyn sollen, wenn dem Schuldner auf irgend eine andere Weise als dadurch, daß der Darleiher nicht das ganze Capital gezahlt hat, jedoch mit dessen Wissen oder Willen ein Abbruch an der verschriebenen Darlehnssumme geschehen ist. Ins besondere wird dadurch den wucherlichen Forderungen Einhalt gethan, welche unter den Namen eines Geschenkes gemacht, oder im Einverständnisse mit den Unterhändlern oder Mäklern beschönigt zu werden pflegen.

Bei dem zweiten Falle mußte das Verhältniß der Kauf- und übrigen Handelsleute gegen einander berücksichtigt werden. Unter ihnen können Waaren, Schuldverschreibungen u. s. w. als Valuta in Anrechnung gebracht werden. Etwas anderes ist es aber, wenn der Erborger kein Kaufmann ist. Daher setzt der 289. u. 290. § fest, daß die von Nicht-Kaufleuten bei Kaufleuten aufgenommenen Darlehnsgeschäfte bloß mit baarem Gelde gemacht werden dürfen. Die Erfahrung bestätigt die Nothwendigkeit dieser Bestimmung hinlänglich.

§ XXIV.

Fälle des Wuchers *in Bedingungen* sind: 1) III) Wucher ^{in Bedin-} wenn bei nicht zur rechten Zeit erfolgten Zahlung ^{gungen.} das Pfand verfallen (§ 280.) oder 2) eine Conventionalstrafe bezahlt werden soll (§ 281. — 283.); 3) wenn für Verlängerung des Rückzahlungstermines ein Geschenk oder sonst ein Vortheil bedungen oder angenommen wird (§ 284.); 4) wenn der Schuldner die ihm gezahlten Geldsorten zu einem höheren Werthe annehmen muß, als den sie haben (§ 292. u. 293.) oder 5) wenn derselbe die Rückzahlung in besseren Münzsorten leisten muß als er empfangen hat.

§ XXV.

Unter die übrigen wucherlichen Handlungen Von wu-
 außer dem wucherlichen Creditgeben, ist nach dem cherlichen
 295. § eine jede zu zählen, bei welcher einer der Handlun-
 Contrahenten sich ähnliche Vortheile bedingt oder gen außer
 geben läßt, als die sind, durch welche das Creditge- dem wu-
 ben in ein wucherliches ausartet. cherlichen
 Creditge-
 ben.

Außer andern nennt der Entwurf im 301. 302. 304. u. 305. § einige wucherliche Handlungen der Mäkler oder Unterhändler. Der Geldbedürftige leidet von ihnen zuerst Wucher durch die hohen *Proxenetica*. Sie sind aber auch oft die Seele der Wucherer selbst, besonders deswegen, weil sie zu den mit ihnen abzuschließenden Geschäften ihren Namen hergeben und so die Entdeckung und Bestrafung des Wuchers in eben dem Grade erschweren, als sie die wucherlichen Geschäfte selbst befördern.

Bei der Bestimmung der Strafe wegen unerlaubter Käufe über Früchte auf dem Halme u. s. w. ist der Verfasser von den Sächsischen Gesetzen, welche

Confiscation des abgelassenen Getreides drohen, abgegangen. Denn es schien ihm Gefängnisstrafe in diesem Falle um so mehr den Vorzug zu verdienen, je mehr das Verbot bloß auf Erhaltung des öconomischen Wohlstandes abzweckt, welchem Zwecke die Strafe der Confiscation nicht entspricht.

§ XXVI.

Welche Vorschriften über den Wucher hier nicht erwähnt worden sind.

Von den sonst noch nöthigen Bestimmungen über das Recht des Schuldners übermäfsig erhobene Zinsen zurückzufordern, über die Nichtigkeit wucherlicher Verträge, Belohnung des Denuncianten u. s. w. ist hier nichts erwähnt worden, weil alles dies in ein bürgerliches und Polizeigesetzbuch überhaupt gehört.

§ XXVII.

Handlungen, welche Mangel oder Theuerung in Ansehung gewisser Sachen wirken:

Bei den Verböten gegen Handlungen, durch welche Mangel oder Theuerung in Ansehung der Lebensmittel oder sonst im gemeinen Handel und Wandel hervorgebracht werden kann, begnügt sich der Entwurf nicht mit Vorschriften über den sogenannten Vor- und Aufkauf. Er berücksichtigt vielmehr zuerst die *Verabredungen zur Vertheuerung der Waaren und Arbeitslöhne* im 315. u. f. §. dann die *Hemmung der Zufuhre der für das gemeine Leben nöthigen Bedürfnisse* (§ 320. u. f.), die *widerrechtliche Zurückbehaltung der Lebensmittel u. s. w.* (§ 322. u. f.) und endlich den *Vor- und Aufkauf* (§ 331. u. f.).

§ XXVIII.

ins besondere Zurückbehaltung des Getreides und anderer Lebensmittel.

Die meisten Schwierigkeiten finden sich hierinne bei den Bestimmungen über die widerrechtliche Zurückbehaltung der Lebensmittel u. dergl., weil hier den Eigenthumsrechten so leicht zu nahe getreten werden kann.

Ist kein Mangel an solchen Sachen vorhanden, so ist es der Polizei ganz gleichgültig, was der Erbauer derselben mit seinen Vorräthen anfangen und wie viel er von ihnen aufbewahren will. Erst wenn Mangel eintritt, erhält die Bestimmung, die der Eigenthümer diesen Vorräthen giebt, ein allgemeines Interesse. Aber noch immer ist die Aufsammlung oder Zurückbehaltung erbauter Lebensmittel nicht strafbar. Es würde sogar hart und mit den Grundsätzen von Eigenthumsrechten unvereinbar seyn, dem Erbauer der zum gemeinen Leben nöthigen Erzeugnisse das Recht zu nehmen, sie wie einen Handelsartikel zu betrachten, da es doch sonst einem jeden frei steht, die Erzeugnisse seines Fleißes auf die ihm vortheilhafteste Art zu benutzen. Der 322. § erklärt daher die Zurückbehaltung der Lebensmittel und anderer diesen gleich nothwendigen Dinge überhaupt erst dann für strafbar, wenn entweder eine öffentliche Aufforderung sie zu verkaufen von der Obrigkeit erfolgt ist, oder wenn der Preis derselben bereits an dem Aufenthaltsorte des Inhabers, oder auf einem der nächsten Marktplätze noch einmal so hoch, als sonst ihr gewöhnlicher Preis beträgt, gestiegen seyn sollte. Aber auch hierbei muß noch voraus gesetzt werden, daß *übermäßige* Vorräthe gehalten worden sind.

Der 323. § setzt den Begriff derselben auf den *doppelten Betrag der eigenen Nothdurft bis zur nächsten Ernte*. Denn es muß einem jeden Eigenthümer frei bleiben, sich nicht nur auf den Fall der Unglücksfälle vorzusehen, sondern auch die Nothdurft bei einer schlechten Ernte zu sichern. Diese Bestimmung schien dem Verfasser hier, wo bloß von *strafbaren* Handlungen die Rede ist, vollkommen hinreichend zu seyn. In Zei-

ten wirklicher Hungersnoth kann freilich der Staat noch weiter gehen und die Verkaufung der vorhandenen Vorräthe bis auf den einfachen Betrag herab anordnen, hierbei auch nach Befinden einen Verkaufspreis festsetzen. Allein die Vorschriften über solche außerordentliche Mafsregeln in Zeiten außerordentlicher Theurung scheinen um so mehr blofs in ein Polizeigesetzbuch überhaupt zu gehören, je weniger sich für solche außerordentliche Fälle eine allgemeine Strafbestimmung zum voraus geben läfst. Es mufs vielmehr das Verfahren in solchen Fällen allein den Behörden nach der Beschaffenheit der jedesmaligen Umstände überlassen bleiben.

Uebrigens unterscheidet der Entwurf im 324. und 326. § die Fälle, wo der Uebertreter der gewinnsüchtigen Absicht dabei überführt worden ist, oder nicht, ausdrücklich. Speciellere Vorschriften hingegen schienen nicht nöthig. Ins besondere bedurfte es keiner näheren Bestimmung des Termins bei Berechnung der Nothwendigkeit der Vorräthe. Denn es versteht sich von selbst, dafs die Erntezeit in den Kreisen, wo die Ernte später zu seyn pflegt, später anzunehmen und nicht auf den Tag des Einerntens, sondern auf die Zeit zu setzen sey, wo der Erbauer die eingeernteten Früchte wirklich benutzen kann.

§ XXIX.

Unerlaub-
tes Spiel.

Es giebt kein Spiel, bei welchem nicht die Kenntnifs des Spielenden, ins besondere von den Grundsätzen der Wahrscheinlichkeit, einen Einflufs auf den Ausgang des Spieles selbst haben könnte. Ein des Spieles kundiger Spieler hat daher immer auf gewisse Weise das Spiel, oder wenigstens den mehreren oder minde-

ren Gewinn und Verlust bei demselben, in seiner Hand. Der Begriff des Glücks- oder Hazard-Spieles darf mithin nicht absolut auf den blinden Zufall beschränkt werden. Deswegen setzt der 336. § das Wesen des Glücksspieles auch bloß darauf, daß die Entscheidung des Gewinnens und Verlierens *an und für sich nicht* von Geschicklichkeit und Kenntniß sondern nur vom Zufalle abhängen.

Der Entwurf erklärt aber nicht jedes Spielen eines Glücksspieles für strafbar, denn bei einem unbedingten Verbote würde der Richter und Urtheilssprecher nicht selten in Verlegenheit gerathen, weil dann jedes unschuldige, nur zum Zeitvertreib gewählte, aber doch bloß vom Zufall abhängige Gesellschaftsspiel für strafbar gehalten werden müßte. Er setzt vielmehr im 338. und 339. §. voraus, daß das Spiel auf eine Art gespielt werde, wobei die Spielenden einen beträchtlichen Verlust haben können. Die Bestimmungen hierüber sind freilich willkürlich, und der Verfasser gesteht gern, daß sich die Fälle leicht ereignen können, wo ein Verlust der hier angenommenen Summe von *zehn und fünf Thalern* nach den Verhältnissen der Spieler, für ganz unbedeutend zu halten seyn wird. Allein ein anderer Maßstab, als ein möglicher Verlust von einer gewissen GröÙe läßt sich nicht angeben. Auch schien dem Verfasser der Begriff eines strafbaren Glücksspieles nicht, wie es in den *Preussischen Gesetzen**) der Fall ist, auf die *Absicht Gewinn zu machen*, beschränkt werden zu können. Denn es kann seyn, daß *allen* Theilnehmern am Spiele diese Absicht fremd ist, und daß sie als leichtsinnige Ver-

*) *Preussisches Landrecht* Th. II. Tit. XX. §. 1298.

schwender beim Wagen der höchsten Summen nur den Zeitvertreib suchen.

Bei den Strafbestimmungen selbst aber unterscheidet der Entwurf im 341. u. 346. §. die Fälle, wo die Glücksspiele bloß zum Zeitvertreib, und wo sie aus Gewinnsucht gespielt werden. Nur bei ersteren läßt er Geldstrafe zu, bei letzteren setzt er Gefängnißstrafe fest. Diefes ist auch hier um so nothwendiger, je weniger Spieler von Gewerbe durch Geldbußen abgeschreckt zu werden pflegen, denn das Spiel kann ihnen sehr bald den Ersatz des hierdurch erlittenen Verlustes bringen, wenigstens können sie auf diese Hofnung hin, das Spiel desto leichter wagen. Ins besondere glaubte der Verfasser, daß den Gast- und Kaffeewirthen, welche den Spielern einen Spielort bei sich gestatten, um so weniger mit Geldstrafen gedroht werden dürfe, da sie sich leicht dafür von den Spielern entschädigen lassen können.

Was übrigens sonst noch zur Verbütung unerlaubter Spiele wegen Ungültigkeit der Spielschulden u. s. w. wie in dem *Mandate* v. 20. Decbr. 1766. §. 4. — 10. zu bestimmen seyn dürfte, gehört nicht in ein Gesetzbuch über Polizeivergehen.

§ XXX.

Unerlaubte
Wetten.

Die Bestimmungen über die Strafbarkeit der *Wetten*, haben nicht weniger Schwierigkeit als die über Glücksspiele. Nicht jede Wette kann für strafbar erklärt werden. Selbst die Höhe des Preises, um welchen gewettet wird, berechtigt noch nicht zur Strafe. Denn ob z. B. ein reicher Mann eine hohe Summe verschenkt oder verwettet, ist ganz dasselbe. Wenn ihm die

Entäußerung derselben überhaupt nicht verwehrt ist, so kann die Art der Entäußerung keinen Unterschied machen.

Der Entwurf beschränkt daher die Strafbarkeit der Wetten auf vier Fälle, nämlich 1) wenn die Wette über den Ausgang eines verbotenen Glücksspieles oder über irgend ein zu demselben gehörendes Ereignis geschieht (§. 352.), denn hier ist sie Theil des Glücksspieles; 2) wenn sie mit erlaubten Spielen insbesondere mit Billard und Kegelspiel verbunden wird (§. 353.), denn hier giebt sie dem erlaubten Spiele die Eigenschaft des Glücksspieles; 3) wenn das Wetten über zufällige Ereignisse überhaupt *als Spiel* und so geschieht, daß es den bei den Glücksspielen zum Maassstab angenommenen Verlust zur Folge haben kann (§. 354.), denn in diesem Falle ist es eigentliches Glücksspiel; und 4) wenn das Wetten über die Ausführbarkeit einer strafbaren oder sonst unerlaubten Handlung erfolgt, ohne daß diese noch ausgeführt ist. (§. 355.)

§ XXXI.

Der Entwurf unterscheidet die eigenmächtige *Errichtung* einer Lotterie oder eines Lotto und das *Colligiren* für solche, die zwar unter einer öffentlichen *Autorität* stehen, aber doch nicht erlaubt sind. Unerlaub-
tes Lotte-
rie- und
Lottospiel.

Die für die eigenmächtige Errichtung einer Lotterie und Lotto im 357. u. f. §§. bestimmten Strafen sind verhältnäfsig gelinder, als die für das unerlaubte Colligiren festgesetzten. Denn eine Privat-Unternehmung hat ohnehin weniger Ansehen und ist daher auch weniger gefährlich. Es bedarf mithin keiner so grossen Strafen, um die Uebertretung des Gesetzes zu hindern.

Zur Unterdrückung des Hanges zu dem verderblichen Lottospiele, sind, wie die Erfahrung gelehrt hat, die bisher angedrohten Geldstrafen unzureichend gewesen. Gewöhnlich sind sie von den Collecteuren so wenig, als von den Spielern einzutreiben, auch sind sie für diese Art von strafbaren Subjecten nicht empfindlich genug. Es schien daher dem Verfasser um so weniger bedenklich, in dem Entwurfe für diese Art von Polizeivergehen härtere als bisher bestimmt gewesene Strafen vorzuschlagen, da auch auf dem letzteren Landtage und sonst von verschiedenen Behörden der Antrag wegen härterer Bestrafung des Colligirens zum Lotto, in Vorschlag gebracht worden ist. Indessen scheint doch eine härtere Strafe als Gefängniß, welche der 361. u. f. §. bestimmt, der Sache nicht angemessen. Ein Collecteur zu einem Lotto ist mit einem gefährlichen Diebe und andern Verbrechern durchaus nicht in eine Classe zu setzen und darf mithin auch nicht wie diese, Zucht- haus - oder noch härtere Strafe leiden. Gefängniß- strafe von mehreren Monaten wird zuverlässig die erwünschte Wirkung haben. Der Entwurf bedroht die Collecteurs zu einem Lotto nicht nur mit sechs Monat Gefängniß, er läßt auch im 365^b §. auf den Wiederholungsfall körperliche Züchtigung nach. Der Verfasser glaubte aber, daß man sich an die Collecteurs vorzüglich zu halten habe, denn sie sind es hauptsächlich, durch welche das Uebel verbreitet wird. Deswegen wird das *Einlegen* in ein Lotto im 365. §. nur mit einer Geldbusse von zehn bis fünfzig Thalern, oder mit Gefängnißstrafe von acht Tagen bis zu acht Wochen bedroht. In der That ist das Einlegen in ein Lotto weiter nichts als ein Glücksspiel, das mithin auch nicht anders behandelt werden kann als dieses.

§ XXXII.

Das *Ausspielen gewisser Sachen* ist so lange als eine unschädliche und unschuldige Handlung anzusehen, als dasselbe nicht die Eigenschaft eines Glücksspieles hat, oder nicht mit wucherlicher Bevortheilung verbunden ist. Der Entwurf setzt daher zur Strafbarkeit im Allgemeinen voraus, dass das Ausspielgeschäft die Eigenschaft eines Glücksspieles habe. Das Wett-eifern um den ausgesetzten Preis durch Handlungen, zu welchen Geschicklichkeit erfordert wird, wie z. B. durch Schiessen nach dem Ziele u. dergl. wird also keinesweges verboten. So lange es aber bei dem Ausspielen einzelner Sachen bleibt, und das Ausspielgeschäft nicht als fortgesetztes Spiel getrieben wird, (in welchem Falle es wie jedes andere Glücksspiel zu betrachten ist,) so ist es auch noch weniger strafbar als das Glücksspiel, eben weil die Spieler nicht so viel dabei wagen können, als bei jenem. Der 368. u. 369. §. droht daher nur mit Geldstrafe von fünf bis zu zwanzig Thalern. Für den Fall aber, wo sich der Ausspieler die Sache um die Hälfte theurer bezahlen lässt, als sie eigentlich werth ist, wird im 370. §. Gefängnisstrafe festgesetzt, und die Confiscation der ausgespielten Sache oder die Einziehung des Werthes derselben angeordnet. Denn der Ausspieler macht sich in diesem Falle einer wahrhaft wucherlichen Bevortheilung schuldig.

Von dem Ausspielen einzelner Sachen.

§ XXXIII.

Bei den Handlungen, gegen die der Gottheit und der Religion schuldigen Ehrfurcht, droht der Entwurf im 373. u. f. §§. nicht mit Geldbußen, sondern mit Gefängnisstrafen, nach Befinden bei Wasser und Brot, oder in Verbindung mit körperlichen Züchtigungen.

Vergehen gegen die Moral und Religion.

Geldstrafen sind bei dieser Art von Vergehungen um so weniger zweckmässig, je schädlicher der Glaube, dass die Gerechtigkeit durch Geld abgefunden werden könne, gerade hier seyn würde.

Unter den Vergehen gegen die Moral und Religion hat der Entwurf übrigens im 378. u. f. §. den *Missbrauch des Eides* mit aufgestellt. In der That scheint auch dieses Vergehen hier an dem rechten Orte erwähnt worden zu seyn, denn gerade die Achtung für die Religion und Moral ist es, um welcher willen die Eidesleistungen nicht als beliebige Handlungen frei gegeben werden können.

§ XXXIV.

Vergehen
gegen die
Sittlichkeit
überhaupt;

Den Begriff der *Vergehen gegen die Sittlichkeit* schränkt der Entwurf im 385. §. nicht auf die Fälle ein, wo ein öffentliches Aergerniss gegeben worden ist. Auch diejenigen Handlungen werden dahin gezählt, welche überhaupt Sittenverderbniss bewirken, oder sonst Unordnung und Ausschweifung hervorbringen können.

ins beson-
dere von
der
Unzucht
u. s. w.

Die meisten Bestimmungen hierbei erforderten die sogenannten *fleischlichen Verbrechen* als: die gemeine Unzucht (§. 392.) die *Hurerei* (§. 402.), die *Blutschande* (§. 426.) die Unzucht unter Stief- und Schwiegerältern und Kindern (§. 434.) und die *widernatürliche Befriedigung des Geschlechtstriebes* (§. 438.) Nach den Gesetzen über die Hurerei sind die Bestimmungen über *Hurenwirthschaft* und *Kuppelei* im 406. u. 409. u. f. §. eingeschaltet worden. Beide letztere Arten von Vergehen sind genau geschieden worden, denn beide haben ganz verschiedene Eigenschaften.

Auch gegen die Vergehen durch strafbare Befriedigung des Geschlechtstriebes hat der Entwurf keine

Geldstrafen nachgelassen, denn von diesen ist gerade bei der Art Subjecten, die hier als Uebertreter des Gesetzes erscheinen, die wenigste Wirkung zu erwarten. Es ist dieß auch schon bisher in Sachsen nach der *Bescheidung zur geheimen Instruction* v. J. 1733. ad. §. 6. *) gebräuchlich gewesen.

Bei den Bestimmungen der Strafen für die gemeine Unzucht, dürften vielleicht noch einige besondere Strafdrohungen gegen die Schwängerer vermisst werden. Wirklich kommen auch diese gewöhnlich zu leicht durch. Allein dessen ungeachtet hielt es der Verfasser nicht für rathsam ihnen härtere Strafen anzudrohen, weil sie dann nur noch mehr Veranlassung erhalten würden, den außerehelichen Beischlaf zu leugnen, was die geschwächten Weibspersonen offenbar in noch schlimmere Verhältnisse versetzen würde. Er liefs es daher bei den Strafdrohungen wegen Vernachlässigung der Geschwängerten und der Verbindlichkeiten zur Verhütung einer von ihrer Seite zu besorgenden gesetzwidrigen Handlung (§. 142. — 149.) bewenden und fügte nur noch einige ausdrückliche Bestimmungen über Verschärfung der Strafe wegen Verführung u. s. w. im 397. u. f. §§. hinzu.

Ehemänner, welche Gewinnstes wegen ihre Ehefrauen verleiten, sich einer andern Mannsperson hinzugeben, oder gar ein hurerisches Leben zu führen, sollen nach §. 419. eben so bestraft werden, als Aeltern und Erzieher, welche ihre Kinder und Enkel oder die ihnen zur Aufsicht überlassenen Personen verkuppeln (§. 417.). Dieß dürfte auf den ersten Blick vielleicht unverhältnäfsig scheinen. Allein dieser Schein verschwindet, wenn man bedenkt, daß die Anreizung zur Unzucht bei dem ersten Falle gröfser

*) Cod. Aug. II. Forts. Th. I. S. 475.

ist, weil der Wollüstling hier keine Privatansprüche zu besorgen hat, als in andern Fällen.

Bei den Strafgesetzen gegen Kuppelei und Hurenwirthschaft wird man vielleicht mancherlei Vorschriften vermissen, wie z. B. daß Aeltern und Verwandte, welche ihre Kinder u. s. w. verkuppeln, ihrer bürgerlichen Rechte über dieselben verlustig seyn, Gast- und Kaffeewirthe, welche sich einmal auf Kuppeleien haben betreffen lassen, wiederholten Visitationen ausgesetzt werden sollen u. dergl. Allein diese Bestimmungen gehören in ein anderes Gesetzbuch.

§ XXXV.

Von der
Gerichts-
barkeit bei
Unter-
suchungen
eines Po-
liceiverge-
hens.

Die Gerichtsbarkeit in Ansehung schwerer Polizeivergehen sollen nach dem 446. §. die Erb- oder Untergerichte so gut als die Obergerichte auszuüben haben. Denn da die aufsehende und vollstreckende Gewalt bei der Handhabung der Polizei schlechterdings überall gegenwärtig seyn muß, so darf es auch in der Regel an keinem Orte an einer Behörde dazu fehlen. Ohne diese ist weder die schleunige Anwendung der Polizeistrafgesetze, noch überhaupt die bezweckte Wirksamkeit derselben möglich.

Die Bestimmungen über die Frage: welches Gericht die Untersuchung zu führen habe (§. 447. u. f.) stehen mit dem im Gesetzbuche über Verbrechen darüber enthaltenen Vorschriften in Uebereinstimmung. Der Gerichtsstand der verübten That, ist also auch hier als der vorzüglichere angenommen. Die übrigen gelten nur unter gewissen Voraussetzungen.

§ XXXVI.

In Rücksicht des Verfahrens bei schweren Po- Von dem Verfahren bei Unter-
suchung eines Poli-
zeiverge-
hens.
lizeivergehen, verweist der 452. § vorzüglich auf die Vorschriften über das Verfahren bei geringfügigen Verbrechen, so wie dasselbe im XIX. Kapitel des *Gesetzbuches über Verbrechen* vorgeschrieben ist. Es bedurfte daher in dem vorliegenden Entwurfe nur noch über diejenigen Gegenstände besondere Bestimmungen, welche mit den im Untersuchungsproceß gegen Verbrechen nicht gleiche Eigenschaften haben.

Das Verfahren von Amtswegen soll auch bei Polizeivergehen Statt finden, wenn nicht das Gesetz ausdrücklich eine Ausnahme gemacht hat (§ 453.) In Fällen, wo einjährige Gefängnißstrafe gedroht ist, soll das Gericht eben so wie bei Untersuchung der schweren Verbrechen besetzt seyn (§ 454.). Der Gebrauch der Steckbriefe wird nur in besondern Fällen gegen Uebertreter der Polizeistrafgesetze nachgelassen (§ 455. u. f.)

Einer ausdrücklichen Erwähnung bedurfte hierbei die Frage: ob jemand wegen eines schweren Polizeivergehens an der Fortsetzung der Reise verhindert werden könne? Der 463. § bejaht dieselbe, wenn die Untersuchung durch die Gestattung der Fortsetzung der Reise erschwert oder vereitelt, oder die Vollstreckung der Strafe und Einbringung des Schadenersatzes ungewiß gemacht werden würde. Eine Ausnahme hiervon ist im 464. § nicht nur bei dem zum Gefolge eines Gesandten gehörenden Personalis, sondern auch bei andern in öffentlichen Angelegenheiten reisenden Personen festgesetzt.

§ XXXVII.

Von der
Entschei-
dung.

Die Entscheidung über schwere Polizeivergehen soll nach § 467. u. f. in der Regel der untersuchende Richter geben. Nur in den mit härteren Strafen als mit 25 Thlr. Geldbusse, 6 Wochen Gefängniß und Ruthenzüchtigung von 12 Schlägen bedrohten Fällen soll das Urtheil von einem Spruchcollegio eingeholt werden. Der Grund dieser Vorschriften beruht in der Nothwendigkeit, die Anwendung der Polizeistrafgesetze so viel als nur immer möglich zu beschleunigen. Eben deswegen findet auch nach § 479. u. f. in der Regel keine anderweite Aburtheilung der Sache von dem untersuchenden Richter oder einem Spruchcollegio Statt, sondern es sollen die Regierungscollégia auf eingewandte Appellationen sofort selbst entscheiden.

§ XXXVIII.

Von der
Vollstre-
ckung der
Strafen.

In Ansehung der Vollstreckung der Strafen enthält der 484. u. f. § nur einige besondere Bestimmungen. Sie beziehen sich auf die Landesverweisung. Gewöhnlich werden Vagabonden an die Orte gewiesen, die sie sich beliebig zu ihrem künftigen Aufenthalte wählen. Diefs hat aber dem Verfasser jederzeit unzweckmäfsig erschienen. Denn wenn der Verwiesene kein Recht auf den Aufenthalt in dem Lande hat, in das er sich bringen läßt, so wird er natürlich von da wieder zurückgebracht. Auch ist es überhaupt viel zweckmäfsiger, den Uebertreter, wie der Entwurf bestimmt, dahin zu weisen, wo er entweder geboren worden ist, oder wo er wenigstens einen wesentlichen Aufenthalt gehabt hat. Oefters ist den Behörden an diesen Orten daran gelegen, den Uebertreter wieder in ihre Gewalt oder wenigstens

Nachricht von dem, was mit ihm im Auslande vorgegangen ist, zu bekommen. Dieß Verfahren ist dazu besonders geeignet, auch ist es nicht bloß zum Nutzen des fremden Staates. Denn ein Land, in welchem man mit Vagabonden und andern dergleichen ausländischen liederlichen Gesindel strenger verfährt, bleibt von dessen Besuchen an sich mehr befreit, ins besondere aber wird es dadurch gegen die Rückkehr der Verwiesenen mehr gesichert. Ueberhaupt darf man bei der Handhabung der Polizei nicht so streng darauf sehen, ob die für dieselbe zu unternehmende Handlung dem Staate auch wirklich unmittelbar nützt. Auch Handlungen, welche zunächst nur zu Gunsten des fremden Staates abzuzwecken scheinen, haben oft heilsamere Wirkungen, als zur Zeit noch anerkannt wird.

§ XXXIX.

Zu wünschen ist es übrigens, daß der Untersuchungproceß bei Polizeivergehen mit, so viel nur immer möglich, geringem Kostenaufwande geführt werde. Ins besondere ist dieß bei der Abndung der außerehelichen Schwängerungen der Fall. Denn da die geschwängerten Weibspersonen ohnehin mit der Erziehung der Kinder in Noth gebracht sind, so ist es höchst billig, ihnen dieselbe nicht noch durch bedeutende Kosten zu mehren. Allein für dergleichen Bestimmungen muß eine Sporteltaxordnung sorgen.

Von den
Kosten.

R e g i s t e r.

Die kleinen Zahlen deuten auf die Paragraphen der Gesetze, die übrigen auf die Paragraphen der Bemerkungen und Beweggründe.

A.

Abreissen, muthwilliges, aufgestellter Warnungszeichen. 127. öffentlicher Anschläge. 222.

Advocaten, Strafe derer, welche die Schriften Anderer unterschreiben, die nicht practiciren dürfen. 224. u. f.

Aeltern, Lieblosigkeit gegen dieselben. 383. Lieblosigkeit derselben gegen ihre Kinder. 384.

Aergerniss, öffentliches, ist zur Bestrafung der Vergehen gegen die Sittlichkeit nicht nöthig. XXXIV.

Afterärzte, strafbare Unterstützung derselben. 224.

Amt, Verfahren von Amtswegen, findet auch bei Polizeivergehen Statt. 453.

Angeber, Belohnung derselben, bei Anzeige strafbarer Abbrennung der Feuerwerkssachen. 187. beim Wucher. 319.

Anbetzen eines Thieres auf einen Menschen. 90.

Ankauf, der Sachen einer an einer ansteckenden Krankheit verstorbenen Person. 45. u. f. der Kostbarkeiten von unbekannten Personen. 154. u. f. gewisser Sachen von Unmündigen. 165. alter Schlüssel. 166. der Montirungsstücke. 167. gewisser Sa-

- chen von liederlichen Wirthen. 297. der Früchte auf dem Halme. 300.
- Annahme*, strafbare gewisser Sachen. 154.
- Anreizung* zur Wollust, Strafe derselben. 413. u. f. zur widernatürlichen Befriedigung des Geschlechtstriebes. 441.
- Anschläge*, öffentliche, Strafe der Mißhandlung derselben. 222.
- Ansiedelung* in fremden Ländern, Verleitung dazu. 241. s. *Auswanderung*.
- Ansteckende Krankheiten*, Verbindlichkeiten in Rücksicht derselben. 44. u. f.
- Anverwandte*, der Herrschaft, Verführung derselben zur Unzucht durch Dienstboten. 397.
- Anzeige*, Verbindlichkeit dazu bei Verleitungen zur Auswanderung. 244.
- Apotheker*, wie sie sich bei Ausgabe der Arzneien eines Vergehens schuldig machen können? 28. desgl. bei Ausgabe giftiger Sachen. 35.
- Appellation* gegen Urtheile. 479. u. f.
- Arbeiten* der Handwerker im Feuer, sollen nicht zur Nachtzeit geschehen. 180.
- Arrest*. 459.
- Arzneimittel*, unbefugter Handel mit denselben. 24. u. f. wie sich Apotheker bei Ausgabe derselben verhalten sollen. 28.
- Arznei- und Wundarzneiwissenschaft*, unbefugte Ausübung derselben. 27. u. 29.
- Arzt*, Verbindlichkeit desselben zur Anzeige bei Todesfällen durch ansteckende Krankheiten. 47. Strafe der von ihm bewiesenen Lieblosigkeit. 129. dessen Strafe, wenn er Geheimnisse aufserhelich geschwängelter Personen verräth. 134.
- Aufkauf* der Lebensmittel. 331. u. f.
- Auflauf* oder Tumult. 195. u. f.
- Aufmerksamkeit*, auf verstandslose Personen, Vernachlässigung derselben. 79. auf Thiere. 85. auf aufserhelich schwangere Weibspersonen, Verbindlichkeit dazu. 138.
- Aufseher* bei Versorgungs- oder Strafanstalten, Straferer, welche mit den ihnen untergebenen Weibspersonen Unzucht treiben. 398.

Ausfuhrverbote, warum sie hier nicht aufgenommen worden sind. I.

Aushängen, gefährliches, gewisser Sachen aus Fenstern oder an Häusern. 114.

Ausländer sind ebenfalls an die Polizeistrafgesetze gebunden. 4. gegen sie findet die Landesverweisung Statt. 12.

Ausspielen einzelner Sachen, unerlaubtes. 367.

Ausspielen gewisser Sachen, in welchen Rücksichten dasselbe für strafbar anzusehen sey? XXXII.

Ausstellen, gefährliches gewisser Sachen, aus Fenstern oder an Häusern. 114.

Austreten strafbares, um sich dem Soldatenstande zu entziehen. 249. u. f. desgl. um den Diensten als Stückknecht überhoben zu seyn. 258.

Auswanderung, Verleitung dazu. 241. wenn sie als strafbar anzusehen sey? XIX. u. f. ins besondere um sich den Militairdiensten zu entziehen. 255.

— — um sich dem Militairdienste zu entziehen. 249. ist nicht als Militairvergehen zu betrachten. XX.

B.

Baue, Strafe der Nachlässigkeiten bei denselben. 119. u. f.

Baufälligkeiten der Gebäude, Strafe derer, welche die nöthige Vorsicht dabei vernachlässigen. 116. u. f.

Baumeister, Strafe derer, welchen ein Gerüste oder Gebäude einstürzt. 119.

Bedrohung mit der Strafe gegen Unmündige. 21.

Befugnisse und Rechte, Verlust derselben, tritt zuweilen außer der Strafe noch ein. 11.

Begnadigung, wem sie zustehe? 482.

Begünstigung, strafbare derjenigen, welchen eine sonst erlaubte Handlung oder Gewerbe untersagt ist. 223. u. f.

Behandlung lieblose, kranker Personen. 128. der Schwangeren. 130. der Aeltern. 383. der Kinder. 384.

Beherbergung strafbare. 189. u. f.

Behörde, richterliche bei Polizeivergehen. 446. u. f.

Beischlaf, außerehelicher, gemeiner. 392. u. 402. u. f.

Bekanntmachung der Entscheidung, wenn sie geschehen müsse? 478.

— — der erfolgten Bestrafung in den Zeitungen, beim Wucher. 305. bei Vertheuerung oder widerrechtlicher Zurückbehaltung des Getreides und anderer Lebensmittel. 334. bei Kupplern. 424.

Berauschung, Ungebührrnisse während derselben. 388.

Bereitung des Giftes in Apotheken. 35. u. 37. unnützlicher Gifte, Strafe derselben. 40.

Beschädigung, muthwillige, der Gebäude, Wege u. s. w. 126. der Warnungszeichen. 127.

Besorgniss, Erregung ungegründeter beim Publico. 200.

Besudeln, wuthwilliges, öffentlicher Anschläge. 222.

Bestrafung, Bedrohung mit derselben bei Unmündigen. 21.

Betten, der an ansteckenden Krankheiten verstorbenen Personen, unerlaubtes Verfahren mit denselben.

44. u. f..

— — Strafe der Aeltern und Erzieher, welche Kinder verschiedenen Geschlechts in einem und demselben schlafen lassen. 431.

Betteln, strafbares. 240b u. f.

Beweisaufnahme bei Untersuchung eines Polizeivergehens. 471.

Beweismittel, Kraft derselben. 472.

Biblische Geschichten, theatralische Vorstellungen derselben, welche Strafe dabei Statt finde? 377.

Billard, wenn es als Glücksspiel anzusehen sey? 353.

Blutschande, Strafe derselben. 426. u. f.

Brechstangen, Strafe derer, welche dergleichen Andern fertigen. u. s. w. 163.

Briefwechsel in feindliche Länder, wenn er strafbar sey? 218.

Bücherhandel, unbefugter, deren Strafe. 239.

Buchdrucker, was sie auf den bei ihnen gedruckten Schriften zu bemerken haben. 229. u. f.

Buchdruckerei, darf niemand unbefugt halten. 233.

Buchhändler, dürfen keine Schriften verbreiten, die ohne Censur gedruckt. 235. oder ihnen von unbekannten Verlegern zugeschickt worden sind. 236. ihre Strafe wegen Verkaufes verbotener Schriften. 238. oder unmoralischer und unsittlicher. 240.

C.

Censurgesetze, strafbare Uebertretungen derselben. 226. u. f.

Chemische Werkstätte, darf nicht jeder halten. 39.

Collecteurs zu verbotenen Lotto- oder Lotteriespielen, an sie muß man sich vorzüglich halten. XXXI. deren Strafe. 359. 361. u. f.

Confiscation, findet außer der Strafe noch Statt. 11.

Conventionalstrafe, wegen nicht erfolgter Zahlung eines Darlehns, wenn die Bestimmung derselben als Wucher anzusehen sey? 281. u. f.

Correspondenz in feindliche Länder, wenn sie strafbar sey? 218.

Creditgeben, wucherliches, was darunter zu verstehen sey? 265. u. f. Strafe desselben. 272. u. f.

D.

Darleihen, strafbare. 265. u. f.

Dienstboten, Strafe derer, welche eine minderjährige Weibsperson im Hause ihrer Herrschaft verführen. 397.

Dieteriche, Strafe der Handwerker, welche andern dergleichen fertigen. 163.

Druck einer Schrift ohne Censur. 226. u. f.

Druckereien, heimliche. 233.

E.

Ehemänner, deren Strafe, wegen Verkuppelung ihrer Weiber u. s. w. 407. 408. 419.

Eheversprechen, Schwängerung, unter dem nicht erfüllten. 401.

Eid, Mißbrauch desselben. 378.

Einlagegelder bei verbotenen Spielen, sind zu confisciren. 340. ins besondere bei verbotenem Lotterie- und Lottospielen. 366.

Einsturz eines Gebäudes, Strafe der Nachlässigkeit dabei. 118.

Entscheidung über Polizeivergehen. 476. u. f. wer sie bei Appellationen gegen Strafurtheile zu geben habe? 480. u. f. s. *Urtheil*.

Erzieher, Strafe derer, welche mit den ihnen anvertrauten Weibspersonen Unzucht treiben. 399.

Essenkehrer s. *Schornsteinfeger*.

Essgeschirre, dürfen nicht von schädlichen Compositionen seyn. 43.

Esswaaren, Verkauf schädlicher. 41. u. f.

F.

Fahren, Strafe des zu schnellen. 102. u. f. ohne Schellengeläute auf mit Schnee bedeckten Straßen. 108. u. f.

Fesselung, ob sie gegen Uebertreter eines Polizeistrafgesetzes Satt habe? 462.

Feuer, Fahrlässigkeit mit demselben, 174. u. f. Handwerker dürfen in demselben nicht zur Nachtzeit arbeiten. 180. dürfen nicht in Wäldern und Heiden angezündet werden. 181.

Feuergewehr s. *Gewehr*.

Feuersbrunst, die Entstehung derselben darf nicht verheimlicht werden, ist vielmehr zur öffentlichen Hülfe anzuzeigen. 182.

Feuerstellen, Vernachlässigung derselben, 177. unrichtige Anlegung derselben. 179.

Feuerwerkssachen, strafbares Abbrennen derselben 184. u. f.

Fluchen, strafbares. 375.

Flüchtige, ob sie mit Steckbriefen verfolgt werden dürfen? 455. u. f.

Fremde, s. *Ausländer*.

G.

Gastwirth, Strafe derselben, wegen widerrechtlicher Beherbergung. 189. wegen Begünstigung unerlaubter Spiele. 347. u. f. wegen Kuppelei und Hurenwirthschaft. 423.

Gebäude, Nachlässigkeiten zur Verhütung des Einsturzes derselben. 116. u. f. muthwillige Beschädigung derselben. 126.

Geburt, hülflöse, wegen Verheimlichung der Schwangerschaft. 136. u. f.

Geburtsbelfer, Bestrafung der von ihnen bewiesenen

- Lieblosigkeit.** 129. Strafe derer, welche die ihnen von auſſer der Ehe geſchwängerten Perſonen anvertrauten Geheimniſſe verrathen. 134.
- Geburtshülfe,** unbefugte Ausübung derſelben. 30.
- Gefäſſe zum Kochen,** ſtrafbare Verfertigung derſelben. 43.
- Gefangenwärter,** Strafe derer, welche mit den ihnen untergebenen Weibſperſonen Unzucht treiben. 398.
- Geheime Geſellſchaften,** wenn ſie ſtrafbar ſind? XV. 209. u. f.
- Geländer,** Beſchädigung derſelben. 127.
- Geldſtrafen,** ſind bei Vergehen gegen die Moral und Religion unzuläſſig. XXXIII. deſgleichen bei Vergehen gegen die Sittlichkeit. XXXIV.
- Geldwechſelungen,** ſtrafbare. 157.
- Gemälde,** unsittliche, Strafe der Verbreitung derſelben. 387.
- Gemeinden,** dürfen nicht ohne Erlaubniß Zuſammenkünfte halten. 201. u. f.
- Gericht,** welches die Unterſuchung bei Polizeivergehen zu führen habe? 447. u. f.
- — wie daſſelbe beſetzt ſeyn müſſe? 454.
- Gerichtsbarkeit,** wem ſie bei Polizeivergehen zustehe? 446. weſwegen dieſelbe auch den Erbgerichten ohne Unterſchied zuſchrieben worden ſey? XXXV.
- Gerüſte,** wie Baumeiſter wegen Einſturzes deſſelben zu ſtrafen ſind? 119.
- Gesandtschaft,** die zu derſelben gehörenden Perſonen ſind wegen Polizeivergehen auf der Reiſe nicht aufzuhalten. 464.
- Geschirre** zur Aufbewahrung oder Zubereitung der Speiſen und Getränke, dürfen nicht von ſchädlichen Materialien gefertigt werden. 43.
- Geschlechtstrieb,** widernatürliche Befriedigung deſſelben. 438.
- Geschwister,** Blutschande unter deſſelben. 430.
- Gesellschaften,** unerlaubte, welche dafür zu halten ſind? 209. worinne der Grund ihrer Strafbarkeit zu ſetzen ſey? XV. Beſtrafung derſelben. 210. u. f.
- Gesetze,** öffentlich angeſchlagene, Miſshandlung derſelben. 222.

- Gewebr*, unbefugtes Tragen desselben. 51. u. f. unerlaubte Verfertigung und Ausbesserung desselben. 63. ungebührlicher Gebrauch desselben. 67. u. f. unzeitiger Scherz mit demselben. 72. u. f. Nachlässigkeit in der Verwahrung desselben. 77. u. f.
- Gift*, unbefugter Handel damit. 33. wie damit in Apotheken umzugehen sey? 35. u. 37. Bestrafung derer, die unnützlich verfertigen. 40.
- Glücksspiel*, die Strafbarkeit desselben hängt nicht von gewinnsüchtiger Absicht ab. XXIX.
- Glücksspiele*, was für welche darunter zu verstehen sind? 336. u. f. was für welche strafbar sind? 338. u. f. Strafe derselben. 341. u. f.
- Gold* und Juwelen u. dergl. soll nicht von unbekannten Leuten gekauft werden. 154.
- Gottesdienst*, Störung des öffentlichen. 376.
- Gotteslästerliche Reden*. 373.

H.

- Handel*, unbefugter, mit Arzneien. 24. mit Gifte, Schießpulver u. dergl. 33. mit Sachen, die Personen, welche an ansteckenden Krankheiten gestorben sind, getragen haben. 48. u. f. mit Sachen, die zu Diebstählen gemißbraucht werden können. 161. mit Büchern. 239.
- Handlungen*, strafbare, der Unmündigen. 19. u. f. in der Trunkenheit. 388.
- Handpressen*, dürfen nicht gehalten werden. 233.
- Häuser*, Einsturz derselben. 118.
- Haushaltung*, Verführung einer zu derselben gehörenden Weibsperson durch Dienstboten. 397.
- Hausthiere* Verwahrung derselben. 85. u. f.
- Hausväter*, deren Strafe wegen Gestattung liederlicher Wirthschaft. 408.
- Hazardspiele*, 336. u. f. s. *Glücksspiele*.
- Hebammen*, wie sie sich bei Ausübung der Geburtshülfe vergehen können? 31. Strafe der von ihnen bewiesenen Lieblosigkeit. 129. ihre Bestrafung, wenn sie Geheimnisse von außerehelich geschwängerten Personen verrathen. 134.
- Herabwerfen* von Häusern oder aus Fenstern. 115.

Heu- und Holzbehältnisse sind nicht mit Lichte zu betreten. 174. u. f.

Hunde, müssen unter gehöriger Aufsicht gehalten werden. 85. u. f.

— — tolle, sind sofort zu tödten. 91.

Hundswuth, wie mit den Sachen der von tollen Hunden gebissenen Personen zu verfahren. 46. wie die Vernachlässigung der nöthigen Vorsichtsmaßregeln gegen dieselbe zu strafen. 91. u. f.

Hurerei, Strafe derselben. 402. u. f. Verführung zu derselben. 415. u. f.

Hurenwirthschaft, Strafe derselben. 406. u. f.

I.

Jäger, sollen mit dem geladenen Gewehre behutsam umgehen. 77. u. f.

Innungen, Strafe derer, welche unerlaubte Zusammenkünfte halten. 201. u. f.

Juwelen, sollen nicht von verdächtigen Personen gekauft werden. 154.

K.

Kauf, strafbarer gewisser Sachen. 154. um einen Spottpreis. 160. von liederlichen Wirthen um einen Spottpreis, ist als Wucher zu strafen. 297. der Früchte auf dem Halme, als Wucher. 300.

Kegelspiel, wenn es als Glücksspiel anzusehen sey? 353.

Kinder, Lieblosigkeit gegen dieselben. 384.

Kirchliche Lehren, strafbare Verspottung derselben. 374.

Kochgeschirr, soll nicht von schädlichen Compositionen gemacht werden. 43.

Kleider der an ansteckenden Krankheiten gestorbenen Personen sind zu verbrennen. 44. dürfen nicht verkauft werden. 45. u. f.

Körperliche Züchtigungen, ihre Zulässigkeit bei Polizeivergehen. VI.

Kostbarkeiten, strafbarer Kauf und Annahme derselben. 154. u. f.

Kosten, für die möglichste Minderung derselben ist durch eine Sporteltaxordnung zu sorgen. XXXIX.

Kranke, Lieblosigkeit gegen dieselben. 123.

- Krankheiten*, ansteckende, wie mit den Kleidern u. s. w. derjenigen, die an solchen gestorben sind, zu verfahren sey? 44. u. f.
- Kriegsdienste*, Auswanderung wegen derselben. s. *Aus-treten*, *Auswanderung*, *Militairdienste*.
- Kriegszeiten*, Verbreitung gefährlicher Schriften während derselben. 215. unerlaubter Verkehr während derselben. 216. Reisen während derselben in feindliche Länder. 217. desgleichen Briefwechsel dahin. 218.
- Kriegsvorräthe*, strafbare Aufsammlung derselben. 220.
- Kriegsnachrichten*, Verbreitung unwahrer. 200.
- Kundschaft*, strafbare Ausstellung derselben an Gesellen die zum Soldatenstande ausgehoben sind. 256.
- Kupferdrucker*, wie sie sich beim Abdruck eines Titelblattes zu einer Druckschrift zu verhalten haben. 232.
- Kupferstecher*, wie sie sich bei Fertigung eines Titelblattes zu einer Druckschrift zu verhalten haben? 232.
- Kupferstiche*, unsittliche, Strafe der Verbreitung derselben. 387.
- Kuppelei*, Strafe derselben. 409. wenn ein Ehebruch oder Blutschande u. dergl. befördert wird. 422. die Vorschriften über Verlust der bürgerlichen Rechte wegen derselben, gehören nicht in ein Polizeistrafgesetzbuch. XXXIV.
- L.**
- Lärm*, ungebührlicher auf öffentlichen Straßen. 198.
- Landesverweisung*, Gesichtspuncte bei der Bestimmung der darüber gegebenen Vorschriften. XXXVIII. tritt gegen Ausländer außer der Strafe noch ein. 12. was bei der Vollstreckung derselben zu beobachten sey? 484. u. f.
- Lebensmittel*, Hemmung der Zufuhre derselben. 320. u. f. strafbare Zurückbehaltung derselben. 322. Vor- und Aufkauf derselben. 331. u. f.
- Leichenwäscherinnen*, ihre Verbindlichkeit zur Anzeige bei Todesfällen durch ansteckende Krankheiten. 47.
- Leichnam*, Strafe der eigenmächtigen Wegschaffung eines solchen. 152.

Lieblosigkeit gegen Kranke. 128. gegen Aeltern. 383.
gegen Kinder. 384.

Licht, offnes, Nachlässigkeit mit demselben. 174. u. f.

Liederliche Personen, welche den Ihrigen und dem Publico zur Last fallen, Verfahren gegen dieselben. 391.

Lohnkutscher, Strafe derer, welche scheue oder unbändige Pferde einspannen. 97. oder des Fahrens unkundige Knechte geben. 98.

Lotterie, unbefugte Anlegung derselben. 357. u. f. Strafe derer, die für nicht genehmigte Lotterien colligiren. 364.

Lotto, welche Maasregeln zur Unterdrückung des Handelsges zu demselben ergriffen werden können? XXXI.

Strafe der Anlegung desselben. 358. des Colligirens zu demselben. 359. 361. u. f. des Einlegens in dasselbe. 365.

Lügen, welche Besorgniß beim Publico erregen. 200. gegen öffentliche Behörden. 208.

M.

Mäckler, in wie fern sie als Wucherer zu strafen? 301.

Mäusepulver, s. Gift.

Mannschaft bewaffnete, strafbare Anwerbung derselben. 221.

Masken, in solchen sollen keine Zusammenkünfte gehalten werden. 204. u. f. in solchen soll niemand auf Straßen gehen. 207.

Materialien, feuerfangende, wie sie zu verwahren sind. 38. 174. u. f.

Milderung der Strafe, wem das Recht dazu zustehe? 482.

Militairdienste, widerrechtliche Entziehung derselben. 249. u. f. Theilnahme dabei. 255. u. f.

— — Auswanderung oder Selbstverstümmelung um sich demselben zu entziehen, deren Bestrafung gehört nicht vor die Militairbehörde. XX.

Missgeburt, Strafe der eigenmächtigen Wegschaffung oder Tödtung derselben. 150. u. f.

Montirungsstücke, Strafe des unerlaubten Ankaufes derselben. 167.

Mordgewehr, unerlaubte Ausbesserung und Verfertigung desselben. 63. u. f.

N.

Nachlässigkeit mit dem Gewehre 77. u. f. in der Aufsichtsführung über Personen zerrütteten Verstandes. 79. u. f. desgl. über wilde und zahme Thiere. 83. u. 85. u. f. über außer der Ehe geschwängerte Weibspersonen. 138.

Nahrungsmittel Verkauf schädlicher. 41. u. f. wie die zur Aufbewahrung derselben nöthigen Geschirre zu fertigen? 43.

O.

Oefen, Strafe der ordnungswidrigen Setzung derselben. 179.

Ordensgesellschaften unter Studenten. 212.

Ordenszeichen, strafbare Verfertigung und Verkauf derselben. 214.

P.

Pfänder, wucherliches Darlehn auf dieselben. 280.

Pferde, Strafe derer, welche dieselben im Freien ohne Aufsicht stehen lassen. 100. oder sie nicht vorschriftsmässig führen. 101. oder sie auf volkreichen Plätzen einfahren oder probiren. III.

Pferdeverleiber, Strafe derer, welche bei Ausleihung ihrer Pferde die Fehler derselben verschweigen. 99.

Platten, welche zur Nachmachung des Papiergeldes gemißbraucht werden können, soll kein Kupferstecher, Stempelschneider u. s. w. ohne ausdrücklichen Befehl fertigen. 168.

Polizei, auf welche Gegenstände derselben sich der gegenwärtige Entwurf beziehe? III.

Polizeivergehen, zu diesen sind verschuldete Verbrechen nicht zu rechnen. I.

Polizeivergehen, schweres, was als solches anzusehen sey?

1. wornach die Strafbarkeit derselben auszumessen sey? 3. was in Ansehung der außer Landes verübten gelte? 5. wie ihre Wiederholung vom Richter verboten werden könne? 18.

— Verfahren bei der Häufung derselben, oder Verbindung mit Verbrechen. 466. u. f.

Polizeivergehen gegen die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit. 24. u. f. gegen die Sicherheit des Staats- und Privateigenthumes. 154. u. f. gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung. 189. u. f. durch welche dem Staate dienstfähige Bürger entzogen werden. 241. u. f. gegen die Gesetze zur Erhaltung des physischen Wohlstandes der Bürger. 265. u. f. gegen die Moral und Religion. 373. u. f. gegen die Sittlichkeit. 385. u. f.

Polizeivorschriften zur Verhütung, leichteren Entdeckung der Vergehen u. s. w. gehören in ein Polizeigesetzbuch überhaupt. II.

Posthalter, Strafe derjenigen, welche scheue oder unbändige Pferde einspannen. 97. oder des Fahréns unkundige Knechte geben. 98.

Posillone, ob sie wegen Polizeivergehen auf der Reise aufgehalten werden können? 464.

Practiker unbefugte, strafbare Unterstützung derselben. 224. u. f.

Presswerke, Strafe der widerrechtlichen Verfertigung derselben. 169. Strafe derer, die ein solches halten. 170.

Profession, Erlernung derselben außer Landes ohne obrigkeitliche Erlaubniß, ist strafbar. 246. u. f.

Proxenetikum, Strafe der Forderung eines zu hohen. XXV.

Publication, der Entscheidung. 478.

Pulver unbefugter Handel mit demselben. 33. wie solches in Häusern aufzubewahren sey? 38.

R.

Rattenpulver s. Gift.

Rauchfangkehrer s. Schornsteinfeger.

Rechenpfennige metallne, von der Stärke gangbarer Münzen, dürfen nicht verkauft werden. 173.

Rechte und Befugnisse, ihr Verlust tritt zuweilen außer der Strafe noch ein. II.

Reisen in feindliche Länder, während des Kriegs. 217.

Reisende dürfen nicht jede Art von Gewehr bei sich führen. 57. u. f.

— zu Fuß müssen zu Tragung des Gewehres besondere Erlaubniß haben. 60.

Reisende, ob sie wegen Polizeivergehen unterwegs aufgehalten werden können? 463.

Reisende Thiere, Strafe des unbefugten Haltens derselben. 82. u. f.

Reiten, Strafe des zu schnellen. 102.

Religion, ehrfurchtswidrige Handlungen gegen dieselbe. 374. u. f. ins besondere aus Unverstand. 377.

Richter, der untersuchende, wenn er das Urtheil selbst zu sprechen habe? 476.

Rückkehr eines Verwiesenen. 193.

S.

Saame, Einlassung desselben, auf diese ist bei Bestrafung der Unzucht keine Rücksicht zu nehmen. 421.

Sachen zum Behuf unsittlicher Handlungen, Strafe der Verbreitung derselben. 387.

Schärfung der Strafe, auf welche Art sie geschehen könne? 15. u. f.

Schellengeläute, ohne dasselbe darf auf mit Schnee bedeckten Straßen nicht gefahren werden. 108. u. f.

Scherz, unzeitiger mit dem Gewehre. 72. u. f.

Schießen, Strafe des unerlaubten. 67. u. f.

Schiefsgewehr, unbefugtes Tragen desselben. 51. u. f. unbefugtes Abschießen desselben. 67.

Schlosser, deren Bestrafung wegen unerlaubter Verfertigung der Schlüssel und Eröffnung der Thüren u. s. w. 161. u. f.

Schlüssel, Strafe des Handels mit alten. 166.

Schornsteinfeger haben Hausbesitzer mit den Baufälligkeiten der Schornsteine bekannt zu machen. 178.

Schriften sollen nicht ohne Censur gedruckt werden. 226. u. f. auf ihnen soll der Druckort und Name des Druckers angegeben werden. 229. u. f. Strafe des Verkaufes verbotener. 338. der Verbreitung unsittlicher. u. s. w. 240 u. 387.

— — unsittliche, Strafe der Verbreitung derselben. 387.

— — Verbreitung gefährlicher in Kriegszeiten als Polizeivergehen. XVI. Strafe derselben. 215.

Schuldverschreibungen, in wie fern die Angabe derselben bei Darlehen Wucher sey? 288. ins besondere bei öffentlichen Schuldverschreibungen. 293.

- Schuldverschreibung*, niemand soll eine solche der Wahrheit zuwider auf sich stellen lassen? 304.
- Schwängerer*, Bestrafung desselben wegen Unachtsamkeit auf die Geschwächte. 142. u. f. wegen Vernachlässigung derselben. 146. u. f.
- — sind wegen Vernachlässigung der Geschwächten und Unterlassung der Fürsorge gegen Vergehen derselben härter zu strafen. XI. aber nicht wegen der Schwängerung selbst. XXXIV.
- Schwangere*, ungebührliches Betragen gegen dieselben. 130. u. f. Verrath der Geheimnisse derselben. 133. unerlaubtes Verhalten derselben. 135.
- Schwangerschaft*, Verheimlichung derselben ist an und für sich nicht zu strafen. XII. in wie fern sie bestraft werde? 135.
- — außereheliche, Unterlassung der Fürsorge bei denselben von dritten Personen. 138. u. f.
- Selbstmord*, Ahndung desselben. 261. u. f.
- Selbstverstümmelung*, Strafe derselben. 259. um sich dem Soldatenstande zu entziehen. 260. ist kein Militärverbrechen. XX.
- Sicherheitsmaafsregeln*, finden auch in Fällen Statt, wo keine Strafe eintreten kann. 6. u. 7. V.
- Sittlichkeit*, strafbare Handlung gegen dieselbe. 385.
- Soldatenstand*, strafbares Austreten, um sich demselben zu entziehen. 249. u. f.
- Spiegel*, dürfen nicht unbedeckt über Strassen getragen werden, auf welchen geritten oder gefahren wird. 113.
- Spiel*, unerlaubtes. 336. u. f. Grund der Strafbarkeit desselben. XXIX.
- Spielgelder*, über gewonnene, darf sich niemand eine Schuldverschreibung ausstellen lassen. 303.
- Spielmarken*, metallne, was für welche nicht verkauft werden dürfen. 173.
- Steckbriefe*, ob sie bei dem gerichtlichen Verfahren gegen Polizeivergehen Statt haben? 455. u. f.
- Stempel* unerlaubte Verfertigung derselben. 168.

Stoßwerke, welche zur Fertigung der Münzen brauchbar sind, soll niemand machen und halten. 169. u. f.

Strafe, in welcher Zeit dieselbe wegen Polizeivergehen verjähre? 8. u. 9. Schärfung derselben. 15. u. f.

Strafe, Vollstreckung derselben an schwangern Weibspersonen. 394.

— — Milderung und Verwandlung derselben. 482. Vollstreckung derselben. 483.

Strafbarkeit, der schweren Polizeivergehen, wonach sie auszumessen sey? 3.

Strafßübel, was für welche bei Polizeivergehen Statt finden? 10.

Straßen, Verstellung derselben. 124.

— — ungebührliche Handlungen auf denselben. 199.

Stückknechte, strafbares Austreten der dazu auserlesenen Personen. 258.

T.

Tabakrauchen bei leicht feuerfangenden Materialien. 174. u. f.

Theatralische Vorstellungen biblischer Geschichten, Strafe wegen derselben. 377.

Thiere, schädliche, Strafe des unbefugten Haltens derselben. 82. u. f.

— — zahme, Nachlässigkeiten in der Aufsicht über zahme Thiere. 85.

— — Strafe des Anhetzens derselben. 90.

— — von tollen Hunden gebissene sind sofort zu tödten. 95.

— — Verkauf krepirter oder abgestandener. 41^b.

Trunkenbolde, welche den Ihrigen oder dem Publico zur Last fallen, Verfahren gegen dieselben. 389. u. f.

Trunkenheit, öffentliche Ungebühniffe wegen derselben. 388.

Tumult, was er sey und wie er bestraft werde.
195. u. f. Verschiedenheit desselben von Auf-
ruhr. XIV.

U.

Unmündige, Bestrafung derselben, wegen Polizeiverge-
hen. 19. u. f. Grundsätze dabei. IX.

— von ihnen soll niemand kaufen. 165.

Unterhändler bei Geldgeschäften, in wie fern sie als
Wucherer zu strafen? 301.

Untersuchung, wo dieselbe wegen verübter Polizeiver-
gehen zu führen sey? 447.

Unzucht, gemeine. 392. Schärfungsgründe. 395. u. f.
ins besondere Hurerei. 402. u. f.

— — ausgezeichnete. 426. u. f.

— — unter Stief- und Schwiegerältern und Kin-
dern. 434. u. f.

— — durch widernatürliche Befriedigung des Ge-
schlechtstriebes. 438. u. f.

Urtheil über Polizeivergehen, wer es zu sprechen
habe? 476. u. f. Bekanntmachung desselben. 478.

Rechtsmittel dagegen. 479. anderweite, wenn
sie zulässig sind? 481.

V.

Vagabonden, Bestrafung derjenigen, welche mit Ge-
wehr betroffen werden. 61.

Verabredungen, strafbare, zur Vertheuerung der Waaren,
Arbeitslöhne u. s. w. 315. u. f. ins besondere der
Lebensmittel. 328.

Verbrechen, verschuldete, sind nicht als Polizeiverge-
hen anzusehen. 2. und I.

Verfahren, gerichtliches, gegen Polizeivergehen. 452.

— — von Amtswegen, findet auch bei Polizeiverge-
hen Statt. 453.

— — wenn neben dem Polizeivergehen Verbrechen
zu untersuchen sind. 466.

Verführung zur Unzucht. s. Kuppeler.

Verhaftung, was ihretwegen bei Untersuchung der Polizeivergehen gelte? 459.

Verheimlichung der Schwangerschaft ist an und für sich nicht zu strafen. XII.

Verheimlichung einer Feuersbrunst. 182.

Verjährung, was in Rücksicht derselben bei Polizeivergehen gelte? 8. u. f.

Verjährungszeit, warum sie in Rücksicht der Polizeivergehen kürzer bestimmt worden sey? VII.

Verkehr, unerlaubter, während des Krieges. 216.

Verleger, sollen ihren Namen auf dem Titel einer Schrift angeben lassen. 230. u. f.

Verschuldete Verbrechen sind nicht als Polizeivergehen zu betrachten. I. und I.

Verstandeslose Personen, Vernachlässigung der Aufsicht über dieselben. 79. u. f.

Verstellung der Straßen. 124.

Verstümmelung, vorsätzliche, seines Körpers. 259. u. f.

Vertheidigung bei der Untersuchung eines Polizeivergehens. 473. u. f.

Verträge, wucherliche, Nichtigkeit derselben, warum darüber nichts bestimmt worden sey. XXVI.

Verwandlung der Strafe, wem das Recht dazu zustehe? 482.

Verweisung aus dem Orte oder Gerichtsbezirke. 13. u. f.

Verwiesener, Bestrafung desselben wegen erfolgter Rückkehr. 193.

Vieh, Verkauf krepirter zum Genusse. 41b.

Vor- und Aufkauf der Lebensmittel. 331. u. f.

Vorsteher einer Versorgungs- oder Strafanstalten, Straferer, welche mit den ihnen untergebenen Weibspersonen Unzucht treiben. 398.

W.

Wäsche, der an ansteckenden Krankheiten gestorbenen Personen, darf nicht verkauft werden. 44. u. f.

Waffen, strafbare Aufsammlung derselben. 220.

Wahnsinnige, Strafe der Vernachlässigung der Aufsicht über sie. 79. u. f.

Wappenschneider, ihre Bestrafung wegen widerrechtlicher Verfertigung öffentlicher Stempel u. s. w. 168. wegen unvorsichtiger Verfertigung der Privatsiegel. 171.

Warnungszeichen Unterlassung der Ausstellung derselben bei Bauen. 121. u. f. bei andern gefährlichen Orten. 123. Beschädigung derselben. 127.

Wechsel, Annahme derselben von unmündigen Personen, in wie fern sie als Wucher anzusehen sey? 299.

Wechselbriefe, die Formulare dazu sollen nicht ohne Vorsicht gemacht werden. 172.

Wehmütter, s. Hebammen.

Werfen mit gewissen Sachen aus Fenstern oder Häusern. 115.

Wetten, welche für strafbar angesehen werden können? XXX. wie sie zu strafen sind? 352. u. f.

Winkeladvocaten, Strafe der Unterstützung derselben. 224.

Winkelbuchdruckereien. 233.

Wirthe, s. Gastwirthe.

Wucher, was darunter zu verstehen sey? XXI. in Zinsen. XXII. im Kapitale. XXIII. in Bedingungen. XXIV. durch Handlungen außer dem wucherlichen Creditgeben. XXV. Strafe des Wuchers. 265. u. f. 295. u. f. allgemeine Vorschriften darüber. 306. u. f. Schärfungsgründe dabei. 309. u. f. Strafe der Mitschuldigen dabei. 313. u. f.

Wundarzneiwissenschaft, unbefugte Ausübung derselben. 29.

Z.

W

Zahlenlotttrie. 358. s. Lotto.

Zeirungen, in diesen ist die Bestrafung der Wucherer. 305. derer, welche das Getreide und andere Le-

Lebensmittel vertheuert haben. 334. und Kuppler. 424. bekannt zu machen.

Zinsen, unrechtmäßige, was für welche darunter zu verstehen sind? 266. u. f. Bestrafung wegen Annahme derselben. 272. u. f.

Zinsen von Zinsen zu nehmen, wenn dieß Wucher sey. XXII. Abzug derselben zum voraus. Ebds.

Zinswucher, warum die Gesetze diesen nicht erwähnen. XXI.

Züchtigungen, körperliche, ihre Zulässigkeit bei Polizeivergehen. VI.

Zurückbehaltung der Lebensmittel, wenn sie strafbar sey? XXVIII. wie sie bestraft werde? 322.

Zusammenkünfte, unerlaubte der Innungen u. s. w. 201. u. f. maskirter Personen. 204.

Meissen, gedruckt bei Christian Ehrsgeot Klüppel

benanntes Mittel vertheilt haben: 334. und Kuppeler.
334. bekannt zu machen.

Zinsen, unzurechnende, was für welche darunter zu
vertheilt sind? 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Zinsen von Zinsen zu rechnen, was für welche darunter zu
vertheilt sind? 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Zinsen, warum die Gesetze diesen nicht erwähl-
bar. XXI.

Züchtungen, körperliche, ihre Nützlichkeit bei Poli-
zeivergehen. VI.

Zurückhaltung der Lebensmittel, wenn sie strafbar
sey? XXVIII. wie sie bestraft werden? 322.

Zusammenkünfte, unerlaubte der Innungen u. s. w. 201.
u. f. maskirter Personen. 204.

Meißen, gedruckt bei Christian Ehregott Klinkicht.

Tittmann, Karl August,

Entwurf zu einem Strafgesetzbuche für das Königreich Sachsen

Bd.: 2

Meissen 1813

Crim. 251 m-2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10395718-6